

STADTARCHIV MANNHEIM  
Archivations-Zugang ..... 24 / 1972 Nr. 160





17a. Nr.

Sigma - Seite

Oct

1000

# Stolzenberger Schnellhefter

Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich  
Dr. Heinz G. C. Otto  
Rechtsanwälte  
(17a) Heidelberg  
Neuenheimer Landstr. 4

972/49

Fritz Knapp

Frankfurt, Wiesbaden

betr.: Bilanz u. Steuern, gelegentlich

STADTARCHIV MANNHEIM

Archivalien-Zugang 50/1979 Nr. 644

M60

STOLZENBERG G.M.B.H. BADEN-BADEN



Reinhalten

10/7.12 m. Montag früh Knapp, Seb's last from the 7.1/2.12.

14 294.



*Alte  
27. VII 1953  
Dr. O. Z.*

17. Juli 1953

*ab 17.7.53*

Dr. O. / Z.  
- 972 -

Verlagsbuchhandlung  
Fritz Knapp  
Frankfurt / Main  
Neue Mainzerstr. 75

Einschreiben - Eilboten !

Sehr geehrter Herr Knapp !

Ich bitte vielmals um Entschuldigung, daß ich erst heute nach Rückkehr aus meinem Urlaub Ihre Aktenanforderung erledigen kann. Da mein seinerzeitiger Bürovorsteher, der die ganzen Akten praktisch auswendig kannte, bei mir ausgeschieden ist, konnte mein Büro die Akten in meiner Abwesenheit trotz angestrengtem Suchen nicht finden. Auch ich mußte erst tagelang suchen, bis ich sie entdeckte. Es tut mir wirklich außerordentlich leid, daß ich unter diesen Umständen so sehr in Verzug geraten bin.

Sie erhalten nunmehr in der Anlage wunschgemäß Ihre Unterlagen, die Sie mir mit Ihrem Schreiben vom 11.6.1951 übersandten, nämlich:

1. Sonderbericht des Finanzamts Rastatt
2. Ihre Einspruchsbegründung
3. Stellungnahme des Finanzamts zu Ihrer Einspruchsbegründung
4. Ihre Bemerkungen zu dieser Stellungnahme
5. Abschrift der Vereinbarung vom 31.12.1948
6. RM-Abschluß- und DM-Eröffnungs-Bilanz
7. Zwischenbilanz per 20.11.1948
8. Brief Heimerich vom 5.2.1949
9. Brief bezüglich Honorar Walter vom 13.5.1949.

Wenn ich nun schon einmal an diesen Akten bin, möchte ich Ihnen auch noch alle weiteren Unterlagen zurückgeben, die Sie mir bei verschiedenen Besprechungen persönlich übergeben haben, nämlich:



10. Brief der Fa.Lingenbrink vom 9.5.1951
11. Empfangsbestätigung des Dr.Ruschkamp vom 14.6.1950
12. Schreiben der Rechtsanwälte Dres.Dillmann vom 22.5.1950
13. Ihr Schreiben an die RAe.Dres.Dillmann vom 11.5.1950
14. Ihr Schreiben an Prof.Dr.Lossen vom 16.1.1951
15. Postkarte der Fa.Lingenbrink vom 9.7.1951
16. Schreiben der Fa.Lingenbrink vom 3.4.1950
17. Schreiben des Prof.Dr.Lossen vom 17.1.1951 oder 1952
18. 3 Rechnungen der Fa.Waldkirch vom 11.2., 14.3. und 29.3.1949
19. 3 Rechnungen der Fa.Kunstdruckerei Künstlerbund vom 21.1., 12.3. und 25.3.1949
20. Ihr Schreiben an die Fa.Lingenbrink vom 14.1.1949
21. Schreiben der Division de l'information Baden-Baden v.3.2.1949
22. Ihr Schreiben an die Division vom 21. und 23.X.1947
23. Schreiben des Finanzamts Rastatt vom 8.9.1951 nebst zwei angehefteten Sachverständigengutachten.

Ich hoffe sehr, daß es Ihnen in der Zwischenzeit gesundheitlich gut gegangen ist und daß Sie mit der Entwicklung Ihres Verlags zufrieden sind. Wenn ich einmal nach Frankfurt komme, werde ich nicht versäumen, bei Ihnen kurz hereinzuschauen. Ich würde mich sehr freuen, Sie gelegentlich wieder einmal hier begrüßen zu können.

Ich bitte nochmals wegen der Verzögerung um Entschuldigung und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

( Dr. Otto )

Rechtsanwalt



Herrn

**VERLAG FRITZ KNAPP**

Frankfurt a. M.

Neue Mainzer Straße 75

Telefon 76756

Rechtsanwalt Dr. Heinz G.C. Otto

l. a) M a n n h e i m

Friedrichplatz 1

Sehr geehrter Herr Dr. Otto !

6. Juli 1953

Ich bitte Sie hiermit abermals höflich um Übersendung  
meiner Akten i. Sachen Drei-Kreise Verlag/Finanzamt,  
da ich solche benötige.

Mit vorzügl. Hochachtung

*F. Knapp*

den 4.7.1953





ZEITSCHRIFT FÜR DAS GESAMTE  
KREDITWESEN  
VERLAG FRITZ KNAPP





Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT A. M. · NEUE MAINZER STR. 75

Fernsprecher 76756

Postscheck: Frankfurt a. M. 60482 · Banken: Frankfurter Bank, Rhein-Main Bank, Frankfurt a. M.  
Telegrammadresse: Schauinsland, Frankfurtmain

den 29. Mai 1953

Herren  
Dr. Heinz G. C. Otto  
Dr. Walter Becker-Bender  
Rechtsanwälte  
M a n n h e i m .

~~29. Mai 1953~~

30. Mai 1953

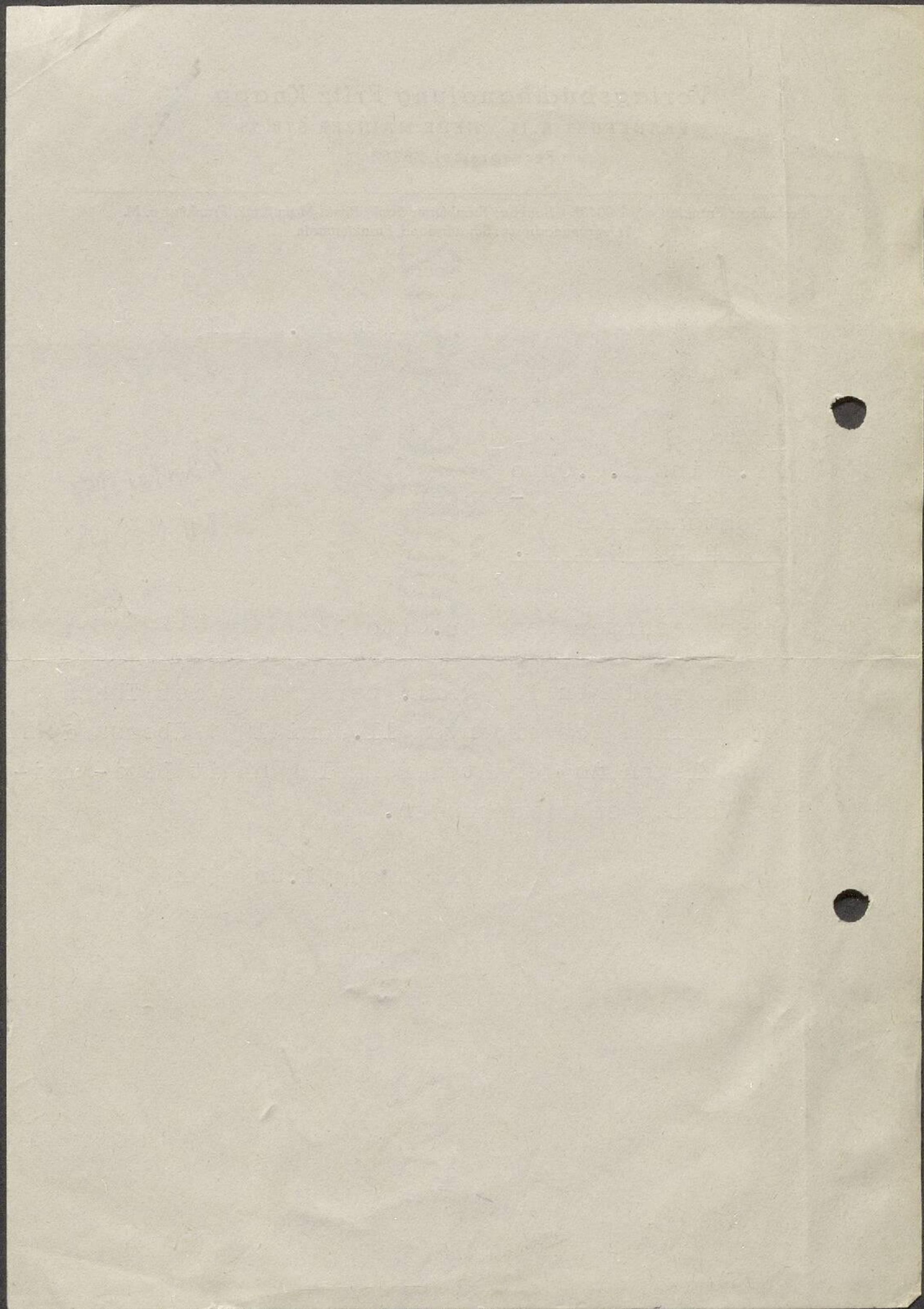
Sehr geehrter Herr Dr. Otto !

Ich wäre Ihnen für gefl. Übersendung der Ihnen  
mit meinem Schreiben vom 11. Juni 1951 übersandten  
Unterlagen in der Steuerangelegenheit Drei-Krei-  
se Verlag sehr verbunden.

Mit freundl. Grüßen

*Knap*







2. XU 52

8. August 1952

*Handwritten signature*

4/11/52

Verlagsbuchhandlung

Dr.O./Mz. - 972 -

Fritz Knapp

Frankfurt a.M.

Neue Mainzerstr. 75

*Atlage*

5. XU 52

*Dr. Otto*

Sehr geehrter Herr Knapp!

Nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub finde ich Ihr Schreiben vom 8.7.1952, sowie Ihre Überweisung von DM 294.- vor, für die ich mich bestens bedanke.

Falls Sie in dieser Angelegenheit noch meinen Rat benötigen, stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit ohne weiteres Honorar zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

( Dr. Otto )

Rechtsanwalt



8. August 1952

60/12

Dr. O. W. - 272 -

Verlagshandlung

Erste Auflage

Verlagshandlung

Neue Auflagen 75

Sehr geehrter Herr Knapp!

Nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub finde ich Ihr Schreiben vom 8.7.1952, sowie Ihre Überweisung von DM 254,- vor, für die ich mich bestens bedanke.

Bitte Sie in dieser Angelegenheit noch meinen Rat beizubehalten, stehe ich Ihnen selbstverständlich jederzeit ohne weiteres Honorar zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

( Dr. Otto )  
Rechtsanwalt



Bl 14

Für Konto-Nr.

beim PSchA

787 88

Kautzke

294 DM - R

von

11. Juli 1952

Verlag Fritz Knapp

G m b H

(16) Frankfurt (Main) 1

Neue Mainzer Str 75

Konto Frankfurt (Main)

60482

- 972

betrifft (Rechnung, Kassenzettel,  
Buchungsnummer, bei Steuerzahlungen  
Steuerart und Nummer, bei Fernsprechk  
gebühren Verm.-Stelle und Rufnummer)

Gebühren Steuer  
angelehnt

Fritz Knapp

Das Postschekamt sendet diesen Abschnitt der Gutschriftempfänger







~~X 20~~  
Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT A. M. · NEUE MAINZER STR. 75

Fernsprecher 76756

---

Postscheck: Frankfurt a. M. 60482 · Banken: Frankfurter Bank, Rhein-Main Bank, Frankfurt a. M.  
Telegrammadresse: Schauinsland, Frankfurtmain

Frankfurt a.M., den 8. Juli 1952  
Kn./K.

Herrn  
Rechtsanwalt Dr. Heinz G.C. Otto  
17 a) Mannheim  
Friedrichsplatz 1  
(Fürstenberghaus)

- 9 Juli 1952

Sehr geehrter Herr Otto !

Die Steuerangelegenheit wegen des Veräußerungsgewinnes ist zwar erledigt, aber der Steuerzettel ist noch nicht eingegangen. Das hat von meinem Standpunkt aus gesehen auch keine Eile.

Ich lasse Ihnen heute Ihre Gebühren in Höhe von DM 294.-- auf Ihr Postscheckkonto 784 88 Karlsruhe überweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Knapp*



Volgaboek van de ...

... 1880 ...

... 1880 ...

... 1880 ...

... 1880 ...

...

... 1880 ...

... 1880 ...

... 1880 ...

... 1880 ...

... 1880 ...

... 1880 ...

...



1.18. ✓

1. Juli 1952

13/7.52

Verlagsbuchhandlung  
Fritz Knapp  
F r a n k f u r t / M a i n  
Wiesbaden 40

Dr. O. / Z.  
- 972 -

Sehr geehrter Herr Knapp !

In Ihrer Steuerangelegenheit wegen Veräußerungsgewinn bei der Abtretung Ihrer Geschäftsanteile des Drei-Kreis-Verlags habe ich seit Ihrem freundlichen Schreiben vom 15.11.1951 nichts mehr von Ihnen gehört. Ich hoffe, daß das Finanzamt sich nun endgültig auf der skizzierten Basis zu einer Veranlagung entschlossen hat. Für eine gelegentliche Mitteilung, wie die Sache ausgegangen ist, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Bei dieser Gelegenheit darf ich mir erlauben, für meine Bemühungen folgendes Honorar in Rechnung zu stellen:

Streitwert: = Steuerbetrag aus dem Veräußerungsgewinn von DM 93.430.-- = 25% = DM 24.000.

hieraus 1 Gebühr nach der Rechtsanwaltsgebührenordnung	DM 275.--
4% Umsatzsteuer	DM 11.--
Porto-und Telefonauslagen	<u>DM 8.--</u>

Für eine gelegentliche Überweisung des Betrags von DM 294.-- wäre ich Ihnen zu Dank verpflichtet.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener

( Dr. Otto )  
Rechtsanwalt



1.8.1

1. Juli 1952

1.8.1

Dr. G. L.  
- 942 -

Verrechnung  
Büro  
1.8.1  
1.8.1

Herrn Herr

In Ihrer Steuerangelegenheit wegen Verlustverrechnung bei der  
Absetzung Ihrer Geschäftsausgaben des 1.8.1-Verfahrens  
für das Jahr 1951 haben Sie mich am 1.11.1951 nicht  
von Ihnen gehört. Ich hoffe, daß das Finanzamt sich nun ergibt  
mit der erklärten Sache zu einer Verständigung einverstanden hat.  
Ich bitte Sie, die Sache zu erledigen.  
Mit freundlichen Grüßen

Bei dieser Gelegenheit darf ich Sie bitten, die  
angelegenen Unterlagen in Rechnung zu stellen:

Bestand: = Steuerbescheid des 1.8.1-Verfahrens  
Gewinn von 25.450.-- = 25% = 6.362.500.

Bestand nach der Buchhaltung	
DM	25.450.--
DM	11.--
DM	6.--

Die eine oder andere Unterlage des Betrages von 254.--  
sind ich Ihnen zu dank verpflichtet.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener

(Dr. G. L.)  
Rechnung



15. IV 57

OK

922

## Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 71764 · Bank: Frankfurter Bank, Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 15. November 1951  
Kn./K.

17. Nov. 1951

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Heinz O t t o

17 a) M a n n h e i m

Friedrichsplatz 1

Sehr geehrter Herr Doktor Otto !

Auf der Rückreise von Baden-Baden sprach ich beim Finanzamt Rastatt vor, um mich nach dem Stand meiner Steuerangelegenheit zu erkundigen. Der Sachbearbeiter war vom Urlaub zurück und auch der Buchprüfer war gerade anwesend. Der Sachbearbeiter hatte bereits folgende Neurechnung aufgestellt :

1. <u>Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen</u>	
Wert der mir übergebenen Abonnenten	DM 10 000.--
2. <u>Stephanie Napoleon</u>	
Wert der mir übergebenen 7 400 Exemplare	" 20 000.--
3. Wert der mir übergebenen Papiermenge	" 11 130.--
4. Personal-Gehälter	" 3 000.--
5. Wert der mir übergebenen Büroeinrichtungs- gegenstände	" 750.--
6. Gehalt für das Jahr 1949	" 10 800.--
	<u>insgesamt : DM 55 680.--.</u>
	=====

Ich habe diesen Betrag unter Hinweis auf die zu hohe Bewertung des Buches Stephanie Napoleon auf DM 48 000.-- heruntergedrückt. Andererseits akzeptiert das Finanzamt Rastatt die Wertung meines Gesellschaftsanteiles mit DM 25 000.--, so dass ein steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn von DM 23 000.-- übrigbleibt. Das Finanzamt Frankfurt a.M. will hiervon 25 % haben.



Das Finanzamt Rastatt rät mir, in einer Eingabe den ermässigten  
Tarif entsprechend dem § 34 Einkommensteuergesetzes in Anwendung  
zu bringen. Auch bei 25 % hätte ich eine Steuersumme von  
DM 5 750 zu zahlen. Hierunter geht die bereits gezahlte  
Lohnsteuer von rund

DM 4 000.-

und die à Contozahlung von

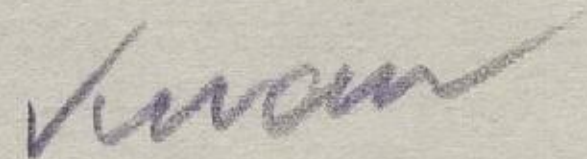
" 3 000.-

ab so daß meine Steuerschuld bereits überbezahlt ist.

Um die Sache zu beenden, habe ich dieser Regelung zugestimmt.  
Das Finanzamt Rastatt wird dem Finanzamt Frankfurt a.M. die  
Unterlagen zur neuen Veranlagung übersenden, so daß in aller Kürze  
das Kapitel Drei-Kreise-Verlag endgültig abgeschlossen werden kann.  
Sobald die Veranlagung hier einläuft, gebe ich Ihnen Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr





Vestibular

12,000 -

25/4.

0

5.

3,000. -

6.

0

7.

11,130 -

8.

1,500 -

9.

10,800 -

---

38,430 -

Actual

25,000 -

---

13,430 -

~~1,222 -~~

3,380 -

281.

4,083 -

---



# SOENNECKEN

Damit Sie den nächstjährigen

## SOENNECKEN ERSATZKALENDER

frühzeitig erhalten, ist es notwendig,  
den Bestellschein am Schlusse des  
Blockes auszufüllen und spätestens  
bis **31. Oktober** an die darauf  
verzeichnete Schreibwarenhandlung  
weiterzugeben.

Verlangen Sie bitte ausdrücklich  
den bewährten SOENNECKEN-  
Ersatzkalender.

F. SOENNECKEN · BONN

---

---



6/11/4

- 957 -

Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 71764 · Bank: Frankfurter Bank, Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 10. Oktober 1951  
Kn./K.

10. Okt. 1951

Herrn  
Rechtsanwalt Dr. Otto  
17 a) Mannheim  
Haus Fürstenberg

Sehr geehrter Herr Doktor Otto !

In der Steuerangelegenheit hat sich während Ihrer Abwesenheit Folgendes ereignet :

Vor einigen Wochen hatte ich mit dem Amtsstellenleiter des Finanzamtes Rastatt, Herrn Oberregierungsrat Skatikat und in Gegenwart des Buchprüfers eine zweistündige Aussprache, in der alle Punkte erörtert wurden und die recht loyal verlief. Der Amtsstellenleiter hat anerkannt, dass die von dem Buchprüfer festgesetzten Sätze zu hoch seien. Er schrieb an das Finanzamt Frankfurt a.M. den beiliegenden Brief.

Keine Verständigung konnte über den Verlagswert des Buches Walter, Stephanie Napoleon und der "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" erzielt werden. Mein wiederholter Vorschlag, den Wert der beiden Verlagsobjekte durch einen Verlagssachverständigen abschätzen zu lassen wurde angenommen. Inzwischen sind die Gutachten eingegangen und ich lege Abschriften hier bei. Sie sprechen 100 % für unsere Auffassung.

Ich habe das Finanzamt Rastatt gebeten, zur Schlussbesprechung einen Tag nach dem 16. Oktober festzusetzen, da ich bis dahin verreist bin. Ich fahre heute nach Berlin und komme Montag abend wieder zurück. Vor dieser Besprechung hätte ich Sie gern noch gesprochen. Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, mir mitteilen zu wollen, ob Sie am Dienstag oder Mittwoch der kommenden Woche für diese Besprechung Zeit haben.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr ergebener

*Knapp*

Anlagen.



Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

1961.

1961

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010

Letzter Abdruck: 1961. Nachdruck: 1961.

Erstausgabe: 1961. 1. Aufl. 1961.

Verlagsbuchhandlung Felix Knapf

FRANKFURT AM MAIN · WISSENHAUS

Postfach 10010



Herrn Knapp anrufen und für seinen Brief danken. Herr Dr.Otto steht ihm am Dienstag oder Mittwoch in der Zeit zwischen 10-12 oder 15-17 Uhr jederzeit zur Verfügung. Er möge einen bestimmten Tag und die Zeit nennen, da Herr Dr.O. an einem der beiden Tage verreisen muß.

13.10.51/Sch.

Herr Knapp ist bis Montagabend verreist. Ich habe mit der Sekretärin des Herrn Knapp einen Termin für Mittwochnachmittag auf unserem Büro ausgemacht.



## *Büroverlegung.*

Wir verlegen unsere Büroräume ab 20. Oktober 1949 von  
Heidelberg, Neuenheimerlandstraße Nr. 4 nach

*Mannheim, Friedrichsplatz 1 (Fürstenberghaus)*  
Telefon 41684.

Herr Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich, der bisher unserer Anwaltskanzlei angehörte, wird wegen Übernahme eines öffentlichen Amtes nur noch die ihm bisher persönlich übertragenen Angelegenheiten abwickeln.

Wegen dieses Umzuges ist unsere Kanzlei am 19. und 20. Oktober 1949 geschlossen.

Dr. Heinz G. C. Otto  
Dr. Walter Becker-Bender  
Rechtsanwälte

an den Landgerichten Mannheim und Heidelberg



R87Be 7942, S. 893  
7938, S. 133

D82Z 34, S. 1090

J. W. H. 46-77  
Rus -



O F H v. 4. 6. 1942 II 29/40

WIRE 1942 √ 893

WIRE 38, 5, 733

Vapor 22, 134, 709-0



25/9. ✓

Den 31. August 1951

Dr. O./Sch.

- 972 -

A k t e n n o t i z.

Telefonanruf von Herrn K n a p p am 29. August 1951.

Herr Knapp teilt mit, dass er mit einem Regierungsrat des Finanzamtes Rastatt gesprochen habe, der sehr viel Verständnis gezeigt habe. Die Betriebsprüfung ist offenbar bisher von einem ganz jungen Beamten durchgeführt worden, der sich durch besondere Schärfe anscheinend die Sporen verdienen wollte. Die Veranlagung in Frankfurt/Main ist einstweilen ausgesetzt und es ist geplant, dass ich nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub einmal zusammen mit Herrn Knapp nach Rastatt fahre, um dort über die steuerrechtlichen Fragen zu diskutieren, während die tatsächlichen Fragen, wie die Bewertung der Verlagsobjekte, bereits von Herrn Knapp besprochen sind.

Wvl. nach Rückkehr.



1901. Januar 1901.

1901. April.

- 1901 -

1901. April 1901.

1901. April 1901.

Herr Knapp willt, dass er mit einem Hage-  
den Lindebaum fastest gesprochen habe, den sein viel Vor-  
stehende Gerechtigkeit habe. Die Bestimmung ist offenbar  
der von einem ganz jungen Mann bestimmt worden, der  
sich schon besondere Güte annehmen, die schon ver-  
worfen. Die Bestimmung in einem Hage-  
den Lindebaum, dass ich noch nicht  
den Hage- den Lindebaum mit Herrn Knapp  
an der über die Bestimmung Hage- den Lindebaum,  
den die Bestimmung Hage- den Lindebaum, die Bestimmung  
objekt, Hage- den Lindebaum Hage- den Lindebaum.

Hage- den Lindebaum.



972

81

Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 71764 · Bank: Frankfurter Bank, Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 9. August 1951  
Kn./K.

Herrn

Rechtsanwalt

Dr. Heinz G. C. O t t o

17 a) M a n n h e i m

Friedrichsplatz 1

13. Aug. 1951

Sehr geehrter Herr Doktor Otto !

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 31. Juli 1951 mit  
Durchschrift Ihres Schriftsatzes an das Finanzamt Rastatt.

Ihre Vermutung, daß der Drei-Kreise-Verlag nur mit der Auswertung der vom Verlag Fritz Knapp abgeschlossenen Verlagsverträge für Bücher und die Kreditzeitschrift beauftragt war, trifft zu. Ich hatte niemals daran gedacht, meinen Frankfurter Verlag aufzugeben. Die Auswertung der von mir in den Jahren 1933 - 1944 gepflegten Verlagsrichtung wurde dem Drei-Kreise-Verlag für die Dauer meiner Beteiligung an seinem Unternehmen überlassen. Darüber waren sich die Gesellschafter klar, denn schon am 29. Oktober 1946 beantragte der Drei-Kreise-Verlag die Lizenzierung zur Wiedererrichtung des früher von mir in Frankfurt a.M. betriebenen Verlages mit Sitz in Baden-Baden.

Da die französische Militärregierung keine neuen Verlage lizenzieren wollte, erteilte sie die Erlaubnis nur unter der Bedingung, daß ich meinen alten Verlag innerhalb des Drei-Kreise-Verlages betreiben sollte. Da sich aber damals schon die Unmöglichkeit herausstellte, mit den Herren Dr. Peters und Hollbach arbeiten zu können, beantragte ich am 21. Oktober 1947 die Ausgliederung meines Verlages aus dem Drei-Kreise-Verlag. Auch die Lizenz der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen wurde auf meinen Namen umgeschrieben. Die Original-Akten befinden sich beim Drei-Kreise-Verlag in Baden-Baden, doch glaube ich, daß aus den noch in meinem Besitz befindlichen Schriftstücken, die ich hier beifüge, das Vorgesagte klar erkenntlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*L. W. van*

Anlagen.

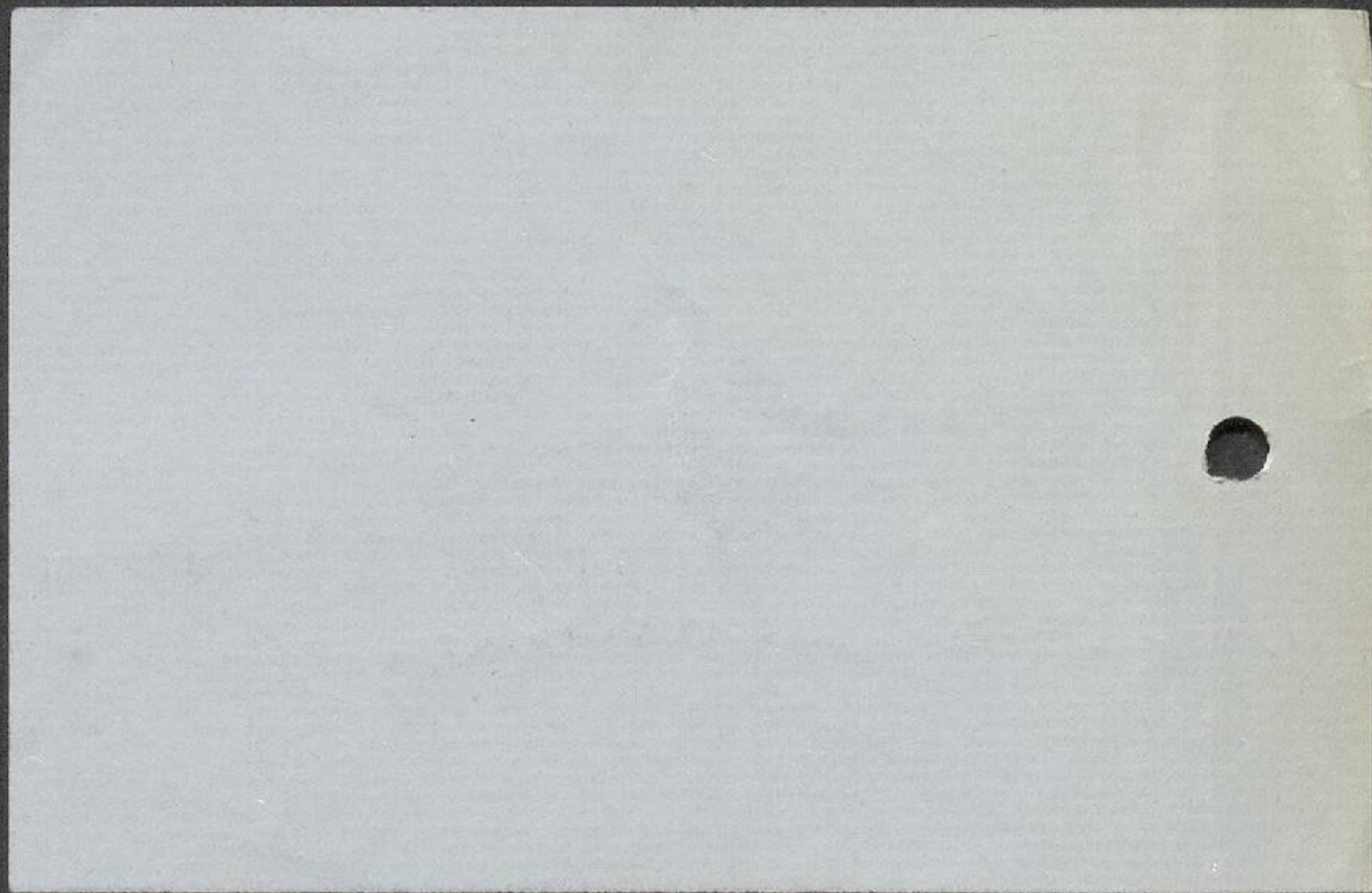


6. 9











31. Juli 1951

ab 31/7

Herrn

Fritz Knapp

z. Zt.

Oberstdorf/Allgäu

Hotel Bergkranz

Sehr geehrter Herr Knapp !

Ich bestätige noch bestens dankend den Empfang Ihres Briefes vom 13. Juli, der noch rechtzeitig ankam, sodaß ich ihn in meinem abschriftlich anliegenden Schriftsatz verwenden konnte.

Nach Ihrer Rückkehr wird es wesentlich sein, daß wir, wie Sie bereits angekündigt haben, sämtliche Ausgaben belegmäßig zusammenstellen und daß wir auch genau die für "Stefanie-Napoleon" erzielten Erlöse zusammenstellen. Ferner wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sich einmal folgendes Überlegen würden:

Könnte man nicht eine Konstruktion finden, wonach das Verlagsrecht an Stefanie-Napoleon und auch an der Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen gar nicht für den Drei-Kreise-Verlag entstanden ist, sondern gleich in Ihrer Person? Man könnte dann sagen, daß Sie dem Drei-Kreise-Verlag die Auswertung dieses Verlagsrechts für die Dauer Ihrer Beteiligung gewissermaßen geliehen hätten. Angeregt hierzu werde ich durch eine Stelle in dem Brief des Herrn Dr. Heimerich vom 5. Februar 1949, in dem dieser folgendes ausführt:

5. Verlagsrechte und Verlagsverträge.

Von Bedeutung ist die Feststellung der Tatsache, daß der von der französischen Militärregierung lizenzierte wissenschaftliche Verlag Fritz Knapp (Buch- u. Fachzeitschriftenproduktion), der bis zum 31.12.48 innerhalb des Drei-Kreise-Verlages geführt wurde, eigene Verlagsrechte besaß, die von Ihnen persönlich erworben wurden. Diese Verlags-



1321 11.11.48  
5118-1/3  
rechte samt den Verlagsverträgen sind bei Ihnen geblieben, als Sie die Rechtsbeziehungen zum Dreikreise-Verlag lösten. Es ist zweckmäßig, daß Sie auch weiterhin diese Verlagsrechte behalten und sie der Verlags-Fritz Knapp GmbH. nur leihweise oder gegen eine geringe Lizenzgebühr zur Verfügung stellen. Dadurch wird jede Aktivierungspflicht und auch jede Steuer hinsichtlich dieser Verlagsrechte vermieden.

Von zwei der von mir angezogenen Entscheidungen des Reichsfinanzhofs habe ich Abschriften fertigen lassen, von denen ich ebenfalls je eine Exemplar in der Anlage beifüge.

Wie Sie aus meinem Schriftsatz ersehen, habe ich für Stefanie-Napoleon einmal den Wert angesetzt, zu dem sie diese in Ihre eigene GmbH eingebracht haben, das sind DM 10.500.--. Man muß nämlich von dem Rechtsgesichtspunkt ausgehen, daß Sie nicht verpflichtet seien, sich im Jahre 1948 den gesamten Betrag für Stefanie-Napoleon aktivieren zu lassen, den Sie im Laufe der Zeit effektiv erzielt haben. Es muß ja billigerweise Ihnen für Ihre weitere Tätigkeit und Ihr weiteres Wagnis etwas zugebilligt werden. Wenn Sie also letzten Endes DM 18.000.-- erzielt haben, dann müßten man doch erreichen, daß nur etwa DM 10.500.-- aktiviert werden. Mit DM 5000.-- wie wir es ursprünglich vorhatten, würden wir niemals durchkommen, sodaß ich es für taktisch richtiger hielt, einen Wert zu nehmen, <sup>in dem</sup> wir in dem Gesellschaftsvertrag einen gewissen Anhaltspunkt liefern können.

Wenn man von den übernommenen Mobilien, die auf DM 1500.-- geschätzt werden, die beiden Schreibmaschinen absetzt, die Sie ursprünglich eingebracht und für die Sie einen Ersatz mitgenommen haben, dann dürfte ein Betrag von DM 500.-- angemessen sein, den ich einmal eingesetzt habe.

Ich wünsche Ihnen gute Erholung in Oberstdorf und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

( Dr. Otto )  
Rechtsanwalt

Anlagen



27. Juli 1951

nb 27.7.51

Dr.O./Z.

Herrn

Rechtsanwalt Dr. Paul Bauer

B a d e n - B a d e n

Gernsbacher-Straße 32

Sehr geehrter Herr Kollege !

In der Anlage kann ich Ihnen nun endlich den bereits seit langem angekündigten Schriftsatz in der Steuersache des Herrn Fritz Knapp in Frankfurt/Main übersenden, mit der Bitte, diesen an die zuständige Stelle des Finanzamts Rastatt weiterleiten zu wollen. Eine Abschrift meines Schriftsatzes füge ich zu Ihrer Verwendung bei.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir kurz den Empfang und die Tatsache der Einreichung bestätigen würden.

Auch wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir eine Abschrift der endgültigen D-Mark-Eröffnungsbilanz sowie der endgültigen Steuerbilanz per 31.12.1948 nebst Gewinn- und Verlustrechnung übersenden würden.

Mit bestem Dank für Ihre Bemühungen und

mit kollegialer Hochachtung !

( Dr. Otto )

Rechtsanwalt

Anlagen



1941  
1942

1943

1944  
1945  
1946

1947

In der Anlage kann man sehen, dass die  
Lage der Anlage in der Anlage ist.  
Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.

Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.

Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.  
Die Anlage ist in der Anlage.

Die Anlage ist in der Anlage.

Die Anlage ist in der Anlage.

(1947)  
1948

1949



20. Juli 1951

*akt 27.7.51*

Finanzamt Rastatt

R a s t a t t

Dr.O./Z.

- 957 -

Betr: S 1443 - G 40/50

Einspruch des Herrn Fritz K n a p p, Verleger, Frankfurt, Wiesenau 40,  
gegen den vorläufigen Einkommensteuerbescheid vom 2. Halbjahr 1948,  
hier: Veräußerungsgewinn nach § 17 EStG.,  
hier: Stellungnahme zu dem Sonderbericht vom 9. Juni 1950 und  
der dortigen Stellungnahme vom 16. Februar 1951.

In grundsätzlicher Beziehung muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß dem Ausscheiden des Herrn Fritz Knapp aus der Drei-Kreise-Verlag GmbH. die abschriftlich anliegende Reichsmark-Abschluß-Bilanz per 20.6.1948 nebst Verlust- und Gewinnrechnung und Überleitungs- und Umwertungsbilanz per 20.6.1948 und D-Mark-Eröffnungsbilanz per 20.6.1948 zugrunde gelegt wurde. Danach belief sich das Betriebsvermögen am Stichtag der Währungsreform auf rund DM 75.000.--. Da Herr Fritz Knapp 1/3 des Stammkapitals in Händen hatte, errechnet sich hieraus sein Abfindungsbetrag auf 1/3 des Betriebsvermögens von DM 75.000.-- = DM 25.000.--. Zur Zahlung dieses Betrags erhielt Herr Fritz Knapp Sachwerte und Verlagsobjekte, die insgesamt auf den gleichen Betrag bewertet wurden, aus der Differenz zwischen dem nominalen Geschäftsanteil des Herrn Fritz Knapp von DM 7.000.-- und seinem wirklichen Anteil am Betriebsvermögen von DM 25.000.-- kann nicht ein Veräußerungsgewinn hergeleitet werden. Gemäß § 37 Abs. 3 Einkommensteuerrückführungsverordnung 1950 sind vor dem 21.6.1948 aufgewendete Anschaffungskosten im Sinne des § 17 Abs. 2 des EStG. nach § 13 Ziffer 2a der EStDV zu ermitteln. Nach § 13 2a ebenda ist aber zugrunde zu legen bei einem vor dem 21.6.1948 angeschafften Wirtschaftsgut der Betrag, den der Steuerpflichtige für die Anschaffung am 31.8.1948 hätte aufwenden müssen. Damals hätte aber Herr Fritz Knapp mindestens den



17. 5. 43



Substanzwert von DM 25.000.--aufwenden müssen, wenn er damals den Geschäftsanteil an der Drei-Kreise-Verlag G.m.b.H. erworben hätte. Es beruht also auf einem Rechtsirrtum, wenn der Betriebsprüfer die gesamte Differenz zwischen dem Nominalwert und dem D-Mark-Wert als Veräußerungsgewinn ansieht und außerdem, wenn er zur Berechnung des Wertes des Geschäftsanteils auch noch Reichsmarkaufwendungen aktiviert, ganz abgesehen davon, daß der verwendete Umetstellungssatz bei der allgemein bekannten Entwertung der Verlagsobjekte und Sachwerte nach der Währungsreform völlig anangebracht ist.

Im übrigen beruht aber der Betriebsprüferbericht auch auf einer völligen Verkennung der tatsächlichen Umstände. Es soll daher im Nachstehenden zu den einzelnen Ziffern der Vereinbarung wie folgt Stellung genommen werden:

1. Zu Ziffer 3 der Vereinbarung:

Das Finanzamt geht bei der Bewertung der von Herrn Fritz Knapp übernommenen Verlagsobjekte (Buch " Stefanie-Napoleon " " Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen " und einige kleinere Broschüren) von völlig unhaltbaren Gesichtspunkten aus. Zunächst einmal ist es ein Ding der Unmöglichkeit, Verlagsobjekte in der vom Finanzamt für richtig gehaltenen Art und Weise zu bewerten, indem einfach die bisherigen Anschaffungskosten zu denjenigen aus der Reichsmarkzeit gezählt werden, und diese Summe als Wert der Verlagsobjekte angesetzt wird. Daß schon das Buch " Stefanie-Napoleon " in Wirklichkeit diesen Wert nicht besessen hat, geht daraus hervor, daß ein großer Teil der Auflage heute noch auf Lager liegt, nämlich etwa 1000 Exemplare. Eine ordnungsmäßig bilanzierender Kaufmann hätte also die bereits gemachten Aufwendungen als ergebnislos abschreiben müssen. Die von dem Betriebsprüfer zugrunde gelegten Verkaufsziffern des Werkes " Stefanie - Napoleon " treffen nicht zu. Es trifft lediglich zu, daß Herr Fritz Knapp der Firma







Koch, Neff & Öttinger & Co. in Frankfurt, jetzt Stuttgart, im Verkaufswert von DM 23.388.-- Bücher in Kommission gegeben hat. Allein die Tatsache, daß hiervon in der besten Verkaufszeit, nämlich im 4. Quartal des Jahres 1948 nur für DM 6.913.55 verkauft wurden, ist ein Beweis dafür, daß das Verlagsobjekt fast wertlos war. Die übrigen Exemplare waren unverkäuflich und wurden von Herrn Fritz Knapp wieder zurückgenommen.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der die schlechte Verkäuflichkeit des Werkes unter Beweis stellt, ist das schlechte Verkaufsergebnis der Firma Lingenbrink in Hamburg und Rastatt, die keineswegs 500 Exemplare verkauft hat, wie der Betriebsprüfer behauptet, geschweige denn bezahlt hat. Mit Karte vom 29.12.1948 bittet diese Firma um Rücknahme dieser gelieferten Werke. Dieses Ansinnen hat der Pflichtige abgelehnt mit dem Effekt, daß er den Gegenwert der Lieferung von DM 4500.-- nur mit DM 3500.-- in mehrmals prolongierten Wechseln erhielt und daß der Restbetrag von DM 1.000.-- bis heute nicht bezahlt wurde. Mit Postkarte vom 9.7.1951 teilt die Firma Lingenbrink mit, daß sie immer noch 60 Stück dieses Werkes auf Lager habe. Es ist deshalb völlig ausgeschlossen, daß die gesamte Lieferung an die Fa. Lingenbrink schon am 26.4.1949 verkauft gewesen sein soll. Weitere 100 Exemplare, die an die Fa. Lingenbrink Hamburg geliefert waren, mußten von dem Pflichtigen wegen ihrer Unverkäuflichkeit und der Zahlungsunfähigkeit der Fa. Lingenbrink zurückgenommen werden.

Beweis: Schreiben der Fa. Lingenbrink Hamburg vom 3.4.1950 in beglaubigter Abschrift.  
u. Postkarte v. 9.7.51 in beglaubigter Abschrift.

Ferner sind die von dem Prüfer in seiner Stellungnahme vom 16.2.1951 zugrunde gelegten Ziffern für die Aufwendungen für dieses Buch reine Fantasie. Es muß zunächst auffallen, daß in einem Zeitraum von drei Tagen, nämlich am 12.7.1947 und 15.7.1947 jeweils ein Honorar von RM 3000.-- an Herrn Prof. Dr. Walter gezahlt worden sein soll. Der Betrag von







RM 3000.— wurde vielmehr nur einmal bezahlt.

Beweis: Prof. Dr. Walter, Heidelberg,  
Mozartstr. 14, als Zeuge.

Die Rechnung Papierfabrik Albbruck vom 7.7.1948 über DM 3.245.90 ist bereits in den gem. Ziffer 7 der Vereinbarung dem Pflchtigen überlassenen Papierbeständen enthalten. Über die Bewertung dieser Papierbestände besteht mittlerweile zwischen dem Pflchtigen und dem Betriebsprüfer Übereinstimmung.

Was es mit dem Posten Frachtauslagen für Papiertransporte in Höhe von RM 2.672.50 vom 15.7.1948 für eine Bewandnis haben soll, ist dem Pflchtigen nicht ersichtlich. Es muß jeder Zusammenhang mit den vom Pflchtigen übernommenen Papierbeständen und mit dem Verlagsobjekt " Stefanie-Napoleon bestritten werden. Die übrigen Posten gehen zwar ziffernmäßig in Ordnung, sie müßten aber abgeschrieben werden, da das Verlagsobjekt nicht den gleichen Wert hat, wie die gemachten Aufwendungen.

Allgemein ist über den Wert des Verlagsobjekts " Stefanie-Napoleon " folgendes auszuführen:

Es war ursprünglich geplant, dieses Buch vor der Währungsreform herauszubringen und zwar zum Weihnachtsgeschäft 1946, in einer Auflage von 30000 Stück. Damals wurden solche Bücher den Buchhändlern förmlich aus den Händen gerissen. Der Verlag brauchte die Lieferung nur den Buchhändlern zuzuteilen, sie wurde ohne weiteres abgenommen und bezahlt. Infolge eines Versehens des Mitinhabers Dr. Peters wurde die Lizenz bei der französischen Militärregierung nicht rechtzeitig beschafft, sodaß das Werk erst nach der Währungsreform druckfertig hergestellt wurde, aber in einer Ausführung schlechten Papiers,







wie sie nur vor der Währungsreform abgesetzt werden konnte. Der Pflichtige hat unter unsäglichen Mühen und weiteren Aufwendungen zwar erreicht, daß doch ein Teil in den darauffolgenden Jahren langsam abgesetzt wurde, jedoch zu einem Drittel des ursprünglich vorgesehenen Ladenpreises, nämlich von zuletzt DM 6.-- pro Stück. Von der Fa. Waldkirch in Mannheim wurde eine Auflage von 4532 Exemplaren gebunden.

Beweis: Rechnung der Fa. Waldkirch vom 11.2.1949  
in beglaubigter Abschrift.

Hiervon sind 1000 Exemplare, die nur Makulaturwert haben, noch vorhanden. 500 Exemplare muß man absetzen für Freistücke an den Verfasser, Rezensionsexemplare, Freistücke bei Partiebezügen des Sortiments, Verluste bei Konkursen und nicht mehr verwendungsfähige Exemplare, die in Kommission geliefert waren und nach vielen Monaten zurückgekommen sind. Die wirklich abgesetzten rund 3000 Exemplare wurden anfangs zu DM 18.--, dann zu DM 12.-- und zuletzt zu DM 6.-- mit 35 bzw. 40 bzw. 50% Rabatt an das Sortiment geliefert. Nimmt man - hoch gerechnet - einen Durchschnittserlös von DM 6.-- für das Einzelstück an, dann ergibt dies einen Gesamterlös von DM 18.000.--. Eine genaue Bezifferung müssen wir uns aber vorbehalten. Die nicht gefalzten und gebundenen 2800 Exemplare lagern noch in der Druckerei und können dem Altpapierhandel zugeführt werden.

Was das Verlagsobjekt "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" anbetrifft, so ist auch hier gegen eine Bewertung durch Gleichsetzung mit den bisherigen Aufwendungen grundsätzlich der gleiche Einwand zu erheben, wie bei dem Werk "Stefanie-Napoleon". Darüber hinaus muß aber noch berücksichtigt werden, daß es sich um ein Verlagsobjekt handelt, das sich noch durchaus im Anlaufstadium befand und in das noch viel Mühe und Kosten hineingesteckt werden mußten. Es







handelt sich um ein für den Drei-Kreise-Verlag völlig wertloses Objekt. Es ist ja überhaupt zu beachten, daß Herr Fritz Knapp bei seinem Ausscheiden die wertvolleren Verlagsobjekte dem Drei-Kreise-Verlag überlassen hat, während er diejenigen Verlagsobjekte übernahm, die nur mit großen Schwierigkeiten und nur von einem Fachmann, wie es der Pflichtige ist, zu Verlagsobjekten gestaltet werden konnten.

Wie sich aus der Verlust- und Gewinnrechnung per 20.6.1948 ergibt, machten die drei Verlagsobjekte "Die Frau", "Funkwelt" und "Nouvelles de France" das eigentliche Geschäft aus, mit Umsätzen, die mit den von dem Pflichtigen übernommenen Verlagsobjekten niemals erzielt werden konnten. Das gilt auch für das zweite Halbjahr 1948, wo die Umsätze stark zurückgegangen sind, aber immer noch viele Hunderttausende ausmachten. Für den Drei-Kreise-Verlag war die "Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen" deshalb völlig wertlos, weil die verschiedenen Herausgeber und Redakteure nicht bereit waren, mit den übrigen Herren des Drei-Kreise-Verlags zusammenzuarbeiten, da diese vollkommene Laien waren. Der Wert dieses Verlagsobjekts beruhte auf der persönlichen Leistungsfähigkeit des Pflichtigen und in seinen Verbindungen nicht <sup>auf</sup> irgendwelchen Beziehungen der Drei-Kreise-Verlag Fritz Knapp G.m.b.H.. Daß es sich um ein äußerst schwieriges Verlagsobjekt handelt, geht schon daraus hervor, daß der Verlag des Pflichtigen im Jahre 1949 einen Verlust erlitten hat. Es ist dem Pflichtigen nur deshalb gelungen, dieses Verlagsobjekt überhaupt tragbar zu gestalten, indem er im Jahre 1949 ein Experiment machte, durch Verdoppelung des Bezugspreises, sonst hätte diese Zeitschrift eingehen müssen. Die Unterbilanz war vor allen Dingen auch dadurch verursacht, daß der Mitinhaber des Drei-Kreise-Verlags Peters den Pflichtigen über den Zeitpunkt der Lizenzerteilung falsch informiert hatte, sodaß der Pflichtige das Personal drei Monate zu früh engagierte. Es entstand hierdurch ein ganz







erheblicher Ausfall. Ferner waren die Interessentenkreise durch das verspätete Herauskommen verstimmt und es gelang nur dem persönlichen Einsatz des Pflichtigen, die notleidenden Beziehungen wieder zu aktivieren. Wenn der Reichsfinanzhof schon für bereits existierende Verlagsobjekte eine Aktivierung bis auf besondere Ausnahmefälle verneint hat (vgl. Urteil III A 84/28 vom 28. 2. 1930, Bd. 26, S. 285; ferner auch Urteil III A 1195/30 v. 15. 10. 1931, Bd. 29, S. 291; und VI 651/37 vom 18. 11. 1937, RStBl. 1938, S. 133, Nr. 104), dann muß dies doch erst recht für ein erst in der Entwicklung befindliches, äußerst fragwürdiges Verlagsobjekt gelten. In den angezogenen Reichsfinanzhofentscheidungen ist mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß man wirtschaftliche Chancen, die allein auf der persönlichen Tätigkeit und Initiative des Verlegers beruhen, in keiner Weise für eine Aktivierung heranziehen könne. Es handelt sich um kein Gut, das im Verkehr als wirklicher Wert behandelt wird.

Im übrigen treffen auch bei diesem Verlagsobjekt die von dem Betriebsprüfer zugrunde gelegten Ziffern nicht zu. Die Honoraraufwendungen für Dr. Hofmann stellen keinesfalls einen aktivierungspflichtigen Aufwand dar, da ein etwaiger Erwerber dieses Verlagsrechts niemals bereit gewesen wäre, diesen verlorenen Aufwand zu bezahlen. Es handelte sich hier um Experimente zur Prüfung, ob überhaupt Interesse für ein solches Verlagsobjekt bestand und ob alle notwendigen Voraussetzungen für seine Herausgabe vorhanden seien.

Irgendwelche Aufwendungen für technische Herstellung in Höhe der beiden Rechnungen der Künstlerbund A.G. Karlsruhe vom 7. und 8. 6. 1947 sind nie gemacht worden, da damals diese Zeitschrift überhaupt noch nicht gedruckt wurde.

Die Honorare an Dr. Muthesius, Dr. Hofmann und Prof. Teisinger in Höhe von RM 3900.-- sind gezahlt worden für die Zeit, für die der Mitinhaber Peters das Vorhandensein der Lizenz vorgetäuscht hatte. Diesen Honorarzahlungen stehen keinerlei







Leistungen gegenüber.

Ferner muß es bestritten werden, daß im zweiten Halbjahr 1948 für Honorare der Betrag von DM 29.020.-- überhaupt bezahlt wurde. Das gleiche gilt für die 1949 gezahlten Honorare in Höhe von DM 3.445.--, und die Aufwendungen für die Herstellung von 10 Heften in Höhe von DM 25.928.95 müssen bestritten werden. Es ist völlig ausgeschlossen, daß derartig hohe Aufwendungen für die Herstellung von 10 Heften gemacht worden sind.

Was die verschiedenen Broschüren anbelangt, so ist hierzu zu bemerken, daß der Pflichtige hierfür überhaupt keine Erlöse erzielt hat. Die Broschüre von Prof. Dr. Lossen wurde diesem zur kostenlosen Abgabe an seine Studenten zur Verfügung gestellt, da ein Absatz nicht möglich war.

Beweis: Schreiben des Prof. Dr. Lossen in Mainz vom 17.1.1951 in beglaubigter Abschrift.

Die Broschüre von Prof. Rüschkamp " Artgeschichte " wurde dem Autor gegen Zahlung von DM 400.-- überlassen.

Beweis: Schreiben der Rechtsanwälte Dres. Dillmann in Frankfurt/Main, vom 22.5.1950 lt. anliegender beglaubigter Abschrift.

Die Broschüre des Prof. Schäfer " das physikalische Verhalten des Ohres ", lagernd bei der Fa. Lingenbrink, Rastatt, wurde dort eingestampft, und der Erlös zur Deckung der Lagerkosten verwendet.

Beweis: Schreiben der Fa. Lingenbrink vom 9.5.1951.

2. Zu Ziffer 4 der Vereinbarung:

Was die weiteren Aufwendungen von DM 14000.-- anbetrifft, deren Bezahlung der Pflichtige übernommen hat, so müssen diese Ziffern aufgeteilt werden nach den Verlagsobjekten. Soweit diese Aufwendungen für die Broschüren erfolgt sind, müssen sie von vornherein als verloren abgebucht werden.







20. Juli 1951

Soweit sie für das Werk " Stefanie-Napoleon " erfolgten, kann eine Aktivierung ebenfalls nicht erfolgen, da dies ebenfalls nur in Höhe der vom Pflichtigen erzielten Erlöse möglich ist. Es wurden z.B. an Herrn Prof. Walter noch ein Resthonorar bezahlt, das naturgemäß den Erlös aus dem Werk Stefanie-Napoleon in keiner Weise erhöht hat. Der Pflichtige hat im Übrigen nicht DM 14.000.-- Verbindlichkeiten des Drei-Kreise-Verlags zu zahlen gehabt, sondern DM 21.000.--. Der nicht gedeckte Differenzbetrag von DM 7000.-- müßte übrigens von den aktivierten Werten noch abgesetzt werden. Dieser Aufwand ist so entstanden, da der Drei-Kreise-Verlag, der an sich die Zahlung dieser DM 7000.-- übernommen hatte, infolge seiner Zahlungsschwierigkeiten nicht mehr auszahlen konnte. Der Pflichtige mußte daher die weiteren Verbindlichkeiten in Höhe von DM 7000.-- aus der eigenen Tasche zahlen.

Schon jetzt kann vorbehaltlich weiterer Ergänzungen folgendes über die Verwendung der DM 14000.-- ausgeführt werden:

Hieraus wurden einmal bezahlt der Betrag von DM 1437.90 für den Druck der 8000 Broschüren von Rüschkamp " Zur Artgeschichte des Menschen ".

Beweis: Rechnung der Fa. Waldkirch vom 11.2.1949  
in beglaubigter Abschrift.

Für Verbindlichkeiten, die auf dem Verlagsobjekt " Stefanie-Napoleon " noch lasteten, hat der Pflichtige noch DM 12.889.-- bezahlt und zwar:

1. An Prof. Walter Heidelberg ein Honorar von DM 6.039.--

Beweis: Wird nachgebracht.

2. An die Druckerei Künstlerbund A.G. in Karlsruhe für Einbanddecken DM 3.409.20

Beweis: Drei Rechnungen der Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe A.G. vom 29.1., 12.3. und 25.3.1949, in beglaubigter Abschrift.







3. An die Druckerei Waldkirch in Mannheim für  
Bindearbeiten DM 3.441.68  
Beweis: Rechnungen der Fa. Waldkirch vom  
14. und 29.3.1949 in beglaubigter  
Abschrift.

Schon aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß eine besondere Aktivierung des Betrags von DM 14.000.-- nicht in Betracht kommt. Wenn man die Beträge, die der Pflichtige für die übernommenen Verlagsobjekte noch zahlen mußte, den Erlösen gegenüberstellt, dann ergibt sich ohne weiteres, daß es sich praktisch um wertlose Gegenstände gehandelt hat. Es ist nur der besonderen Geschicklichkeit des Pflichtigen zu verdanken, daß er hieraus nicht noch größere Verluste erlitten hat.

Die Belege für die bezahlten DM 21.000.-- werden dem Finanzamt vorgelegt werden. Es handelt sich hier nicht um einen Gegenwert des Geschäftsanteils, sondern um eine Befreiung von Verbindlichkeiten, die auf den übernommenen Verlagsobjekten lasteten.

3. Zu Ziffer 5 der Vereinbarung:

Von einer kostenlosen zur Verfügungstellung von Arbeitskräften durch den Drei-Kreise-Verlag kann keine Rede sein. Infolge der nahezu gewaltsamen Hinausdrängung aus dem Drei-Kreise-Verlag mußten die von ihm zu übernehmenden Arbeitskräfte für eine Übergangszeit über Wasser gehalten werden. Es war nicht mehr als recht und billig, daß der Drei-Kreise-Verlag, auch aus sozialen Gründen, die Besoldung dieser Arbeitskräfte übernahm. Irgendein Gegenwert, der aktivierungsfähig wäre, ist dem Pflichtigen dadurch nicht entstanden.



1. Die Parteien sind einverstanden, dass die

am 7. April 1951

in Berlin

unterzeichnet worden ist, und dass die

Parteien sich einverstanden erklären, dass die

Die Parteien sind einverstanden, dass die

2. Artikel 2 des Vertrages

von einer bestimmten zur Verfügungstellung von



4. Zu Ziffer 6 der Vereinbarung:

Die in dieser Vereinbarung erwähnte Büroetage ist zwar von dem Drei-Kreise-Verlag ausgebaut, aber dem Pflichtigen nie zur Verfügung gestellt worden. Diese Büroräume wurden vielmehr von dem Wirtschaftsprüfer und neuen Gesellschafter Dr. Duisberg übernommen, der seine Mietwohnung dem Pflichtigen überließ. Die in der Stellungnahme des Betriebsprüfers vom 27.1.1951 erwähnten angeblichen Vorteile sind nicht dem Pflichtigen, sondern Herrn Dr. Duisberg gewährt worden. Es ist vollkommen unerfindlich, wieso der Pflichtige Steuern zahlen soll für Vorteile, die einem anderen Gesellschafter gewährt worden sind.

5. Zu Ziffer 8 der Vereinbarung:

Der Pflichtige hat 1945 bei Gründung des Drei-Kreise-Verlags zwei Schreibmaschinen mitgebracht, die sein Eigentum waren. Diese Maschinen wurden von dem Verlag benutzt ohne Zahlung einer Miete. Der Verlag war infolgedessen verpflichtet, dem Pflichtigen bei seinem Ausscheiden wieder zwei gleichwertige Maschinen zu überlassen. Es ist hierbei ganz gleichgültig, welcher Reichmarkbetrag seinerzeit für die Ersatzmaschinen bezahlt wurde. Sämtliche von dem Pflichtigen übernommenen Schreibmaschinen waren in gebrauchtem Zustand schon gekauft worden, sodaß sie auch aus diesem Grunde keinen Wert mehr darstellten.

6. Zu Ziffer 9 der Vereinbarung:

Es wird von dem Betriebsprüfer zu Unrecht bestritten, daß zwischen dem Drei-Kreise-Verlag und dem Pflichtigen ein Arbeitsvertrag bestanden hat. Der Pflichtige war Geschäftsführer der GmbH. und hatte in dieser Eigenschaft selbstverständlich Anspruch auf Gehalt. Es ist vollkommen willkürlich, aus der Tatsache, daß die Verpflichtung zur Weiterzahlung des Gehalts in der Vereinbarung vom 30.12.1948 niemals ausdrücklich festgelegt wurde, nunmehr zu folgern, daß es sich hier um ein Entgelt für einen abgetretenen Geschäftsanteil handle.



2. Zu Artikel 6 des Verzeichnisses:

Dies in dieser Vereinbarung erwähnte Grundstück ist zwar von dem Verleiher-Vertrag ausgenommen, aber der Verpflichtung als zur Verfügung gestellt zu sein. Diese Wohnung ist nach der Bestimmung des Verzeichnisses der Vereinbarung der Vereinbarung des Verzeichnisses überlassen. Die in der Vereinbarung des Verzeichnisses vom 1.1.1951 enthaltenen Angaben sind nicht den Verpflichtungen, sondern dem Verleiher-Vertrag zu entnehmen. Die Verpflichtungen des Verleiher-Vertrages, wie der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen. Die Verpflichtungen des Verleiher-Vertrages, wie der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen.

3. Zu Artikel 7 des Verzeichnisses:

Der Verpflichtung hat 1945 der Grundstück-Vertrag zwei Verpflichtungen übertragen. Die erste Verpflichtung ist die Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen. Die zweite Verpflichtung ist die Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen. Die Verpflichtungen des Grundstück-Vertrages, wie der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen. Die Verpflichtungen des Grundstück-Vertrages, wie der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen.

4. Zu Artikel 8 des Verzeichnisses:

Es wird von dem Grundstück-Vertrag zu verstehen sein, dass der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen. Die Verpflichtungen des Grundstück-Vertrages, wie der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen. Die Verpflichtungen des Grundstück-Vertrages, wie der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, ist der Verpflichtung, das Grundstück zu überlassen, zu entnehmen.



In der Vereinbarung vom 30.12.1948 wurden aber alle anlässlich des Ausscheidens auftretenden Fragen geregelt und zwar anlässlich des Ausscheidens nicht nur als Gesellschafter, sondern auch als Geschäftsführer. Die Vereinbarung hatten den Zweck, die Rechtsbestimmungen so weit als möglich klarzustellen, um etwaige Streitigkeiten auszuschließen. Deshalb wurde auch dieser Gesichtspunkt ausdrücklich klargestellt. Im übrigen ist die von dem Prüfer angenommene Ziffer von DM 14.000.-- unzutreffend. Es wurden vielmehr bezahlt DM 10.800.--; hiervon wurden einbehalten an Lohnsteuer DM 3.730.50, an Kirchensteuer DM 323.31 und Notpfer Berlin DM 30.--.

Beweis: Schreiben des Konkursverwalters Rechtsanwalt Dr. Bauer in Baden-Baden, vom 28.6.1951 lt. anliegender beglaubigter Abschrift.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß außer Ziffer 7 der Vereinbarung alle anderen Bestimmungen zu überhöhten Bewertungen des Finanzamts geführt haben. Wie der Pflichtige selbst diese Gegenstände bewertet hat, ergibt sich aus dem Gesellschaftsvertrag der Verlag Fritz Knapp GmbH. in Frankfurt. Dort hat der Gesellschafter Fritz Knapp seine Stammeinlage als Sacheinlage derart geleistet, daß er seine Forderung gegen den Drei-Kreise-Verlag GmbH. Baden-Baden auf Lieferung folgender Gegenstände in die Gesellschaft eingebracht hat:

- |  |      |    |           |
|--|------|----|-----------|
| 1. 13,5 to sowie einige kleinere Restbestände an |      |    |           |
| Papier   | Wert | DM | 8.000.--  |
| 2. 7000 halbfertige Exemplare des Werks          |      |    |           |
| " Stefanie-Napoleon " von Prof. Walter "         |      | DM | 10.500.-- |
| 3. Verschiedene Büroeinrichtungsgegenstände      |      | DM | 1.500.--  |

Der Wert dieser Forderung wurde auf DM 20.000.-- festgesetzt und auf die Stammeinlage des Gesellschafters Fritz Knapp angerechnet, sodaß diese voll erbracht war.







Fürsorglich beantragen wir zur Bewertung der verschiedenen Verlagsobjekte ein Sachverständigengutachten zu erheben.

Die anzusetzenden Werte werden von hier aus wie folgt beziffert:

Ziffer 3	Werk " Stefanie-Napoleon "	höchstens	DM	10.500.--
	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen		DM	0.--
	Broschüren		DM	0.--
Ziffer 4			DM	0.--
Ziffer 5			DM	0.--
Ziffer 6			DM	0.--
Ziffer 7		höchstens	DM	11.130.--
Ziffer 8		höchstens	DM	500.--
Ziffer 9			DM	0.--
Summe:			DM	22.130.--

Hiervon wäre noch abzusetzen der erlittene

Verlust von rund

DM 7.000.--

sodaß sich ein Veräußerungserlös ergibt von DM 15.130.--  
der unter dem Wert des Geschäftsanteils liegt von DM 25.000.  
sodaß überhaupt kein Veräußerungsgewinn entstanden ist.

Wenn die Summe der Gehälter gem. Ziffer 9 noch mit DM 10.800.-- als Veräußerungspreis angesehen werden sollte, von DM 25.930.-- und ein Veräußerungsgewinn dann ergibt sich ein Gesamtbetrag von DM 900.--, dessen Versteuerung aber dann eine Rückzahlung der einbehaltenen Lohnsteuer von DM 3.730.50, Kirchensteuer DM 323.31 und Notopfer Berlin DM 30.-- gegenüberstehen müßten.

( Dr. Otto )

Rechtsanwalt

Anlagen



zu berücksichtigen sind die Verluste der verschiedenen  
Verlustarten, die im Zusammenhang mit dem Betrieb zu stehen.

Die Verluste sind nachfolgend angegeben:

Verluste:

Verluste 1. Art: 10.000.--

Verluste 2. Art: 10.000.--

Verluste 3. Art: 10.000.--

Verluste 4. Art: 10.000.--

Verluste 5. Art: 10.000.--

Verluste 6. Art: 10.000.--

Verluste 7. Art: 10.000.--

Verluste 8. Art: 10.000.--

Verluste 9. Art: 10.000.--

Verluste 10. Art: 10.000.--

Verluste 11. Art: 10.000.--

Verluste 12. Art: 10.000.--

Verluste 13. Art: 10.000.--

Verluste 14. Art: 10.000.--

Verluste 15. Art: 10.000.--

Verluste 16. Art: 10.000.--

Verluste 17. Art: 10.000.--

Verluste 18. Art: 10.000.--

Verluste 19. Art: 10.000.--

Verluste 20. Art: 10.000.--

Verluste 21. Art: 10.000.--

Verluste 22. Art: 10.000.--

Verluste 23. Art: 10.000.--

Verluste 24. Art: 10.000.--

Verluste 25. Art: 10.000.--



Berechnung des Teilwerts eines Verlagsrechts an einer Zeitung.

- § 6 Ziff. 2 EStG -

Die Beschwerdeführerin, eine Verlagskommanditgesellschaft, erwarb im Jahre 1931 von einer OHG. das Verlagsrecht an einem Kreisblatt. Die Verkäuferin behielt das Recht zum Drucken der Zeitung. Ausser dem Verlagsrecht besitzt die Beschwerdeführerin nur hier bedeutungslose kleine Bestände an Inventar und laufenden <sup>Geldern</sup> Gegenständen gegenüber laufenden geringfügigen Schulden. In ihrer Bilanz auf 1. April 1931 hat die Beschwerdeführerin das Verlagsrecht mit dem Kaufpreis (1931) von 125 000 RM aktiviert und es in der Folge unter Billigung des FA auf 100 000 RM abgeschrieben. Streitig ist, ob die Beschwerdeführerin in der Bilanz auf 31. Dezember 1935 den Wert des Verlagsrechts weiterhin auf 80 000 RM abschreiben darf. Die Vorbehörden haben die Frage verneint. Das FG meint, von 1931 bis 1935 habe die Beschwerdeführerin einen durchschnittlichen Gewinn von rund 14 500 RM = 14,5 v.H. des Verlagsrechtswerts gehabt. Es sei nicht zulässig, bei der Berechnung der Verzinsung des investierten Kapitals die den Gesellschaften vorweggezahlten Vergütungen abzuziehen; denn nach dem Einkommensteuergesetz seien die Vergütungen der Gesellschafter einer KomG. dem Gewinn der Kom.G. hinzuzurechnen. Eine Verzinsung von 14,5 v.H. des Werts des Verlagsrechts sei angemessen. Das Erfordernis der Mitarbeit werde der am Erwerb einer Zeitung interessierte Unternehmer mit in den Kauf nehmen. Bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 1935 habe sich der Umsatz und der Gewinn der Beschwerdeführerin gegenüber früher kaum vermindert. Die neuerdings (1937) eingetretenen Erschwerungen im Betrieb von Zeitungsverlagen könnten nicht mehr in Frage kommen.

Die Rechtsbeschwerde der Firma ist begründet.

Das Unternehmen eines Zeitungsbetriebs besteht nicht nur darin, dass der Verlag ein Verlagsrecht besitzt und auswertet, vielmehr gehört zum Betrieb der Zeitung auch noch der lebende Organismus des Betriebs, insbesondere die Tätigkeit des Hauptschriftleiters, dann auch die Eigenschaft der herausgegebenen Zeitung als Amtsblatt u.dgl. Das Verlagsrecht ist auch nicht gleich dem ganzen Betriebsbestehenswert oder Geschäftswert des Unternehmens, sondern ist nur das Recht zur Führung des Titels der Zeitung, eine gewerbliche Berechtigung, die bei entgeltlichem Erwerb ein für sich verkäufliches und besonders



bewertbares Wirtschaftsgut, also einen Teil des Geschäftswerts, darstellt. Wenn man also den Wert des Verlagsrechts berechnen will, muss man berücksichtigen, dass nicht der ganze Gewinn des Geschäfts ausschliesslich Ertrag des Verlagsrechts ist. Es muss vielmehr aus dem Gesamtgewinn der Firma zur Berechnung des Ertragswerts des Verlagsrechts der Ertrag ausgeschieden werden, der auf die übrigen Teile des Organismus, also die persönliche Arbeitskraft des Verlegers und seiner Mitarbeiter und die von ihm eingebrachten oder geschaffenen sonstigen Werte entfällt. Der Gewinn einer Firma, mag sie als Einzel-firma oder als Personengesellschaft betrieben werden, setzt sich zusammen aus dem Zins des eingelegten Kapitals (einschliesslich des dazu erworbenen sachlichen Geschäftswerts) einerseits und dem Ertrag der persönlichen Arbeitskraft des Unternehmens samt der durch ihn geschaffenen subjektiven Geschäftswerte (z.B. Werbekraft) andererseits. Für die Einkommensteuer ist beides zusammengefasst, weil auch der Ertrag der persönlichen Arbeitskraft des Verlegers, gewissermassen sein Arbeitslohn, der Einkommensteuer unterworfen werden soll. Der Ertrag des Verlagsrechts hat aber z.B. nichts zu tun mit dem Arbeitslohn des Hauptschriftleiters. Die Erfolge der Arbeitskraft des Verlegers und des Hauptschriftleiters können also für die Bewertung des Verlagsrechts als solchen nicht herangezogen werden. Der Fehler in dem Gedankengang des FG wird klar, wenn man unterstellt, dass der Besitzer des Verlagsrechts den Betrieb an einen Verleger verpachtet, der seinerseits wieder einen Hauptschriftleiter anstellen muss. Es ist klar, dass hier nicht der ganze Rohertrag des Zeitungsbetriebs als angemessene Pachtsumme für den Verlagsbesitzer angesehen werden kann. Es muss vielmehr abgezogen werden, was der Hauptschriftleiter als Lohn beanspruchen kann, und ebenso, was der Verleger als Ertrag seiner Arbeitskraft (und des etwa von ihm weiter in dem Betrieb eingelegten Kapitals) abziehen muss. Es war daher nicht richtig, dass das FG für die Berechnung des Verlagsrechts den g a n z e n Gewinn des Geschäfts zugrunde legte. Vielmehr muss der Ertrag der persönlichen Arbeitskraft des Gesellschafters, der bis jetzt zugleich Hauptschriftleiter war, ausgeschieden werden. Für die Errechnung der Ertragswertgrundlage des Verlagsrechts an dem Jahresgewinn von 14 500 RM muss also der Wert der persönlichen Arbeitskraft dieses Gesellschafters mit durchschnittlich 5 200 RM abgesetzt werden. Das gilt aber nicht für die Vorausleistung von 1 200 RM an den Kommanditisten; dieser Gewinn-anteil muss auf den Ertrag des Verlagsrechts bezogen werden, da der



- 3) Hauptschriftleiter keinen Anlass hat, von dem Ertrag seiner Arbeitskraft, seinem Lohn, an den Kommanditisten etwas abzugeben.

Weiterhin kann aber auch der Ertragswert des Verlagsrechts nicht verglichen werden mit der Verzinsung festverzinslicher Wertpapiere. Die Anlage von Kapital in einem gewerblichen Betrieb ist immer mit erheblichen Gefahren verbunden, so dass die angemessene Verzinsung gewerblichen Betriebskapitals wegen dieses Wagnisses erheblich höher sein muss als bei festverzinslichen Wertpapieren. Man pflegt hier als angemessen eine Kapitalrente von 6 bis 10 v.H. anzusehen. Bei der näheren Bestimmung des Zinses im Einzelfall sind die Bedingungen des Gesellschaftsvertrags und des Kaufvertrags zu berücksichtigen, insbesondere mag hier die Bindung an die Verkäuferin wegen der Drückarbeiten eine gewisse Last bedeuten, aber auch eine Gefahr im Fall der Beendigung des Druckvertrags. Weiter ist zu berücksichtigen, die Möglichkeit des Wettbewerbs anderer Zeitungen, die gerade gegenüber den alten Kreisblättern neuerdings stark an Verbreitung und Einfluss gewinnen. Es kann nicht aus der allgemeinen Entwicklung der deutschen Presse ein zwingender Rückschluss auf die Verhältnisse eines einzelnen ländlichen Kreisblatts gezogen werden.

Endlich leidet die Vorentscheidung daran, dass sie bei der Bewertung des Ertragswerts auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 1935 die Zukunftsaussichten ganz ausser acht gelassen hat. Gerade diese Zukunftsaussichten sind Umstände, die den Preis des Unternehmens und damit auch den Teilwert dieses besonderen Wirtschaftsguts im Geschäftsverkehr beeinflussen müssen (vgl. z. B. auch § 13 Abs. 2 Satz 2 RBewG). Es kann also nicht ausser acht gelassen werden, wenn es richtig ist, dass die Rente des Unternehmers mutmasslich demnächst sinken wird, insbesondere dadurch, dass unter Umständen ein besonderer hauptamtlich angestellter Hauptschriftleiter eingestellt werden muss. Bereits im Jahre 1936 ist der Gewinn bei der Beschwerdeführerin erheblich gesunken. Der Senat hat schon im U. v. 16. August 1934 (StuW. 1934 Nr. 593) darauf hingewiesen, dass ausschlaggebend für derartige Fragen die Zukunftsaussichten nach dem Stand am Bilanzstichtag sind. Ein Käufer des ganzen Unternehmens wird zwar aus den bisherigen Erträgen auf die Zukunftsaussichten schliessen, er wird aber nichts bezahlen für Umstände, die in der Zukunft nicht mehr vorhanden sein werden. Es wird also in erster Linie auf die Feststellung ankommen, ob der nach 1935 voraussichtlich



zu erzielende Gewinn, soweit er auf das Verlagsrecht entfällt, dem Buchwert des Rechts noch entspricht. Es ist dabei bedeutungslos, dass das Absinken des Gewinns zum Teil auf die Abschreibungen auf kurzlebige Wirtschaftsgüter zurückzuführen ist; auf lange Sicht gesehen, müssen solche vorübergehenden Umstände ausscheiden.

Die Vorentscheidung war daher wegen Rechtsirrtums aufzuheben und die nicht spruchreife Sache, an das FG zurückzuverweisen. Dieses wird den Ertragswert des Verlagsrechts anderweit berechnen müssen. Das FG wird dabei die tatsächlichen Ausführungen des Beschwerdeführers zur Rechtsbeschwerde beachten müssen. Es fragt sich, ob das FG ohne sach- und ortskundige Sachverständige auskommen kann.



RFH-Urteil v. 4. Juni 1942 III 89/40

Das Verlagsrecht ist beim Verleger ein bewertbares Wirtschaftsgut des Betriebsvermögens; sein Teilwert ist nach seinem objektiven Ertrag zu bemessen.- § 12, § 15 Absatz 2, § 54 Absatz 1, § 59 Ziffer 2, § 66 Absatz 1, § 67 Ziffer 5 RBewG -  
(Immaterielle Werte-Konto)

I. Der beschwerdeführende Musikverlag, an dem die beiden Inhaber zu je 1/2 beteiligt sind, hat seinen Sitz im Ausland, aber weiter in Deutschland eine Zweigniederlassung in Form einer OHG und ist damit beschränkt vermögenssteuerpflichtig. Das FA hat seinem inländischen Betriebsvermögen 216 000 RM als Wert von Urheberrechten (Verlagsrechten) zugerechnet. Der Verlag bestreitet die Bewertungsfähigkeit unter Berufung auf § 67 Ziffer 5 RBewG. Der beschwerdeführende Verlag hat bisher niemals feste Vergütungen vereinbart, sondern den Urhebern lediglich sogenannte Absatzhonorare gezahlt und die Urheber damit am Erfolg - und, wie er behauptet, auch am Wagnis - beteiligt. Die Verwertung der Verlagsrechte - die dem Stammhaus zustehen - hat in Deutschland in den Jahren 1932 bis 1935 rund 653000 RM erbracht. Hinzutreten für die gleiche Zeit rund 61000 RM Überweisungen von der "Ammre" (später "Stammre") und 10000 RM von der "Gema" (später "Stagma"), mit denen es folgende Bewandtnis hat: Die Ammre (=Anstalt für mechanisch-musikalische Rechte) ist eine G.m.b.H., deren Gesellschafter die drei Berufsorganisationen der Komponisten, Textdichter und Musikverleger in Deutschland sind und die sich mit der Verwertung von Urheberrechten befasst, soweit diese sich auf die Übertragung der Werke der Tonkunst und Literatur auf mechanische Vorrichtungen, Platten, Schallbänder u.dgl. beziehen. An ihrer Stelle ist im Jahre 1937 die "Stammre" (staatlich genehmigte Anstalt für mechanisch-musikalische Rechte) mit den gleichen Befugnissen getreten. Die "Gema" (=Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte) überwacht die konzertmässige Verwertung der urheberrechtlich geschützten Musik und besorgt die Einziehung der fälligen Tantiemen. Seit dem 1. Oktober 1933 ist an ihre Stelle die "Stagma" (staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte) getreten; sie ist ein auf Grund des Gesetzes vom 4. Juli 1933, RGBI I S. 452, (über die Vermittlung von Musikaufführungsrechten und seiner Durchführungsbestimmungen gegründeter Verein, dessen Zweck die



treuhänderische Verwaltung der der Gesellschaft übertragenen musikalischen Aufführungsrechte an Werken der Tonkunst, auch durch Rundfunk, Tonfilm und Benutzung von Schallvorrichtungen ist. Die kraft Gesetzes dieser Genossenschaft und Gesellschaft zustehenden Befugnisse - also das Recht ~~der~~ Übertragung von Werken der Tonkunst und Literatur auf mechanische Vorrichtungen und das Recht der musikalischen Aufführung von Werken der Tonkunst - können die Urheber nicht auf einen Verleger übertragen, aber nach den Satzungen der Genossenschaft und Gesellschaft wird ein Teil der von ihnen erzielten Er-

löse dem jeweiligen Verleger überlassen als Entschädigung für das ihm entzogene Aufführungs- und Wiedergaberecht. Nach der Feststellung des Betriebsprüfers hat die deutsche Zweigniederlassung die durch solche Verwertung von Aufführungsrechten in Deutschland erzielten Einnahmen als durchlaufende Posten an das Stammhaus abgeführt. Diese Einnahmen belaufen sich in den Jahren 1932 bis 1935 auf rund 61 000 RM von der Amre (später Stammre) und rund 10 000 RM von der Gema (später Stagma ).

II. Das FA hat den Wert der Verlagsrechte für die deutsche Zweigniederlassung wie folgt errechnet: Der Ertrag aus der Verwertung der Urheberrechte in den genannten vier Jahren betrage rund 653 000 RM; davon seien abzuziehen - weil nicht laufend, sondern nur einmalig - Bezüge für Filmrechte = 70 000 RM, so dass 583 000 RM verbleiben; hinzuzurechnen seien die von der Amre (Stammre) und Gema (Stagma ) eingegangenen Tantiemen von rund 71 000 RM, weil in der Form dieser Zweigniederlassung in Deutschland eine Betriebsstätte des ausländischen Unternehmens bestehe und diese Zweigniederlassung auch die Vermittlung der Verträge und die Überwachung der Eingänge vorzunehmen habe, und ferner, weil die Zweigniederlassung die durch die Verwertung von Ausführungsrechten in Deutschland erzielten Einnahmen als durchlaufende Posten an das Stammhaus abliefern. Für die Frage, in welcher Höhe den Einnahmen Betriebsausgaben des Stammhauses gegenüberstehen, müsse eine Schätzung erfolgen: von den Einnahmen würden im allgemeinen 50 v.H. an den Komponisten und je 10 v.H. an den Textbuchdichter und an den Übersetzer entrichtet, so dass 30 v.H. dem Verlag verbleiben; der Verlag beanspruche hiervon einen Abschlag von 50 v.H. als Anteil an den allgemeinen Geschäftsunkosten; diesem Abzug könne nach den vorgelegten Verlust- und Gewinnrechnungen des



Stammhauses zugestimmt werden; bei einer Gesamteinnahme von rund  $583\,000 + 71\,000 = 654\,000$  RM (für vier Jahre) ergebe sich eine durchschnittliche Jahreseinnahme von rund 163 000 RM, wovon abzusetzen seien die zu leistenden Zahlungen an die Komponisten = 50 v.H., die Textdichter = 10 v.H., die Übersetzer = 10 v.H. sowie für Herstellungs- und Handlungsunkosten = 15 v.H., zusammen 85 v.H., so dass ein Reingewinn von 15 v.H. verbleibe, das sind rund 24 000 RM. Dieser Betrag sei gemäss § 76 Absatz 1 Ziffer 3 RBewG mit neun zu vervielfältigen, so dass sich ein Vermögenswert von 216 000 RM ergebe.

III. Der Einspruch des Verlags ist erfolglos gewesen. Die Anfechtung ist mit folgender Begründung zurückgewiesen:

I. Das streitige Recht gehöre zum Betriebsvermögen, es sei daher unerheblich, ob es nach § 67 Ziffer 5 zum "Sonstigen" Vermögen gehören würde.

2. Es gehöre aber auch zum "Sonstigen" Vermögen; die Einschränkung in § 67 Ziffer 5 Satz 2 RBewG - wonach Urheberrechte *n i c h t* zum "Sonstigen" Vermögen gehören, wenn sie im Eigentum des Urhebers selbst oder im Falle seines Todes im Eigentum seiner Ehefrau oder seiner Kinder stehen oder wenn sie einem Dritten gegen Verpflichtung zur Zahlung von *n i c h t* festen Beträgen zur Ausnutzung überlassen sind - zeige, dass sie in allen anderen Fällen bewertungspflichtig seien, so auch hier; zu den Urheberrechten zähle auch das Verlagsrecht; dass es nur für den Fall einer entgeltlichen Veräusserung bewertungsfähig sei, könne aus dem Gesetz nicht entnommen werden; auch auf die Veräusserlichkeit sei die Bewertungsfähigkeit nicht abgestellt; hier handle es sich zudem, was der Pflichtige erkenne, nicht um die Bewertung des Urheberrechts beim Urheber, sondern bei einem Dritten, auf den das Urheberrecht zur Ausübung übertragen sei, daher sei es unerheblich, dass dieser Dritte - der Verlag - den Urhebern für die Überlassung keine *f e s t e n* Beträge zahle; denn dieser Umstand - Zahlung in festen Beträgen oder Zahlung in schwankenden Beträgen - sei lediglich für die Bewertung beim Urheber von Bedeutung, nicht aber beim Dritten.

3. Dass das FA die Verlagsrechte im *g a n z e n* - statt im einzelnen - bewertet habe, indem es der Bewertung die Summe der aus den einzelnen Verlagsrechten bezogenen Einnahmen zugrunde gelegt habe,



habe lediglich der Vereinfachung gedient, sei aber nicht unzulässig; das Ergebnis würde rechnerisch nicht anders sein, wenn das FA bei jedem einzelnen Werk den Wert des Verlagsrechts gesondert ermittelt und die Summe dieser Werte in Ansatz gebracht hätte; weshalb diese Einzelbewertung nicht möglich sein sollte, sei nicht erkennbar.

4. Von einer Doppelbesteuerung könne nicht gesprochen werden, da der Wert des Verlagsrechts unabhängig sei von dem Wert der sächlichen Betriebsbestände (Romane, Textbücher u.dgl.).

IV. Der Rechtsbeschwerde der beschwerdeführenden Verlagsgesellschaft ist stattzugeben.

#### A. Das Verlagsrecht als bewertbares Wirtschaftsgut.

1. Das Verlagsrecht ist ein Wirtschaftsgut, nämlich das ausschliessliche Recht des Verlegers auf Verfielfältigung und Verbreitung eines Werkes der Literatur oder der Tonkunst (§ 8 Verlagsgesetz). Es wird vom Verkehr auch als Wirtschaftsgut angesehen, es werden nicht nur ganze Verlagsunternehmen gekauft und verkauft, sondern auch die Verlagsrechte für einzelne Werke.

2.) Das Verlagsrecht ist auch ein bewertbares Wirtschaftsgut, gleichgültig ob und wie es im Einzelfalle erworben ist, insbesondere ob Aufwendungen dafür gemacht sind. Entscheidend ist, dass das Verlagsgesetz die Übertragbarkeit der Verlagsrechte anerkennt und dass die Entgeltlichkeit solcher Übertragungen im Geschäftsleben allgemein üblich ist, vgl. auch Kummer in Deutsche Steuerzeitung 1939 S. 93 und Voigtländer-Elster, Verlagsrecht, 3. Auflage, § 28 Anmerkung 1.

3. Das Verlagsrecht gehört zum Betriebsvermögen. § 59 Ziffer 2 RStG - wonach Wirtschaftsgüter, die nach § 67 Ziffer 5 Satz 2 bis 4 nicht zum Sonstigen Vermögen gehören, auch nicht zum Betriebsvermögen gehören - trifft nicht zu, weil das Verlagsrecht kein Urheberrecht oder kein abgespalteter Teil des Urheberrechts ist, sondern ein selbständiges, lediglich den Bestimmungen des Gesetzes über das Verlagsrecht vom 19. Juni 1901 (RGBl 1901 S. 217) und 22. Mai 1910 (1910 S. 793) unterstehendes Recht. Der

Verleger kann gegen den Verfasser und gegen Dritte die Befugnisse ausüben, die für den Urheber zum Schutz des Urheberrechts vorgesehen sind (§ 9 Verlagsgesetz) und kann das Recht grundsätzlich auch übertragen (§ 28 Verlagsgesetz); dass der Verleger zur Übertragung des Verlagsrechts an einzelnen Werken die Zustimmung des Verfassers



braucht, beeinträchtigt den Grundsatz der Übertragbarkeit nicht, die Zustimmung kann nur verweigert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

4. § 67 Ziffer 5 RBewG ist auf das Urheberrecht beschränkt. Der Wesenart des Urheberrechts als eines höchst persönlichen Rechts besonderer Art - das auch im Zwangsvollstreckungsverfahren nicht angegriffen werden kann, § 10 des Urheberrechtsgesetzes - trägt das Reichsbewertungsgesetz Rechnung, indem es die Urheberrechte nicht zum steuerpflichtigen Vermögen rechnet, solange sie im Eigentum des Urhebers stehen. Das Reichsbewertungsgesetz begünstigt die Urheberrechte auch noch nach dem Tode des Urhebers gegenüber seiner nächsten Verwandten (Ehefrau und Kindern); auch hierin kommt zum Ausdruck, dass das Reichsbewertungsgesetz nur den Schutz eines engen Personenkreises und die Sicherung eigener geistiger Erzeugnisse im Auge hat. Auf andere Personen kann diese Begünstigung nicht übertragen werden. - Lediglich zur Vereinfachung der Veranlagung sind die Urheberrechte (§ 67 Ziffer 5 Satz 4 RBewG) auch dann noch von der Vermögensteuer ausgenommen, wenn sie der Urheber gegen bloße Gewinnbeteiligung zur Ausnutzung an Dritte überlassen hat, vgl. Begründung zum Entwurf des Reichsbewertungsgesetzes 1925, Reichstagsdrucksachen 1924/25 Nr. 794/802 und Nr. 797; aber auch diese Bestimmung bezieht sich, wie der Zusammenhang ergibt, nur auf das Urheberrecht in der Person des Urhebers, nicht auf ein übertragenes Recht.

Der Urheber überträgt nicht sein Urheberrecht auf den Verleger, sondern er überlässt sein Werk dem Verleger nur zur wirtschaftlichen Ausnutzung. Dem entspricht der Wortlaut von § 67 Ziffer 5 Satz 4 RBewG. Der Verlegerschutz ergibt sich nicht aus einem abgeleiteten Urheberrecht, sondern aus dem Verlagsrecht, er wirkt sogar gegen den Urheber selbst. Neben dem Verlagsrecht bleibt das Urheberrecht in der gleichen Weise bestehen, wie bei Übertragung der Nutzung an einem Grundstück der Eigentümer nicht einen Teil seines Eigentumsrechts abspaltet, sondern dem anderen nur gewisse Rechte einräumt, die schuldrechtlichen oder dinglichen Charakter haben können.

Das Verlagsrecht ist aber grundsätzlich etwas anderes als das bloße Urheberrecht; durch den Abschluss des Verlagsvertrags ist das Urheberrecht bereits auf eine Stufe der wirtschaftlichen Auswertung getreten, die die lediglich zur Schonung der Persönlichkeit des Urhebers vom Gesetz eingeräumte Sonderstellung nicht mehr als gerechtfertigt erscheinen lässt.



Es darf nach Sinn und Zweck der Bestimmungen als sicher angenommen werden, dass bei Abfassung des Reichsbewertungsgesetzes niemals daran gedacht worden ist, die Bestimmungen des § 67 Ziffer 5 einem anderen als dem Urheber zugute kommen zu lassen. Der Verleger kann bürgerlich-rechtlich seine Rechte nur auf das Verlagsgesetz und auf den Verlagsvertrag stützen. Ebenso kann er auch steuerlich nur als Verleger, nicht aber als Urheber behandelt werden. Hätte das Gesetz auch die Verlagsrechte begünstigen wollen, so hätte es das bestimmt entweder in § 67 Ziffer 5 oder in § 59 Ziffer 2 zum Ausdruck gebracht; für eine Ausdehnung dieser Vergünstigungen auf den gewerbsmässigen Verleger fehlt jeder wirtschaftliche oder soziale Grund. Nach alledem hat die Vorbehörde mit Recht angenommen, dass die Verlagsrechte zum Betriebsvermögen gehören und bewertungsfähige Wirtschaftsgüter sind.

B. Bedenken bestehen indes gegen die Bemessung dieses Wertes insofern, als die Vorbehörde den Verlagswert ohne weiteres dem Kapitalwert des Reingewinns des ganzen Verlags gleichgestellt hat, ohne zu prüfen, ob nicht ein Teil des Reingewinns auf andere Gründe, insbesondere auf die Mitarbeit des Unternehmers oder den Betrieb des Unternehmens und die Mitarbeit des Anlagekapitals, entfällt. Ferner ist bedenklich, den Vervielfältiger für die Gewinnung des Kapitals oder Verlagswerts schlechthin dem § 15 RBewG in Verbindung mit § 76 RBewDV zu entnehmen; denn diese Bestimmungen haben zunächst jedenfalls nur die Bewertung von Ansprüchen auf die Nutzungen oder Leistungen im Auge, nicht aber die Bewertung von blossen Erwartungen oder Aussichten auf solche Nutzungen oder Leistungen. Endlich erhebt sich gegen die Zulassung der pauschmässigen Bewertung aller Verlagsrechte das Bedenken, dass alsdann die Unterschiedlichkeit der einzelnen Verlagsrechte - teils bestimmte, teils unbestimmte und stark schwankende Dauer, Unbestimmtheit des Ertragnisses, vielfach bereits eingetretener Ablauf der Schutzfrist, namentlich mit der daraus sich ergebenden Verschiedenheit des etwaigen Vervielfältigers - nicht berücksichtigt werden könnte.

V. Da hiernach die Möglichkeit eines Rechtsirrtums bei Ermittlung des Wertes der Verlagsrechte nicht ausgeschlossen ist, war die Vorentscheidung aufzuheben und die nicht spruchreife Sache an die Vorbehörde zurückzuverweisen zur anderweiten Ermittlung des Werts oder der Werte der Verlagsrechte auf folgender Rechtsgrundlage.



1. Der Urheber behält das Urheberrecht und muss es, wenn nicht die Voraussetzungen des § 67 Ziffer 5 Satz 2 RBewG vorliegen oder wenn der Fall des Satzes 4 vorliegt, versteuern; daneben muss es unter Umständen seine Honorarforderung gegenüber dem Verleger versteuern. Der Verleger hat das Verlagsrecht zu versteuern, wobei die Honorarforderung des Urhebers eine abzugsfähige Schuld darstellt. Massgebend ist der Teilwert. Den besten Anhaltspunkt für seine Schätzung bieten - wie auch sonst - tatsächlich erzielte Kaufpreise; es wird im allgemeinen möglich sein, vergleichbare Verkäufe festzustellen. In Einzelfällen kann auch die an den Urheber gezahlte Vergütung einen Anhalt für die Bemessung des Teilwerts bieten.

2. Grundsätzlich muss jedes einzelne Verlagsrecht - das Recht für jedes einzelne Werk - als besonderes Wirtschaftsgut behandelt und für sich allein bewertet werden. Eine Zusammenfassung mehrerer gleichartiger Verlagsrechte bei der Bewertung ist grundsätzlich ebenso wenig zulässig wie sonst bei Gegenständen des Betriebsvermögens, wo auch eine Bestandsaufnahme (Inventur) erforderlich und eine pauschmässige Schätzung regelmässig unzulässig ist.

3. Bei der Ermittlung des Teilwerts der Verlagsrechte ist der bisher erzielte Ertrag zu berücksichtigen, soweit er Schlüsse auf die Ertragsaussichten zulässt. Der Wert des Verlagsrechts besteht darin, dass der Verleger auf bestimmte Zeit allein den Ertrag aus dem Verkauf des Verlagswerks ziehen kann und auf ungewisse Zeit den Ertrag tatsächlich ziehen wird. Auch der Erwerber eines Verlagsrechts wird bei Bemessung des Kaufpreises von der mutmässlichen Dauer der gewinnbringenden Verwertung des Werks ausgehen. Man kann auf diese Weise den Wert jedes einzelnen Verlagsrechts ermitteln und ansetzen. Nur, wenn sich im Einzelfall diese Art der Bewertung aus irgendwelchen Gründen, z.B. wegen der grossen Anzahl von Verlagsrechten, als undurchführbar erweisen sollte, kann ausnahmsweise zur Schätzung des Werts der Verlagsrechte von dem Gesamtertrag des Verlagsunternehmens aus den Verlagsrechten ausgegangen werden.

Allgemein müssen aus dem Gesamtertrag die Gewinne, die mit dem reinen Ertrag der zu bewertenden Verlagswerke nichts zu tun haben, ausgeschieden werden, ebenso die betriebsfremden Einkünfte. Auszuscheiden sind namentlich auch Gewinne, die aus Werken stammen, für die keine Schutzfrist mehr besteht. Der dann verbleibende Ertrag muss darauf untersucht werden, ob er als Dauerertrag angesehen werden kann.



Dabei wird eine Prüfung in der Richtung angestellt werden können, ob und inwieweit in einem grossen Verlagsunternehmen gute und weniger gute Werke, langdauernde und kurzdauernde Verlagsrechte sich etwa ausgleichen. Auszuscheiden ist weiter aus dem Ertrag ein Teil als Ausfluss der persönlichen Tätigkeit des Verlegers, ein weiterer Teil als auf die Mitarbeit (Verzinsung) des Anlagekapitals entfallend. Auch wird im Einzelfall zu prüfen sein, ob nicht auch der geschäftliche Ruf des Unternehmens einen wesentlichen Anteil an der Erzielung der Einkünfte hat. Das in dem Verlagsrecht steckende objektive Ausschlussrecht gibt zunächst nur eine Nutzungsmöglichkeit; es muss zur Ertragserzielung aber weiter eine umfassende subjektive Tätigkeit (sachliche Prüfung, Druck, Verbreitung, Werbung) und erhebliches Kapital, das zu verzinsen ist, aufgewendet werden. Auch dieser sehr beachtliche Aufwand an Kapital und Arbeit ist mit einer wesentlichen Grundlage für den Gesamtertrag des Verlagsunternehmens neben den Verlagsrechten.

4. Der Wert des Verlagsrechts wird ein Vielfaches des richtig ermittelten durchschnittlichen Jahresgewinns des Verlagsunternehmens aus den geschützten Werken betragen. Das Vielfache des Jahresbetrags kann nicht ohne weiteres aus der Bestimmung des § 15 RBewG entnommen werden. Diese Bestimmung setzt voraus, dass ein Stammrecht besteht, auf Grund dessen bestimmte Jahresleistungen beansprucht werden können. Die Jahreserträge eines Verlagsunternehmens stellen nicht wiederkehrende Nutzungen im Sinn dieser Bestimmungen dar. Das Verlagsrecht gewährt keine Ansprüche auf Einnahmen. Es schützt den Verleger nur in seinem Geschäftsbetrieb durch ein Ausschlussrecht. Es muss im Einzelfall jeweils nach der Art des Verlags entschieden werden, welches Vielfache des Jahresertrags angemessen ist. Für schöngeistige Werke wird ein anderes Vielfaches in Betracht kommen als für wissenschaftliche Werke, für Tanzmusik oder gar Tagesschlager ein anderes als für Opernkunst. Gegebenenfalls werden die Werke verschiedener Art zu Gruppen zusammenzufassen sein. Es kann schliesslich im Notfall auch ein Durchschnitt angenommen werden, der den Verhältnissen des betreffenden Verlagsunternehmens am besten gerecht wird. Das Vielfache wird nicht allzu hoch bemessen



werden dürfen. Ob das in der Rechtsbeschwerde vorgeschlagene Vielfache von 4 1/2 für den Musikalienverlag nach Art des Betriebs der Steuerpflichtigen angemessen ist, bedarf noch der Prüfung.

Gegebenenfalls kann dabei berücksichtigt werden, welche Vielfachen des Jahresertrags bei tatsächlichen Verkäufen gezahlt worden sind. Aus den Ergebnissen dieser Kaufpreissammlung wird das Vielfache abzuleiten sein. Es wird sich empfehlen, mit den zuständigen Fachkammern der Reichskulturkammer Fühlung zu nehmen und den Versuch zu machen, dabei zu bestimmten Richtlinien zu gelangen.

5. Hinsichtlich der Berücksichtigung der Einnahmen aus der Filmverwertung wird es der Feststellung bedürfen, wie diese Einnahmen im Fall von Verkäufen regelmässig behandelt werden. Es macht insofern einen Unterschied, ob Einzelbewertung oder Gesamtbewertung vorgenommen wird. Wird Einzelbewertung vorgenommen, so bestehen drei Möglichkeiten:

a) Es hat schon eine Filmverwertung stattgefunden. Die Einnahmen daraus sind in den letzten Jahreseinnahmen enthalten. Dann ist mit weiteren entsprechenden Einnahmen in der Regel nicht zu rechnen. Der Ertrag muss niedriger angesetzt werden.

b) Es hat noch keine Filmverwertung stattgefunden; es ist aber mit einer solchen zu rechnen. Der Ertrag muss dann entsprechend höher angesetzt werden, allerdings unter Berücksichtigung des Umstands, dass die Einnahmen aus Filmverwertung nur einmalige sein werden.

c) Es hat noch keine Filmverwertung stattgefunden, und es ist mit einer solchen nicht zu rechnen. Der bisherige Ertrag kann ohne weiteres angesetzt werden.

Wird Gesamtbewertung vorgenommen, so ist zu prüfen, ob etwa eine der drei Möglichkeiten überwiegt. Ist das nicht der Fall, wird angenommen werden können, dass sich die verschiedenen Möglichkeiten ausgleichen. Es wird dann vom bisherigen Ertrag auszugehen sein.

6. Die Tantiemen von der Amme und der Stagma gehören zum Gesamtertrag. Sie sind wiederkehrende Einnahmen für das Verlagsunternehmen, die im Zusammenhang mit den Verlagsrechten und ihrer Ausnutzung im Deutschen Reich stehen, und zwar auch dann, wenn sie, wie in der Rechtsbeschwerde behauptet wird, nicht als durchlaufende Gelder der deutschen Zweigniederlassung behandelt, sondern unmittelbar an das Stammhaus geflossen sind.







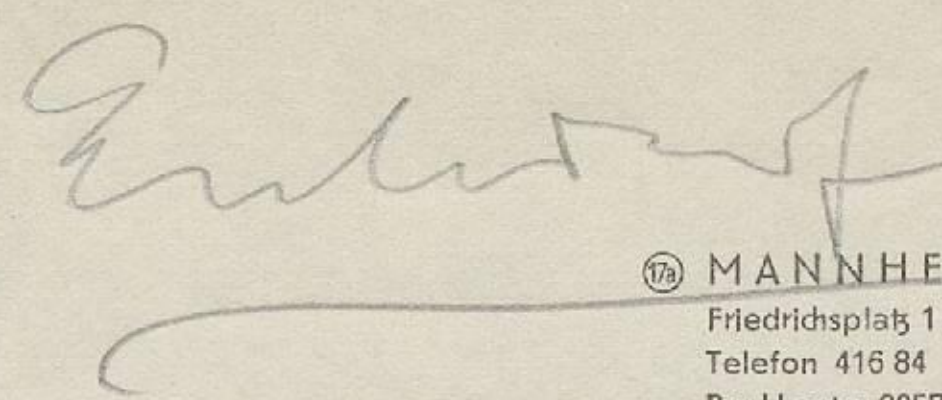
Dr. Heinz G. C. OTTO Dipl. rer. pol.

Dr. Walter BECKER-BENDER

Rechtsanwälte bei den Landgerichten  
Mannheim und Heidelberg

Finanzamt Rastatt

R a s t a t t

  
① MANNHEIM, den 12. Juli 1951

Friedrichsplatz 1 (Fürstenberghaus)

Telefon 416 84

Bankkonto: 90571 Südwestbank Mannheim,

Depositenkasse Heidelberger Straße

Postscheckkonto: 784 88 Karlsruhe

Dr. O./Z.

- 957 -

Betr: S 1443 - G 40/50

Einspruch des Herrn Fritz K n a p p, Verleger, Frankfurt, Wiesenau 40, gegen den vorläufigen Einkommensteuerbescheid vom 2. Halbjahr 1948, hier: Veräußerungsgewinn nach § 17 EStG., hier: Stellungnahme zu dem Sonderbericht vom 9. Juni 1950 und der dortigen Stellungnahme vom 16. Februar 1951.

In grundsätzlicher Beziehung muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß dem Ausscheiden des Herrn Fritz Knapp aus der Drei-Kreise-Verlag GmbH. die abschriftlich anliegende Reichsmark-Abschluß-Bilanz per 20.6.1948 nebst Verlust- und Gewinnrechnung und Überleitungs- und Umwertungs-Bilanz per 20.6.1948 und D-Mark-Eröffnungsbilanz per 20.6.1948 zugrunde gelegt wurden. Danach belief sich das Betriebsvermögen am Stichtag der Währungsreform auf rd. DM 75.000.--. Da Herr Fritz Knapp 1/3 des Stammkapitals in Händen hatte, errechnet sich hieraus sein Abfindungsbetrag auf 1/3 des Betriebsvermögens von DM 75.000.-- = DM 25.000.--. Zur Zahlung dieses Betrags erhielt Herr Fritz Knapp Sachwerte und Verlagsobjekte, die insgesamt auf den gleichen Betrag bewertet wurden. Aus der Differenz zwischen dem nominalen Geschäftsanteil des Herrn Fritz Knapp von DM 7.000.-- und seinem wirklichen Anteil am Betriebsvermögen von DM 25.000.-- kann nicht ein Veräußerungsgewinn hergeleitet werden. Gemäß § 37 Abs. 3 Einkommensteuereinführungsverordnung 1950 sind vor dem 21.6.1948 aufgewendete Anschaffungskosten im Sinne des § 17 Abs. 2 des EStG. nach § 13 Ziffer 2a der EStDV zu ermitteln. Nach § 13 2a ebenda ist aber zugrunde zu legen bei einem vor dem 21.6.1948 angeschafften Wirtschaftsgut der Betrag, den der Steuerpflichtige für die Anschaffung am 31.8.1948 hätte aufwenden müssen. Damals hätte aber Herr Fritz Knapp mindestens den



1943

1943

1943

1943

1943

1943



Substanzwert von DM 25.000.-- aufwenden müssen, wenn er damals den Geschäftsanteil an der Drei-Kreise-Verlag G.m.b.H. erworben hätte. Es beruht also auf einem Rechtsirrtum, wenn der Betriebsprüfer die gesamte Differenz zwischen dem Nominalwert und dem D-Mark-Wert als Veräußerungsgewinn ansieht und außerdem, wenn er zur Berechnung des Wertes des Geschäftsanteils auch noch Reichsmarkaufwendungen aktiviert, ganz abgesehen davon, daß der verwendete Umstellungssatz bei der allgemein bekannten Entwertung der Verlagsobjekte und Sachwerte nach der Währungsreform völlig unangebracht ist.

Im übrigen beruht aber der Betriebsprüferbericht auch auf einer völligen Verkennung der tatsächlichen Umstände. Es soll daher im Nachstehenden zu den einzelnen Ziffern der Vereinbarung wie folgt Stellung genommen werden:

1. Zu Ziffer 3 der Vereinbarung:

Das Finanzamt geht bei der Bewertung der von Herrn Fritz Knapp übernommenen Verlagsobjekte (Buch Stefanie-Napoleon, Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen und einige kleinere Broschüren) von völlig unhaltbaren Gesichtspunkten aus. Zunächst einmal ist es ein Ding der Unmöglichkeit, Verlagsobjekte in der vom Finanzamt für richtig gehaltenen Art und Weise zu bewerten, indem einfach die bisherigen Anschaffungskosten zu denjenigen aus der Reichsmarkzeit gezählt werden und diese Summe als Wert des Verlagsobjekts angesetzt wird. Daß schon das Buch " Stefanie-Napoleon " in Wirklichkeit diesen Wert nicht besessen hat, geht daraus hervor, daß der größte Teil der Auflage heute noch auf Lager liegt, nämlich über 4000 Exemplare. Ein ordnungsmäßig bilanzierender Kaufmann hätte also die bereits gemachten Aufwendungen als ergebnislos abschreiben müssen. Die von dem Betriebsprüfer zugrunde gelegten Verkaufsziffern des Werkes " Stefanie-Napoleon " treffen nicht zu. Es trifft lediglich zu, daß



15. Juli 1933

Sehr geehrte Herren!

Substanzwert von 25.000.-- zuwenden lassen, wenn der  
Teil der Geschäftsanteile an der Kreis-Verlag  
erworben hätte. Es handelt sich um einen Rechtsakt, wenn  
der Betriebsleiter die gesamte Differenz zwischen dem Wert  
beträgt und dem 25.000.-- ist eine Vermögensgegenstand  
und anderen, wenn er zur Verrechnung des Wertes der Ge-  
schäftsanteile auch noch Kapitalerwartungen aktiviert.  
Ganz abgesehen davon, daß der verzeichnete Umstufungssatz  
bei der elften bekannten Entwurf der Veranschlagung  
und Sachwerte nach der Vermögensrechnung völlig unangebracht  
ist.

Im übrigen besteht aber der Betriebsleiterbericht auch aus  
einer völligen Verneinung der tatsächlichen Verhältnisse. Es  
soll daher in Betrachtungen an den einzelnen Differenzen  
Veränderung wie folgt Stellung genommen werden:

#### 1. Zu Artikel 3 der Verbandsurkunde:

Das Plakat geht bei der Bewertung der von Herrn  
Knapf übernommenen Vermögensgegenstände (nach Stufen-  
Betrachtung für das gesamte Wirtschaftsjahr und einige kleinere  
Einzelsachen) von völlig unrichtigen Gesichtspunkten aus.  
Zunächst einmal ist es ein Ding der Unmöglichkeit, Ver-  
objekte in der von Kennzeichnung richtig gehalten zu sein und  
weiter zu bewerten, indem einfach die Differenz an Sachwerten  
kosten zu berechnen und der Rechenart der Geschäftswerte  
und diese Summe als Wert der Vermögensgegenstände anzusetzen wird.  
Man schon den "nach Stufen-Verfahren" in Richtigkeit  
dieser Wert nicht bezeugen hat, geht daraus hervor, daß der  
größte Teil der Differenz heute noch zu Lager liegt, nämlich  
über 1000 Exemplare. Ein ordnungsgemäß bilanzierender Kauf-  
mann hätte also die bereits gemachten Aufzeichnungen als er-  
hebliches Abschreiben zu lassen. Die von dem Betriebsleiter  
angegebene gefälschte Veranschlagung des "Verlags" "Stufen-  
Verfahren" trifft nicht zu. Es trifft lediglich zu, daß



Herr Fritz Knapp der Firma Koch, Neff & Öttinger & Co. in Frankfurt, jetzt Stuttgart, im Verkaufswert von DM 23.388.-- Bücher in Kommission gegeben hat. Allein die Tatsache, daß hiervon in der besten Verkaufszeit, nämlich im 4. Quartal des Jahres 1948 nur für DM 6.913.55 verkauft wurden, ist ein Beweis dafür, daß das Verlagsobjekt sich nicht rentiert hat. Man muß die erheblichen Aufwendungen für Reklame berücksichtigen, die gemacht werden mußten, um überhaupt dieses mäßige Verkaufsergebnis zu erlangen. Es gehen von diesem Betrag ab etwa 20% Werbeaufwand und 10% Provision für den Kommissionär. <sup>hier 50% Provision</sup> Die übrigen Exemplare waren unverkäuflich und wurden von Herrn Fritz Knapp wieder zurückgenommen.] Der Pflichtige hätte, wenn er die Restbestände des Buches am 31.XII.1948 gekauft hätte, hierfür höchstens noch DM 5.000.-- bis 6.000.-- bezahlt. Dieser Wert muß auch jetzt dem Verlagsobjekt zugrunde gelegt werden.

Fürsorglich beantragen wir hierüber ein Sachverständigen-gutachten zu erheben.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der die schlechte Verkäuflichkeit des Werkes unter Beweis stellt, ist das schlechte Verkaufsergebnis der Firma Lingenbrink in Hamburg und Rastatt, die keineswegs 500 Exemplare verkauft hat, wie der Betriebsprüfer behauptet, geschweige denn bezahlt hat. Mit Karte vom 29.12.1948 bittet diese Firma um Rücknahme dieser gelieferten Werke. Dieses Ansinnen hat der Pflichtige abgelehnt mit dem Effekt, daß er den Gegenwert der Lieferung von DM 4.500.-- nur mit DM 3.500.-- in mehrmals prolongierten Wechseln erhielt und daß der Restbetrag von DM 1.000.-- bis heute nicht bezahlt wurde. Mit Postkarte vom 9.7.1951 teilt die Fa. Lingenbrink mit, daß sie immer noch 60 Stück dieses Werkes auf Lager habe. Es ist deshalb völlig ausgeschlossen, daß die gesamte Lieferung an die Fa. Lingenbrink



Dr. Heinrich C. Otto  
Dr. Wolfgang Becker-Bender

1. Juli 1948

Herrn Fritz Knapp der Firma Knapp, Hoff & Jäger & Co. in  
Frankfurt, Hauptkredit, im Wert von 25.000.--  
Bücher in Kommission gegeben hat, allein die Tatsache, daß  
dieser in der besten Verfassung, nämlich in 4. Quartal des  
Jahres 1948 nur für 6.918.55 verkauft worden, das ein  
Beweis dafür, daß das Verlagsgeschäft nicht rentiert  
hat. Und auch die erheblichen Einwendungen für die  
Verkaufsmethoden, die gemacht werden mußten, um überhaupt 4.500  
des mit der Verkaufsleistung zu erhalten, so eben von 10  
zum Betrag von etwa 50% Wertverlust und 10% Provision für  
den Kommissionär. Die letzten Exemplare waren unverschämlich  
und wurden von Herrn Fritz Knapp wieder zurückgenommen.  
Der Fiktive hatte, wenn er die Restbestände des Buches  
am 31.12.1948 verkauft hätte, höchstens höchstens noch  
DM 2.000.-- bis 3.000.-- erhalten, dieser Wert muß auch jetzt  
dem Verlagsgeschäft zugerechnet werden.

Es ist nicht bestritten, daß dieser ein Sachverhalt ist,  
tatsächlich zu erhalten.

Ein weiterer Gesichtspunkt, der die schlechte Verkaufsmethode  
keine des Wertes unter Beweis stellt, ist das schlechte  
Verkaufsergebnis der Firma Linienbrink in Hamburg und  
Kattorf, die keineswegs 500 Exemplare verkauft hat, sondern  
Bettbücher für beinahe 100.000, was einige denn bezahlt hat.  
Karte von 28.12.1948 bietet diese Firma an, nachdem die  
sehr gelieferten Werke. Diese Aussagen hat der Fiktive  
abgelehnt mit dem Argument, daß er den Gegenwert der Lieferung  
von DM 4.500.-- nur mit DM 3.500.-- in natura erhalten hat.  
den Gewinn erhält und daß der Restbetrag von DM 1.000.--  
die heute nicht bezahlt wurde. Mit Postkarte von 9.1.1949  
teilt die Firma mit, daß sie immer noch 50 Stück  
dieses Werkes zu 100.-- hat. Es ist deshalb völlig  
evident, daß die gesamte Literatur an die 10.000 Exemplare



schon am 26.4.1949 verkauft gewesen sein soll. Weitere 100 Exemplare, die an die Fa. Lingenbrink Hamburg geliefert waren, mußten von dem Pflichtigen wegen ihrer Unverkäuflichkeit und wegen der Zahlungsunfähigkeit der Fa. Lingenbrink zurückgenommen werden.

Beweis: Schreiben der Fa. Lingenbrink Hamburg vom 3.4.1950 in beglaubigter Abschrift.

Ferner sind die von dem Prüfer in seiner Stellungnahme vom 16.2.1951 zugrunde gelegten Ziffern für die Aufwendungen für dieses Buch reine Fantasie. Es muß zunächst auffallen, daß in einem Zeitraum von drei Tagen, nämlich am 12.7.1947 und 15.7.1947 jeweils in Honorar von RM 3.000.-- an Herrn Prof. Dr. Walter gezahlt worden sein soll. Der Betrag von RM 3.000.-- wurde vielmehr nur einmal bezahlt.

Beweis: Prof. Dr. Walter, Heidelberg, Mozartstraße 14, als Zeuge.

Die Rechnung Papierfabrik Albbruck vom 7.7.1948 über DM 3.245.90 ist bereits in den gem. Ziff. 7 der Vereinbarung dem Pflichtigen überlassenen Papierbeständen enthalten. Über die Bewertung dieser Papierbestände besteht mittlerweile zwischen dem Pflichtigen und dem Betriebsprüfer Übereinstimmung.

Was es mit dem Posten Frachtauslagen für Papiertransporte in Höhe von RM 2.672.50 vom 15.7.1948 für eine Bewandtnis haben sollen, ist dem Pflichtigen nicht ersichtlich. Es muß jeder Zusammenhang mit den vom Pflichtigen übernommenen Papierbeständen und mit dem Verlagsobjekt " Stefanie-Napoleon " bestritten werden. Die übrigen Posten gehen zwar ziffernmäßig in Ordnung, sie müßten aber abgeschrieben werden, da das Verlagsobjekt nicht den gleichen Wert hat, wie die gemachten Aufwendungen.







Allgemein ist über den Wert des Verlagsobjekts Stefanie-Napoleon folgendes auszuführen:

Es war ursprünglich geplant, dieses Buch vor der Währungsreform herauszubringen und zwar zum Weihnachtsgeschäft 1946 in einer Auflage von 30000 Stück. Damals wurden solche Bücher den Buchhändlern förmlich aus den Händen gerissen. Der Verlag brauchte die Lieferung nur den Buchhändlern zuzuteilen, sie wurde ohne weiteres abgenommen, und bezahlt. Infolge eines Versehens des Mitinhabers Dr. Peters wurde die Lizenz bei der Französischen Militär-Regierung nicht rechtzeitig beschafft, sodaß das Werk erst nach der Währungsreform druckfertig hergestellt wurde, aber in einer Ausführung schlechten Papiers, wie sie nur vor der Währungsreform abgesetzt werden konnte. Der Pflichtige hat unter unsäglichen Mühen und weiteren Aufwendungen zwar erreicht, daß doch ein Teil in den darauffolgenden Jahren langsam abgesetzt wurde, jedoch zu einem Drittel des ursprünglich vorgesehenen Ladenpreises, nämlich von zuletzt DM 6.-- pro Stück.

X  
Was das Verlagsobjekt " Zeitschrift für das gesamte Kreditweisen " anbetrifft, so ist auch hier gegen die Bewertung durch Gleichsetzung mit den bisherigen Aufwendungen grundsätzlich der gleiche Einwand zu erheben, wie bei dem Werk " Stefanie-Napoleon ". Darüber hinaus muß aber noch berücksichtigt werden, daß es sich um eine Verlagsobjekt handelt, das sich noch durchaus im Anlaufsstadium befand und in das noch viel Mühe und Kosten hineingesteckt werden mußten. Es handelt sich um ein für den Drei Kreise-Verlag völlig wertloses Objekt. Es ist ja überhaupt zu beachten, daß Herr Fritz Knapp bei seinem Ausscheiden die wertvolleren Verlagsobjekte dem Verlag überlassen hat, während er diejenigen Verlagsobjekte übernahm, die nur mit großen Schwierigkeiten und nur von einem Fachmann, wie es der Pflichtige ist, zu Verlagsobjekten gestaltet werden konnten. Für den Drei Kreise-Verlag







waren diese Objekte deshalb völlig wertlos, weil die verschiedenen Herausgeber und Redakteure nicht bereit waren, mit den übrigen Herren des Drei-Kreise-Verlags zusammenzuarbeiten, da diese vollkommene Laien waren. Der Wert dieses Verlagsobjekts beruhte in der persönlichen Leistungsfähigkeit des Pflichtigen und in seinen Verbindungen, nicht irgendwelchen Beziehungen der Drei-Kreise-Verlag Fritz Knapp G.m.b.H.. Daß es sich um ein äußerst schwieriges Verlagsobjekt handelt, geht schon daraus hervor, daß der Verlag des Pflichtigen im Jahre 1949 ~~ausweislich der abschriftlich anliegenden Bilanz~~ einen Verlust erlitten hat. Es ist dem Pflichtigen nur deshalb gelungen, dieses Verlagsobjekt überhaupt tragbar zu gestalten, indem er im Jahre 1949 ein Experiment machte, durch Verdoppelung des Bezugspreises, sonst hätte ~~er~~ diese Zeitschrift eingehen müssen. Die Unterbilanz war vor allen Dingen auch dadurch verursacht, daß der Mitinhaber des Drei-Kreise-Verlags Peters den Pflichtigen über den Zeitpunkt der Lizenzerteilung falsch informiert hatte, sodaß der Pflichtige das Personal drei Monate zu früh engagierte. Es entstand hierdurch ein ganz erheblicher Ausfall. Ferner waren die Interessentenkreise durch das verspätete Herauskommen verstimmt und es gelang nur dem persönlichen Einsatz des Pflichtigen, die notleidenden Beziehungen wieder zu aktivieren.

Im übrigen treffen auch bei diesem Verlagsobjekt die von dem Betriebsprüfer zugrunde gelegten Ziffern nicht zu. Die Honoraraufwendungen für Dr. Hofmann stellen keinesfalls einen aktivierungspflichtigen Aufwand dar, da ein etwaiger Erwerber dieses Verlagsrechts niemals bereit gewesen wäre, diesen verlorenen Aufwand zu bezahlen. Es handelte sich hier um Experimente zur Prüfung ob überhaupt Interesse für ein solches Verlagsobjekt bestand und ob alle notwendigen Voraussetzungen für seine Herausgabe vorhanden seien.



waren diese Objekte damals völlig wertlos, weil die ver-  
achteten Vermögensgegenstände und Rechte nicht bereit waren,  
mit den übrigen Mitteln des Frei-Reise-Erlasses zusammen-  
zuarbeiten, so diese vollkommenen Lasten waren. Der Wert dieses  
Verlagsobjekts beruhte in der persönlichen Leistungsfähigkeit  
des Verfassers und in seinen Verbindungen, nicht in irgendwel-  
chen Beziehungen der Frei-Reise-Verlag Fritz Knappe & Co. H. R. H.  
Dieses sich um ein höchst schwieriges Verlagsobjekt handelt,  
geht schon daraus hervor, daß der Verlag des Verfassers im  
Jahre 1949 ausweislich der abschließend anliegenden Bilanz  
einen Verlust erlitten hat. Es ist dem Verleger nur das  
helfen können, dieses Verlagsobjekt überhaupt tragen zu ver-  
stehen, indem er im Jahre 1949 ein Experiment machte, durch  
Veröffentlichung des Buches, sonst hätte es diese Zeit  
schon ein eigenes Leben. Die Unterhaltung war vor allem durch  
auch dadurch verursacht, daß der Verleger des Frei-Reise-  
Verlags keine der Verbindungen über den Zeitpunkt der Lizenz-  
erstellung hinaus in Betracht hatte, so daß der Verleger das  
tatsächlich drei Monate zu früh eingeleitet. Es entstand hier-  
durch ein ganz erheblicher Schaden. Ferner waren die Interes-  
senkreise durch das versagte Vorhaben verstimmt und  
es gelang nur dem persönlichen Einsatz des Verfassers,  
die notwendigen Beziehungen wieder zu aktivieren.

Im übrigen stellen auch bei diesem Verlagsobjekt die von dem  
Verleger angebotene Auszahlung leisten nicht an. Die Lizenz-  
verhältnisse für Dr. Hermann stellen keinerlei einen  
aktivierten Objekt dar, da ein etwaiger Anwerber  
dieses Verlagsobjekts niemals bereit gewesen wäre, diesen  
vollkommen Aufwand zu bezahlen. Es handelte sich hier um  
Experimente zur Prüfung der Übernahmefähigkeit für ein  
solches Verlagsobjekt bestand und ob alle notwendigen Voraus-  
setzungen für seine Verwertung vorliegen.



Dr. Heinz G. C. Otto  
Dr. Walter Becker-Bender

Seite 7 zu Brief an Finanzamt Rastatt vom 12. Juli 1951

Irgendwelche Aufwendungen für technische Herstellung in Höhe der beiden Rechnungen der Künstlerbund A.G. Karlsruhe vom 7. und 8.6.1947 sind nie gemacht worden, da damals diese Zeitschrift überhaupt noch nicht gedruckt wurde.

Die Honorare an Dr. Muthesius, Dr. Hofmann und Prof. Teisinger in Höhe von RM 3.900.-- sind gezahlt worden für die Zeit, für die der Mitinhaber Peters das Vorhandensein der Lizenz vorgetäuscht hatte. Diesen Honorarzahlungen stehen keinerlei Leistungen gegenüber.

Ferner muß es bestritten werden, daß im zweiten Halbjahr 1948 für Honorare der Betrag von DM 29.020.-- überhaupt bezahlt wurde. Das gleiche gilt für die 1949 gezahlten Honorare in Höhe von DM 3.445.--, und die Aufwendungen für die Herstellung von 10 Heften in Höhe von DM 25.928.95 müssen bestritten werden. Es ist völlig ausgeschlossen, daß derartig hohe Aufwendungen für die Herstellung von 10 Heften gemacht worden sind.

Was die verschiedenen Broschüren anbetrifft, so ist hierzu zu bemerken, daß der Pflichtige hierfür überhaupt keine Erlöse erzielt hat. Die Broschüre von Prof. Dr. Lossen wurden diesem zur kostenlosen Abgabe an seine Studenten zur Verfügung gestellt, da ein Absatz nicht möglich war.

/ Beweis: Schreiben des Prof. Dr. Lossen in Mainz vom 17.1.1951 in beglaubigter Abschrift.

Die Broschüre von Prof. Rüschkamp " Artgeschichte " wurde dem Autor gegen Zahlung von DM 400.-- überlassen.

Beweis: Schreiben der Rechtsanwälte Dres. Dillmann in Frankfurt/Main vom 22.5.1950 lt. anliegender beglaubigter Abschrift.

Die Broschüre des Prof. Schäfer " Das physikalische Verhalten des Ohres ", lagernd bei der Fa. Lingenbrink, Rastatt, wurde dort eingestampft, und der Erlös zur



17. Juli 1951

Sehr geehrte Herren!

Ihre Schreiben vom 17. Juli 1951 ist mir zugegangen. In Höhe der beiden Rechnungen der Kassenband 1. und 2. sind von 7. und 8. 1947 also als gemeint worden, da diese diese Abrechnung mit Rücksicht noch nicht geordnet wurde.

Die Honorare an Dr. Wetters, Dr. Hoffmann und Prof. Weisner in Höhe von RM 2.800.-- sind gezahlt worden für die Zeit, die die der Wirtschaftler Teten als Vorstandsmitglied eines Vereins geleistet hatte. Diesen Honorarstellungen stehen gegenüber bestimmten gegenüber.

Ferner muß es bestätigt werden, daß im zweiten Halbjahr 1948 das Honorare der Betrag von RM 28.000.-- überlassen gezahlt wurde. Das gleiche gilt für die 1949 gezahlten Honorare in Höhe von RM 2.445.--, und die Abrechnungen für die Verteilung von 10 Teten in Höhe von RM 28.000.-- diesen bestätigt werden. Es ist völlig ausgeschlossen, daß derartig hohe Aufwendungen für die Verteilung von 10 Teten gemacht worden sind.

Die vorstehenden Angaben entsprechen der Wahrheit, so ist hier zu bemerken, daß der pflichtige Hinweis darauf nicht zu ersehen ist. Die Broschüre von Prof. Dr. Weisner wurde diesen zur Kontrolle beige an seine Stellen und vor- gelegt, da ein Abzug nicht möglich war.

Beweis: Schreiben des Prof. Dr. Weisner an Herrn vom 17.1.1951 in verbindlicher Abschrift.

Die Broschüre von Prof. Dr. Weisner "Angebotene" wurde dem Autor gegen Zahlung von RM 400.-- überlassen.

Beweis: Schreiben der Rechtsanwaltskanzlei Hoffmann in Frankfurt/Main vom 22.5.1950 16. an- hängender beifolgender Abschrift.

Die Broschüre des Prof. Dr. Weisner "Die christliche Ver- halten des Eltes", lagerte bei der fe. Abrechnung. Bestätigt wurde durch eine Abschrift, daß der Eltes von



Dr. Heinz G. C. Otto  
Dr. Walter Becker-Bender

Seite 8 zu Brief an Finanzamt Rastatt vom 12. Juli 1951

Deckung der Lagerkosten verwendet.

Beweis: Schreiben der Fa. Lingenbrink  
vom 9.5.1951.

2. Zu Ziffer 4 der Vereinbarung:

Was die weiteren Aufwendungen von DM 14000.-- anbetrifft, deren Bezahlung der Pflichtige übernommen hat, so müssen diese Ziffern aufgeteilt werden nach den Verlagsobjekten. Soweit diese Aufwendungen für die Broschüren erfolgt sind, müssen sie von vornherein als verloren abgebucht werden. Soweit sie für das Werk " Stefanie-Napoleon " erfolgten, kann eine Aktivierung ebenfalls nicht erfolgen, da dies ebenfalls nur in Höhe der vom Pflichtigen erzielten Erlöse möglich ist, also in Höhe von ca. 5.000.-- DM. Es wurde z.B. an Herrn Prof. Walter noch ein Resthonorar bezahlt, das naturgemäß den Erlös aus dem Werk " Stefanie-Napoleon " in keiner Weise erhöht hat. Der Pflichtige hat im übrigen nicht DM 14.000.-- Verbindlichkeiten des Drei-Kreise-Verlags zu zahlen gehabt, sondern DM 21.000.--. Der nicht gedeckte Differenzbetrag von DM 7.000.-- müßte übrigens von den aktivierten Werten noch abgesetzt werden. Dieser Aufwand ist so entstanden, da der Drei-Kreise-Verlag, der an sich die Zahlung dieser DM 7.000.-- übernommen hatte, infolge seiner Zahlungsschwierigkeiten nicht mehr auszahlen konnte. Der Pflichtige mußte daher die weiteren Verbindlichkeiten in Höhe von DM 7.000.-- aus der eigenen Tasche bezahlen.

Die Belege für die bezahlten DM 21.000.-- werden dem Finanzamt vorgelegt werden. Es handelt sich hier nicht um einen Gegenwert des Geschäftsanteils, sondern um eine Befreiung von Verbindlichkeiten, die auf den übernommenen Verlagsobjekten lasteten.

*Man muß den verbleibenden Erlös  
physikalisch in die Verrechnung  
bringen. 22 R.*







3. Zu Ziffer 5 der Vereinbarung:

Von einer kostenlosen zur Verfügungstellung von Arbeitskräften durch den Drei-Kreise-Verlag kann keine Rede sein. Infolge der nahezu gewaltsamen Hinausdrängung aus dem Drei-Kreise-Verlag mußten die von ihm zu übernehmenden Arbeitskräfte für eine Übergangszeit über Wasser gehalten werden. Es war nicht mehr als recht und billig, daß der Drei-Kreise-Verlag, auch aus sozialen Gründen, die Besoldung dieser Arbeitskräfte übernahm. Irgendein Gegenwert, der aktivierungsfähig wäre, ist dem Pflichtigen dadurch nicht entstanden.

4. Zu Ziffer 6 der Vereinbarung:

Die in dieser Vereinbarung erwähnte Büroetage ist zwar von dem Drei-Kreise-Verlag ausgebaut, aber dem Pflichtigen nie zur Verfügung gestellt worden. Diese Büroräume wurden vielmehr von dem Wirtschaftsprüfer und neuen Gesellschafter Dr. Duisberg übernommen, der seine Mietwohnung dem Pflichtigen überließ. Die in der Stellungnahme des Betriebsprüfers vom 27.1.1951 erwähnten angeblichen Vorteile sind nicht dem Pflichtigen, sondern Herrn Dr. Duisberg gewährt worden. Es ist vollkommen unerfindlich, wieso der Pflichtige Steuern zahlen soll für Vorteile, die einem anderen Gesellschafter gewährt worden sind.

5. Zu Ziffer 8 der Vereinbarung:

Der Pflichtige hat 1945 bei Gründung des Drei-Kreis-Verlags zwei Schreibmaschinen mitgebracht, die sein Eigentum waren. Diese Maschinen wurden von dem Verlag benutzt ohne Zahlung einer Miete. Der Verlag war infolgedessen verpflichtet, dem Pflichtigen bei seinem Ausscheiden wieder zwei gleichwertige Maschinen zu überlassen. Es ist hierbei ganz gleichgültig, welcher Reichsmarkbetrag seinerzeit für die Ersatzmaschinen bezahlt wurde. Sämtliche von dem Pflichtigen übernommenen Schreibmaschinen waren in gebrauchtem Zustand schon







gekauft worden, sodaß sie auch aus diesem Grunde keinen Wert mehr darstellten.

6. Zu Ziffer 9 der Vereinbarung:

Es wird von dem Betriebsprüfer zu Unrecht bestritten, daß zwischen dem Drei-Kreise-Verlag und dem Pflichtigen ein Arbeitsvertrag bestanden hat. Der Pflichtige war Geschäftsführer der GmbH. und hatte in dieser Eigenschaft selbstverständlich Anspruch auf Gehalt. Es ist vollkommen willkürlich, aus der Tatsache, daß die Verpflichtung zur Weiterzahlung des Gehalts in der Vereinbarung vom 30.12.1948 niemals ausdrücklich festgestellt wurde, nunmehr zu folgern, daß es sich hier um ein Entgelt für einen abgetretenen Geschäftsanteil handle. In der Vereinbarung vom 30.12.1948 wurden aber alle anlässlich des Ausscheidens auftretenden Fragen geregelt und zwar anlässlich nicht nur als Gesellschafter, sondern auch als Geschäftsführer. Die Vereinbarung hatte den Zweck, die Rechtsbestimmungen so weit als möglich klarzustellen, um etwaige Streitigkeiten auszuschließen. Deshalb wurde auch dieser Gesichtspunkt ausdrücklich klargestellt. Im übrigen ist die von dem Prüfer angenommene Ziffer von DM 14.000.-- unzutreffend. Es wurden vielmehr nur bezahlt DM 10.800.--; hiervon wurden einbehalten an Lohnsteuer DM 3.730.50, an Kirchensteuer DM 323.31 und Notopfer Berlin DM 30.--.

Beweis: Schreiben des Konkursverwalters Rechtsanwalt Dr. Bauer in Baden-Baden vom 28.6.51 lt. anliegender beglaubigter Abschrift.







# Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 71764 · Bank: Frankfurter Bank, Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 13. Juli 1951

Kn./K.

Herrn

Rechtsanwalt

Dr. Heinz G. C. O t t o

17 a) Mannheim

Friedrichsplatz 1

Sehr geehrter Herr Doktor Otto!

Am letzten Tage vor meiner Abreise fand ich nicht die notwendige Ruhe, aus den alten Akten eine genaue Aufstellung den Einnahmen und Ausgaben zusammenzustellen. Man kann aber vorbehaltlich einer späteren genauen Aufstellung folgendes summarisches Bild geben.

Laut Rechnung Waldkirch, Mannheim, vom 11.2.1949 wurden 4 532 Exemplare aufgebunden. Hiervon lagern teils in Frankfurt teils in Mannheim noch rund 1 000 gebundene Exemplare, so daß also der Berechnung eine Absatzziffer von 3 500 Exemplaren zugrunde gelegt werden kann. Von dieser Summe muss man rund 500 Exemplare absetzen für Freistücke an den Verfasser, Rezensionsexemplare, Freistücke bei Partiebezügen des Sortiments, Verluste bei Konkursen und nicht mehr verwendungsfähige Exemplare die in Kommission geliefert waren und nach vielen Monaten zurückgekommen sind. Die danach abgesetzten 3 000 Exemplare wurden anfangs zu DM 18.--, dann DM 12.-- und zuletzt DM 6.-- mit 35 bzw. 40 % Rabatt an das Sortiment geliefert. Nimmt man einen Durchschnittserlös von DM 6.-- (hoch gerechnet !) für das Einzelstück an, dann ergibt dies einen Gesamterlös von DM 18 000.--. Die nicht gefalzten und gebundenen 2 800 Exemplare lagern noch in der Druckerei und können dem Altpapierhandel zugeführt werden.

Von den mir zur Verfügung gestellten DM 14 000.-- zur Abdeckung der alten Schulden des Drei-Kreise-Verlages verausgabte ich

1. an die Druckerei Künstlerbund in Karlsruhe laut anliegenden Rechnungen für Einbanddecken	DM 3 409.20
2. an die Druckerei Julius Waldkirch & Cie. in Mannheim, laut beiliegenden Rechnungen für Bindearbeiten	" 3 441.68
3. für Honorar an Prof. Walter, Heidelberg (Belege werden nachgeliefert)	" 6 039.--
	DM 12 889.88
	=====

Summe 50%



Sie sehen also, daß diese DM 14 000.-- fast restlos für die Verkaufsfähigmachung des Werkes "Stephanie Napoleon" ausgegeben worden sind und meine Behauptung, das Werk hätte überhaupt keinen Verlagswert vollkommen richtig ist. Selbst wenn die genauere Abrechnung einen etwas höheren Ertrag ausweisen würde, so würde dieser wieder ausgeglichen durch die allgemeinen Geschäftsspesen (insbesondere Propaganda); die in der Regel 30 % des Umsatzes betragen.

Ferner zahlte ich an die Druckerei Walldkirch & Cie. in Mannheim, laut beiliegender Rechnung vom 11.2.1949 für "Zur Artgeschichte des Menschen" von Rüschkamp

DM 1 437.90

zieht man davon die

" 400.--

die Rüschkamp an mich zahlte ab, so bleibt auch hier ein Verlust von

DM 1 037.90.

Sie sehen also, daß diese DM 14 000.-- restlos ausgegeben wurden, wozu ich nach meiner Rückkehr aus meinem Urlaub noch eine ganze Anzahl weiterer Ausgaben zusammentragen kann.

Falls Sie den Schriftsatz heute schon Dr. Bauer abgesandt haben, würde ich empfehlen, einen Nachtrag zu machen, weil dadurch zumindest das Werk Stephanie Napoleon ein anderes Gesicht bekommt.

Ich bin in Oberstdorf/Allgäu, Hotel Bergkranz, unter der Nr. 771 telefonisch zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Man*

Anlagen.

DM 3 409.20

" 3 441.68

" 6 039.--

DM 12 889.88



~~6 H~~  
Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESENAU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 71764 · Bank: Frankfurter Bank, Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 11. Juni 1951  
Kn./K.

Herrn  
Rechtsanwalt  
Dr. Heinz G.C. Otto  
17 a) Mannheim  
Friedrichsplatz 1

12 Juni 1951

Einschreiben !

Sehr geehrter Herr Doktor Otto !

In der Steuerangelegenheit Drei-Kreise-Verlag überreiche ich Ihnen beiliegend :

1. Sonderbericht des Finanzamtes Rastatt
2. Meine Einspruchsbegründung
3. Stellungnahme des Finanzamtes zu meiner Einspruchsbegründung
4. Meine Bemerkungen zu dieser Stellungnahme
5. Abschrift der Vereinbarung vom 31.12.1948
6. RM-Abschluss- und DM-Eröffnungs-Bilanz
7. Zwischenbilanz per 20.11.1948
8. Brief Heimerich vom 5.2.1949
9. Brief bezüglich Honorar Walter vom 13.5.1949.

Ich schlage vor, daß Sie nach Studium der Akten mich anrufen, damit wir gemeinsam die Antwort formulieren können. Zu den einzelnen Punkten kann ich dann noch weitere mündliche Aufklärung geben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Knapp*

Anlagen.



Die Abgabe der Abrechnung über den Betrieb der Verlagsanstalt für das Jahr 1931 ist dem Vorstand der Verlagsanstalt zu übersenden.

Frankfurt a.M., den 14. Juni 1931

H. Knappe

Herrn

Verwaltungsrat

Postfach 1001, 6000 Frankfurt a.M.

Verwaltungsrat

(V. a. Knappe)

Verwaltungsrat

Hochachtungsvoll Herr Direktor Otto

Ich habe die Abrechnung über den Betrieb der Verlagsanstalt für das Jahr 1931 in dem unten beiliegenden:

1. Sonderbericht des Verwaltungsrats
2. Jahresabschlussrechnung
3. Bilanz des Jahres zum 31.12.1931
4. Gewinn- und Verlustrechnung
5. Bilanz zum 31.12.1931
6. Abrechnung der Vertriebskosten vom 1.1.1931 bis 31.12.1931
7. Zwischenbilanz zum 30.11.1931
8. Tätigkeitsbericht vom 1.1.1931 bis 31.12.1931
9. Bericht des Aufsichtsrats vom 15.5.1931

Ich hoffe, dass Sie nach Prüfung der Abrechnung die Abrechnung der Verlagsanstalt für das Jahr 1931 genehmigen werden. Ich bitte Sie, mir die Abrechnung der Verlagsanstalt für das Jahr 1931 zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

OTTO Knappe



2. Juni 1951

at 4/6.57

Herrn  
Fritz K n a p p  
Frankfurt/Main  
Wiesenu 40

Dr.O./Sch.  
- 957 -

Sehr geehrter Herr Knapp!

In Ihrer Steuerangelegenheit Drei-Kreise-Verlag habe ich nochmals meine sämtlichen Akten durchgesehen und festgestellt, dass ich die mir seinerzeit übergebenen Unterlagen in dieser Sache Ihnen im Harlass vollständig zurückgegeben habe. Ich hoffe, dass Sie die Unterlagen auffinden werden.

Ich werde in dieser Sache nichts veranlassen, bis ich im Besitze Ihrer angekündigten Stellungnahme bin. Bis dahin verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener

(Dr. Otto)  
Rechtsanwalt



2. Juni 1957

Dr. O. J. J. J.  
- 957 -

Wissen 40  
Lernzeit  
Lernzeit  
Lernzeit

Herrn Professor Dr. K. J. J.

In Ihrer Steuerangelegenheit Dr. K. J. J. Verlag habe ich  
nochmals meine sämtlichen Aktien durchgesehen und festgestellt,  
dass ich die mit demselben Dr. K. J. J. Verlag in dieser  
Sache ihnen im Jahre 1955 vollstän- dig zurückgegeben habe. Ich hö-  
re, dass Sie die Unterlagen erhalten werden.

Ich werde in dieser Sache nichts veranlassen, bis ich im  
Beizug Ihrer angeforderten Stellungnahme bin. Als dann ver-  
bleibe ich

mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener

(Dr. K. J. J.)  
Kochschmidt



# Die Filly Thaupe

Wohnungseinheit DM 3000 -

Abschreibung

Fremde unbefugte

Reparaturen nicht zu hoch

Wohnungseinheit nun aufgeführt werden

1. Einheitswohnung aufgeführt werden DM 700 -

oder die Wohnungseinheit nicht gemacht

2. Ein f. d. p. 2000.

Wohnungseinheit hat nicht zu hoch

in der Wohnungseinheit

Wohnungseinheit in der Wohnungseinheit

20.000 f. Wohnungseinheit

20.000 f. Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

2. Ein 43.500 f. Wohnungseinheit

2. W. 3-3500 Wohnungseinheit, nicht zu hoch

3500 Wohnungseinheit

Wohnungseinheit 1000 Wohnungseinheit

Wohnungseinheit 1000 Wohnungseinheit

500 Wohnungseinheit

26.800 f. W. Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

14.000 f. Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

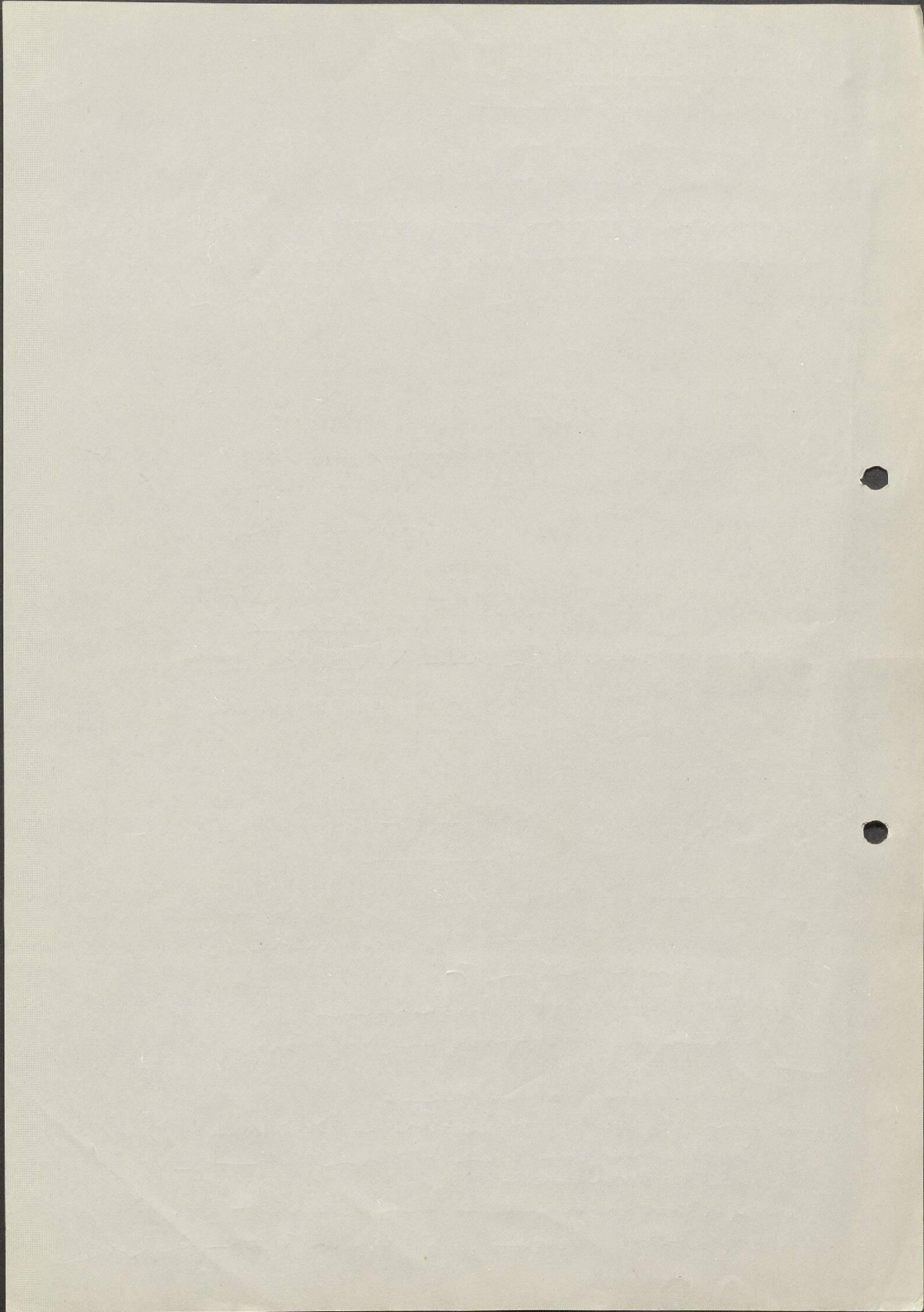
Der 3000 f. Wohnungseinheit

in der Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit

Wohnungseinheit Wohnungseinheit







9. Mai 1951

at 9./5.51

Herrn Rechtsanwalt  
Dr. Paul Bauer  
B a d e n - B a d e n  
Gernsbacher-Str. 32

Dr.O./Z.  
- 957 -

Sehr geehrter Herr Kollege !

Herr Fritz K n a p p in Frankfurt/Main, Wiesenau 40,  
hat uns die Wahrnehmung seiner Interessen in der Steuer-  
angelegenheit der Drei Kreise Verlag GmbH. in Baden-Baden  
übertragen. Wir werden in nächster Zeit mit Herrn Knapp  
zusammentreffen, um diese Angelegenheit mündlich zu be-  
sprechen. Um von unsrem Mandanten Schaden abzuwenden,  
dürfen wir Sie bitten, von einer Rücknahme des Einspruchs  
gegen die Veranlagung des Finanzamts Abstand zu nehmen.  
Wir werden Sie in dieser Sache auf dem laufenden halten.

Mit kollegialer Hochachtung !

( Dr. Otto )  
Rechtsanwalt

2 Briefe und 1 Aktenstück  
an Herrn Knapp zurückgegeben.

11



1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911

1911



DR. JUR. PAUL BAUER

RECHTSANWALT

beim Landgericht BADEN-BADEN

Postscheckkonto Karlsruhe 21 080

Bankkonten:

Volksbank Baden-Baden

Oberrheinische Bank, Filiale Baden-Baden

Sparkassengirokonto

Fernsprecher Nr. 61563

①7b BADEN-BADEN, den

Cernsbacher Straße 32

Eingang Bäderstraße

25. April 1951

Herrn

F. Knapp

Frankfurt a.M.

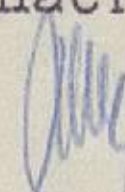
Wiesenau 40

Sehr geehrter Herr Knapp !

Anliegend übersende ich Ihnen den Bericht des Finanzamtes in Ihrer Einspruchssache mit der Bitte mir den Empfang zu bestätigen und sofern Sie schriftlich Stellung nehmen werden, mir einen Durchschlag Ihrer Stellungnahme zukommen zu lassen.

Ich beabsichtige meinerseits als Konkursverwalter nicht den Einspruch aufrecht zu erhalten, wenn nicht Ihre Stellungnahme mir überzeugende neue Gesichtspunkte bringt.

Hochachtungsvoll !



Rechtsanwalt.



25. April 1953

Herrn

F. Knapp

Frankfurt a.M.

Wiesbaden 40

Sehr geehrter Herr Knapp !

Anliegend übersende ich Ihnen den Bericht des Finanzamtes in Ihrer  
Einsprache mit der Bitte um den Empfang zu bestätigen und  
sodern Sie schriftlich Stellung nehmen werden, mir einen durch-  
schlag Ihrer Stellungnahme zukommen zu lassen.

Ich beabsichtige meinerseits als Konkursverwalter nicht den Einspruch  
südtrecht zu erhalten, wenn nicht Ihre Stellungnahme mir überzeugende  
neue Gesichtspunkte bringt.

Hochachtungsvoll !

WV

Rechtsanwalt.



*K. Ose*

Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESENAU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 717 64 · Bank: Frankfurter Bank, Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 26. April 1951  
Kn./K.

Herrn

Rechtsanwalt

Dr. Heinz G. C. O t t o

17 a) M a n n h e i m

Friedrichsplatz 1

27 April 1951

Sehr geehrter Herr Doktor Otto !

Wie Sie wissen, befindet sich der Drei Kreise Verlag im Konkurs. Er hat es fertig gebracht, innerhalb eines Jahres eine Schuldenlast von DM 600 000.-- zu kontrahieren. Im Laufe des Konkursverfahrens fand vom Finanzamt Rastatt eine Überprüfung der Bücher statt. Meine Geschäftsführung wurde nicht beanstandet, dagegen errechnet das Finanzamt den Wert der mir beim Ausscheiden überlassenen Gegenstände mit fast DM 100 000.-- und will diesen Betrag mit DM 23 000.-- versteuert haben. Ich erhob laut Anlage im Juli 1950 Einspruch und erhalte heute, am 25. April 1951 die Antwort des Finanzamtes Rastatt über den Konkursverwalter Bauer in Baden-Baden.

Vielleicht lesen Sie die Korrespondenz einmal durch und geben mir eine Nachricht, welcher Termin Ihnen zur Besprechung der Angelegenheit genehm ist.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr

*Knapp*

Anlagen.







27. Januar 1951

Dr. O./Sch.

- 957 -

Herrn

Fritz K n a p p

F r a n k f u r t/Main

Wiesenau 40

Sehr geehrter Herr Knapp!

In der Anlage sende ich Ihnen den mir freundlicher-  
weise zur Einsicht überlassenen Börsenumsatzsteuerbescheid vom  
6. Januar 1951 nach Kenntnismahme zurück. Die Börsenumsatz-  
steuer ist an sich richtig berechnet. Man könnte zwar darüber  
streiten, ob die in dem Unterbeteiligungsvertrag eingeräumte  
Option bereits die Börsenumsatzsteuer auslöst, aber ich würde  
deshalb kein Rechtsmittel einlegen, da im Falle des Durchdrin-  
gens lediglich der Erfolg erreicht würde, dass die Börsenum-  
satzsteuer erst bei der tatsächlichen Übernahme der Geschäfts-  
anteile zu entrichten wäre. Da es sich um keinen großen Betrag  
handelt und die Börsenumsatzsteuer sowieso früher oder später  
gezahlt werden müsste, würde ich empfehlen, die Angelegenheit  
jetzt schon zu erledigen.

Haben Sie meinen Brief vom 8. Januar 1951 erhalten?

Anl.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr sehr ergebener  
f.d.verh.Koll.Dr.Otto



1. Januar 1951

Dr. G. Koch

- 927 -

Herrn

Dr. G. Koch

1. Januar 1951

Wiesbaden 60

Herrn Professor Dr. Koch

In der Anlage sende ich Ihnen den mit freundlichen  
weiss zur Ansicht überlassenen Bescheidungsbescheid vom  
6. Januar 1951 nach Kenntnisnahme zurück. Die Bescheidungs-  
setzung ist an sich richtig. Ich möchte aber darüber  
erörtern, ob die in dem Unterstellungsvertrag eingetragene  
Option bezüglich der Bescheidungssetzung ausreicht, aber ich würde  
bevorzugen, kein Rechtsgut zu übertragen, da in Falle der Kündigung  
kein Teil der Sache übertragen wird, dass die Bescheidungs-  
setzung erst bei der tatsächlichen Übernahme der Sache über-  
tragen zu werden vermöge. Es kann zu einem grossen Betrag  
handelt und die Bescheidungssetzung würde früher oder später  
genau zu werden vermöge, wobei ich annehme, die Angelegenheit  
jetzt schon zu erledigen.

Haben Sie meinen Brief vom 8. Januar 1951 erhalten?

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr ergebener  
Dr. G. Koch



Q1Bc 957

Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

26 Jan 1951

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a.M. 60482 · Banken: Frankfurter Bank Frankfurt a.M.

Frankfurt a.M., den 25. Jan. 1951  
Kn./K.

Herrn  
Rechtsanwalt Dr. Heinz O t t o  
17 a) M a n n h e i m  
Friedrichsplatz 1

Sehr geehrter Herr Otto !

Vom Finanzamt Frankfurt a.M. kam das beiliegende Schreiben. Da ich nicht feststellen kann, ob die Berechnung in Ordnung geht, bitte ich Sie, diese zu überprüfen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

*Simon*

Anlage.



UNITED STATES DEPARTMENT OF AGRICULTURE

OFFICE OF THE SECRETARY

WASHINGTON, D. C.

1. The following information was obtained from the records of the Department of Agriculture:

... ..

...

...

...

...

...

...



Abschrift.

Finanzamt Frankfurt (Main)-Mitte

F I<sup>2</sup> 1132  
BU-Liste Nr. 1/51  
" Sollb." 113a/1/51

Frankfurt(Main), den 6. Januar 1951  
Stiftstraße 9-17  
Fernruf: Sammelnummer 91841

Herrn  
Fritz K n a p p  
F r a n k f u r t a.M.  
Wiesenu 40

Börsenumsatzsteuerbescheid

Nach den Verträgen vom 24.11.1950 - Nr. 341, 342, 343 der Urk.Rolle des Notars E. Landfried zu Frankfurt a/M. - haben Sie nachbezeichnete Unterbeteiligungen an den Geschäftsanteilen der Verlag Fritz Knapp G.m.b.H. zu Frankfurt a/M. gegen Zahlung der Nennwerte eingeräumt.

Den Unterbeteiligten steht laut § 4 dieser Verträge das Recht zu, eine Umwandlung ihrer Unterbeteiligungen in Hauptbeteiligungen derart zu verlangen, dass ihnen Geschäftsanteile an der Verlag Fritz Knapp G.m.b.H. in Höhe der Nennwerte der aufzulösenden Unterbeteiligungen abgetreten wird.

Diese den Anspruch auf Erwerb von Geschäftsanteilen begründenden Verträge stellen bedingte Anschaffungsgeschäfte im Sinne des § 18 KVG dar, die nach § 17 KVG der Börsenumsatzsteuer unterliegen. Die Steuer beträgt nach § 22 KVG in Verbindung mit Art.VI des Gesetzes Nr. 64 vom 22.6.1948 für jede angefangenen 100.-- DM des vereinbarten Kaufpreises 0,75 DM.

<u>Unterbeteiligte:</u>	<u>Nennwert:</u>	<u>Steuerbetrag:</u>
a) Erich Achterberg	4.000.-- DM	30.-- DM
b) Dr. Walter Hofmann	4.000.-- "	30.-- "
c) Dr. Volkmar Muthesius	4.000.-- "	30.-- "

Um Überweisung des Börsenumsatzsteuerbetrages  
von 90.-- DM

an die Finanzkasse Frankfurt (Main)-Mitte (Postscheckkonto Ffm. 47790) spätestens am 30.1.51 unter Angabe oben bezeichneter Sollbuchnummer wird gebeten.

Gegen diesen Bescheid ist das Rechtsmittel des Einspruchs binnen einer Frist von 1 Monat nach Zustellung zulässig.

Im Auftrag  
gez. Dr. T ä n d l e r  
Beglaubigt:  
gez. Beck  
Angestellter

(Siegel)







Abschrift.

Finanzamt Frankfurt (Main)-Mitte

F I<sup>2</sup> 1132

BU-Liste Nr. 1/51

" Sollb." 113a/1/51

Frankfurt(Main), den 6. Januar 1951

Stiftstraße 9-17

Fernruf: Sammelnummer 91841

Herrn

Fritz K n a p p

F r a n k f u r t a.M.

Wiesenu 40

Börsenumsatzsteuerbescheid

Nach den Verträgen vom 24.11.1950 - Nr. 341, 342, 343 der Urk. Rolle des Notars E. Landfried zu Frankfurt a/M. - haben Sie nachbezeichnete Unterbeteiligungen an den Geschäftsanteilen der Verlag Fritz Knapp G.m.b.H. zu Frankfurt a/M. gegen Zahlung der Nennwerte eingeräumt.

Den Unterbeteiligten steht laut § 4 dieser Verträge das Recht zu, eine Umwandlung ihrer Unterbeteiligungen in Hauptbeteiligungen derart zu verlangen, dass ihnen Geschäftsanteile an der Verlag Fritz Knapp G.m.b.H. in Höhe der Nennwerte der aufzulösenden Unterbeteiligungen abgetreten wird.

Diese den Anspruch auf Erwerb von Geschäftsanteilen begründenden Verträge stellen bedingte Anschaffungsgeschäfte im Sinne des § 18 KVG dar, die nach § 17 KVG der Börsenumsatzsteuer unterliegen. Die Steuer beträgt nach § 22 KVG in Verbindung mit Art. VI des Gesetzes Nr. 64 vom 22.6.1948 für jede angefangenen 100.-- DM des vereinbarten Kaufpreises 0,75 DM.

<u>Unterbeteiligte:</u>	<u>Nennwert:</u>	<u>Steuerbetrag:</u>
a) Erich Achterberg	4.000.-- DM	30.-- DM
b) Dr. Walter Hofmann	4.000.-- "	30.-- "
c) Dr. Volkmar Muthesius	4.000.-- "	30.-- "

Um Überweisung des Börsenumsatzsteuerbetrages  
von

90.-- DM

=====

an die Finanzkasse Frankfurt (Main)-Mitte (Postscheckkonto Ffm. 47790) spätestens am 30.1.51 unter Angabe oben bezeichneter Sollbuchnummer wird gebeten.

Gegen diesen Bescheid ist das Rechtsmittel des Einspruchs binnen einer Frist von 1 Monat nach Zustellung zulässig.

Im Auftrag

gez. Dr. T ä n d l e r

Beglaubigt:

gez. Beck

Angestellter

(Siegel)



1945-1946

4,000

— 000.4

Digitized by Google

唯此才在正才相與之



Heidelberg, 30. Juli 1949  
Dr.H./Kr.

Betr.: Steuerangelegenheiten der Fritz Knapp G.m.b.H.  
in Ffm.

A k t e n n o t i z

1.) Herr Knapp hat sich gestern mit mir im Haarlass über seine verschiedenen geschäftlichen Angelegenheiten und die Entwicklung seines Verlages unterhalten.

Herr Knapp hat auch seine steuerlichen Angelegenheiten berührt und hat mich davon unterrichtet, dass er einen Buchhalter in Ffm., der für verschiedene Firmen tätig ist mit der Führung seiner Buchhaltung und mit der Errechnung der einfachen Steuer wie Lohnsteuer, Umsatzsteuer betraut habe. Er möchte eine Prüfung und buchhalterische Ordnung seines Betriebes bis gegen Ende des Jahres verschieben. Ich habe aber Herrn Knapp auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, eine DMark-Eröffnungsbilanz zu erstellen und habe auf die Schwierigkeiten einer solchen Bilanz hingewiesen. Herr Knapp hat dies auch erkannt und will zu gegebener Zeit auf die Sache zurückkommen. Er will sich dann mit Frl. Heimerich wegen eines Termins verständigen. Herr Knapp will von Neujahr ab auch eine neue Buchführung im Durchschreibeverfahren einführen, nachdem bis jetzt nur grosse Bücher geführt worden sind, die sich als unpraktisch erwiesen haben. Auch in dieser Sache will er beraten werden.

2.) Fräulein Heimerich.







*Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp*

FRANKFURT AM MAIN • WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland • Postscheck: Frankfurt a. M. 60482 • Banken: Frankfurter Bank, Frankfurt a. M.

den 6. Mai 1949

Herren Rechtsanwälte  
Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich  
und Dr. Heinz C. Otto  
H e i d e l b e r g  
Neuenheimer Landstrasse 4

-----

*Scap 15* *Lofach*  
**7 Mai 1949** *hl.*

Sehr geehrte Herren ,

den Besuch von Fräulein Susanne Heimerich  
bitte ich auf einen späteren Termin verschieben zu wollen, da  
die Prüfung der Bilanz- und Steuerangelegenheiten noch nicht  
spruchreif ist. Ich werde Ihnen frühzeitig Nachricht geben  
wann die Prüfung erfolgen kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

*Susan*



7 MAY 1947



4. Mai 1949

Dr. H./Sch.

- 972 -

Herrn  
Fritz K n a p p  
Frankfurt/Main  
Wiesbaden 40

Sehr geehrter Herr Knapp!

Fräulein Dipl. Volkswirt und Steuerberater Susanne  
H e i m e r i c h wird am kommenden Montag in Frankfurt/Main  
sein und wird sich bei dieser Gelegenheit mit Ihnen wegen  
Ihrer Bilanz- und Steuerangelegenheiten in Verbindung setzen.

Mit freundlicher Begrüßung!

(Dr. Heimerich)  
Rechtsanwalt



0230 1000 1000

350

34 34 34 34



*im Anhang*

4. April 1949

*ab 4/4*

Dr. H./Z.

Herrn  
Fritz Knapp

Frankfurt / Main  
Wiesbaden 40

Sehr geehrter Herr Knapp!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 1. ds. Mts. Die Stellungnahme des Registerrichters braucht zunächst keine Besorgnisse zu erwecken. Jedenfalls ist die G.m.b.H. in steuerlicher Beziehung, d.h. vor allem mit der Wirkung, daß Körperschaftsteuer erhoben wird, mit dem notariellen Abschluß des G.m.b.H.-Vertrages in Kraft getreten. Die vorläufige Nichteintragung der G.m.b.H. im Handelsregister hat nur die Wirkung, daß die G.m.b.H. handelsrechtlich noch nicht existiert, d.h. daß die beschränkte Haftung der Gesellschafter noch nicht eingetreten ist. In steuerlicher Hinsicht ist also nichts zu befürchten: Die G.m.b.H. existiert steuerrechtlich und ist hinsichtlich ihres Einkommens körperschaftsteuerpflichtig.

Man könnte also die Eintragung ruhig in der Schwebe halten, bis sich die amerikanische Nachrichtenkontrolle entschieden hat oder bis eine amerikanische Lizenz nicht mehr notwendig ist. Die Hauptsache ist dabei, daß Ihnen



seitens der amerikanischen Nachrichtenkontrolle wegen der Führung eines Verlags in Frankfurt/Main keine Schwierigkeiten bereitet werden. Man könnte natürlich beanstanden, daß Sie ohne Lizenz in der amerikanischen Zone ein Verlagsgeschäft betreiben. Es wird wohl das beste sein, wenn Sie die Sache mit dem zuständigen Beamten der Nachrichtenkontrolle einmal besprechen und sich eine gewisse Deckung sichern. Wenn die Nachrichtenkontrolle ernstliche Schwierigkeiten macht - was ich aber nicht glaube - , dann würde nichts anderes übrig bleiben, als den Sitz der G.m.b.H. durch satzungsändernden Beschluß von Frankfurt/Main nach Baden-Baden zu verlegen. Erst von dem Zeitpunkt dieser Verlegung ab würde dann die Körperschaftsteuer in Baden-Baden und nicht mehr in Frankfurt/Main erwachsen. Für das 1. Quartal 1949 muß die Körperschaftsteuer unter allen Umständen an das Finanzamt Frankfurt/Main bezahlt werden.

Mit freundlicher Begrüßung

Ihr ergebener

(Dr. Heimerich)



- 957 -

Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp

FRANKFURT AM MAIN · WIESEN AU 40

Fernsprecher 76815

Tel.-Adr.: Schauinsland · Postscheck: Frankfurt a. M. 71764 · Banken: Deutsche Bank, Frankfurt a. M.; Comex & Co., Berlin W 8

1. April 1949

Herrn Rechtsanwalt  
Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich  
Heidelberg  
Neuenheimer Landstrasse

- 2 April 1949

-----  
Sehr geehrter Herr Doktor Heimerich !

Von Dr. Landfried erhalte ich das beiliegende Schreiben. Was ist das zu tun? Die amerikanische Lizenz habe ich beantragt aber noch nicht erhalten. Die Nachrichten Kontrolle meint, man solle die ganze Angelegenheit etwas hinauszögern, da nach der Verabschiedung des deutschen Pressegesetzes mit der Aufhebung des Lizenzzwanges zu rechnen sei. Sie wollen jetzt möglichst keine neuen Lizenzen mehr ausstellen. Wenn ich zwar auf die Lizenzerteilung bestünde, würde sie meinen Antrag weiter behandeln, das würde aber geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Soll man die Eintragung in Baden-Baden vornehmen lassen? Ich habe schon einiges umgesetzt aber noch keine Steuern gezahlt und befürchte, dass hieraus Schwierigkeiten entstehen können. Bitte geben Sie Nachricht was da zu tun ist. Ich bin vom Montag bis Mittwoch in Baden-Baden und dann wieder in Frankfurt.

Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr ergebenster

*Knap*



1. April 1949

Herr Rechtsanwalt  
Dr. Dr. h. c. Hermann Heimerich  
Heidelberg  
Neueheimer Landstrasse

Sehr geehrter Herr Doktor Heimerich:

Von Dr. Landfried erhalte ich das beiliegende Schreiben. Das ist das zu tun? Die amerikanische Seite habe ich bereits aber noch nicht erhalten. Die Nachrichten Kontrolle meint, man solle die ganze Angelegenheit etwas hinausziehen, danach der Versammlung des deutschen Prozessgesetzes mit der Aufnahme des Längsweges zu rechnen sei. Die Völligkeit müßte keine neuen Menschen mehr enthalten. Wenn ich erst auf die Längsweg teilung bestünde, würde sie keinen Antrag weiter behandeln, das würde aber keine Zeit in Anspruch nehmen. Soll man die Eintragung in Baden-Baden vornehmen lassen? Ich habe schon einiges umgesetzt aber noch keine Stimmengabe und bemerkt, dass keine Schwierigkeiten entstehen können. Bitte geben Sie Bescheid was da zu tun ist. Ich bin vom Montag bis Mittwoch in Baden-Baden und dann wieder in Frankfurt. Mit freundlichen Grüßen verbleibe ich.

Ihr ergebener



Abschrift.

Erich Landfried  
Dr. Hans Breitbach  
Ernst Eugen Wagner

Frankfurt a.M., am 23.März 149

Herrn  
Fritz K n a p p  
Frankfurt a.Main  
Wiesenu 40

Sehr geehrter Herr Knapp!

In der Gründungsangelegenheit erhalte ich vom  
hiesigen Handelsregister wörtlich folgende Verfügung:

"In der Handelsregistersache Verlag Fritz Knapp G.m.b.H.  
Frankfurt am Main wird um Vorlage einer beglaubigten  
Abschrift der Verlegerlizenz der Information Control  
Division, Militärregierung Hessen, gebeten".

Ich bitte, mir eine Photokopie Ihrer Lizenz mit dem Original  
zuzusenden. Nach Beglaubigung der Photokopie werde ich als-  
dann das Original zurückgeben.

Hochachtungsvoll!  
gez. Dr. Breitbach  
(Dr. Breitbach)

*Anglegenheit wird persönlich behandelt*



Appendix

THE ...

Dr. ...

NOTED  
...  
...  
...

...

...

...

...

...



18. März 1949.

Dr. H. S.  
- 972 -

Dr. H. S.  
- 972 -

Herrn  
Fritz K n a p p

Frankfurt / Main  
Wiesbaden 40

Sehr geehrter Herr Knapp!

Ich übersende Ihnen in der Anlage Abschrift der Akten-  
notiz über unsere heutige Unterredung, soweit sie Steuer-  
angelegenheiten betraf. Es scheint mir wichtig zu sein, daß  
Sie den Herren Hollbach und Dr. Peters zur Kenntnis bringen,  
daß Sie den bei der Abtretung Ihres Anteils erzielten Ver-  
äußerungsgewinn mit DM 20 000.-- bewertet haben, um zu  
vermeiden, daß seitens der beiden Herren bei irgendeiner  
Gelegenheit etwa andere Angaben gemacht werden.

Mit den besten Grüßen bin ich

Ihr

1 Anl.

(Dr. Heimerich)







18. März 1949.

Dr.H./S.  
- 972 -

An das  
Finanzamt Freiburg

F r e i b u r g i.Br.  
Sautierstr. 24

Betr.: Kapitalverkehrssteuer;  
hier: Vertrag vom 27.1.49 des Notariats I Baden-Baden;  
Ihr Zeichen Ve 10/135

Wir vertreten Herrn Fritz K n a p p , der mit Vertrag vom 27.1.49 seinen Geschäftsanteil an der Drei-Kreise-Verlag Fritz Knapp G.m.b.H. in Baden-Baden an die Herren Wilhelm H o l l b a c h und Dr. Otto P e t e r s in Baden-Baden abgetreten hat. Die beiden Erwerber des Geschäftsanteils haben sich gegenüber Herrn Fritz Knapp zu Warenlieferungen im Werte von DM 20 000.-- verpflichtet. Diese Warenlieferungen erfolgen sukzessive und sind bisher nur zu einem kleineren Teil durchgeführt.

Es dürfte die Erhebung von Börsenumsatzsteuer in Betracht kommen, die bei einem Preis von DM 20 000.-- für den Anteil DM 150.-- beträgt. Wir bitten Sie, diesen Betrag bei den Erwerbern des Anteils, den Herren Wilhelm Hollbach und Dr. Otto Peters in Baden-Baden, einzufordern.

(Dr. Heimerich)  
Rechtsanwalt.







Heidelberg, den 18. März 1949.  
Dr.H./S.  
- 972 -

A k t e n n o t i z .

Betr.: Steuerangelegenheiten.

Konferenz mit Herrn Fritz Knapp.

1.) Kapitalverkehrssteuer: Es wurde das Schreiben des Finanzamtes Freiburg an Herrn Knapp vom 8.2.49 erörtert und in seiner Gegenwart das abschriftlich beiliegende Antwortschreiben diktiert.

2.) Der bei der Auseinandersetzung mit dem Drei-Kreise-Verlag erzielte Veräußerungsgewinn: Gemäß dem Auseinandersetzungsvertrag und der Ziff. 3 unseres Schreibens an Herrn Knapp vom 5.2. bemißt sich dieser Veräußerungsgewinn auf DM 20 000.-- - DM 7 000.-- = DM 13 000.--. Er entfällt je zur Hälfte auf Herrn Fritz Knapp und auf das Ehepaar Max Knapp. Ich habe mit Herrn Fritz Knapp die Bewertungen, die den Betrag von DM 20 000.-- ergeben, noch einmal durchgesprochen. Herr Knapp hält an seiner Bewertung fest. Er ist insbesondere der Auffassung, daß man die Exemplare des Buches "Stefanie Napoleon" nicht höher bewerten könne als dies geschehen ist.

Man wird dem für Herrn Fritz Knapp und das Ehepaar Max Knapp zuständigen Finanzamt Frankfurt dann, wenn der Drei-Kreise-Verlag seiner Lieferungsspflicht in allen Punkten nachgekommen ist, mitteilen müssen, daß ein Veräußerungsgewinn in Höhe von DM 13 000.-- erzielt wurde, der zur Hälfte auf Herrn



Fritz Knapp und zur Hälfte auf das Ehepaar Max Knapp entfällt.

3.) Entsprechend den Ausführungen in meinem Schreiben vom 5.2. Ziff. 1 habe ich Herrn Knapp geraten, hinsichtlich der Zeit bis zum 31.12.48 eine gesonderte Abrechnung zu erstellen und dabei dafür Sorge zu tragen, daß die ihm bis zum 31.12. erwachsenen Ausgaben, soweit sie nicht durch die Zahlung der DM 14 000.-- seitens des Drei-Kreise-Verlags abgedeckt sind, durch Erlöse abgedeckt werden, die aus dem Verkauf von damals schon fertigen Exemplaren des Werkes "Stefanie Napoleon" herrühren. Herr Knapp hat es in Ziff. 4 des Auseinandersetzungsvertrages übernommen, für die noch bestehenden Verbindlichkeiten aufzukommen, die den vom Drei-Kreise-Verlag geleisteten bzw. noch zu leistenden Pauschalbetrag von DM 14 000.-- übersteigen. Insoweit vermindert sich zweifellos der Veräußerungsgewinn des Herrn Knapp, <sup>Es bleibt ~~xxxx~~ bei dem obengenannten DM 13.000.--.</sup> der sich bei der Abtretung seines Anteils ergeben hat. ✓

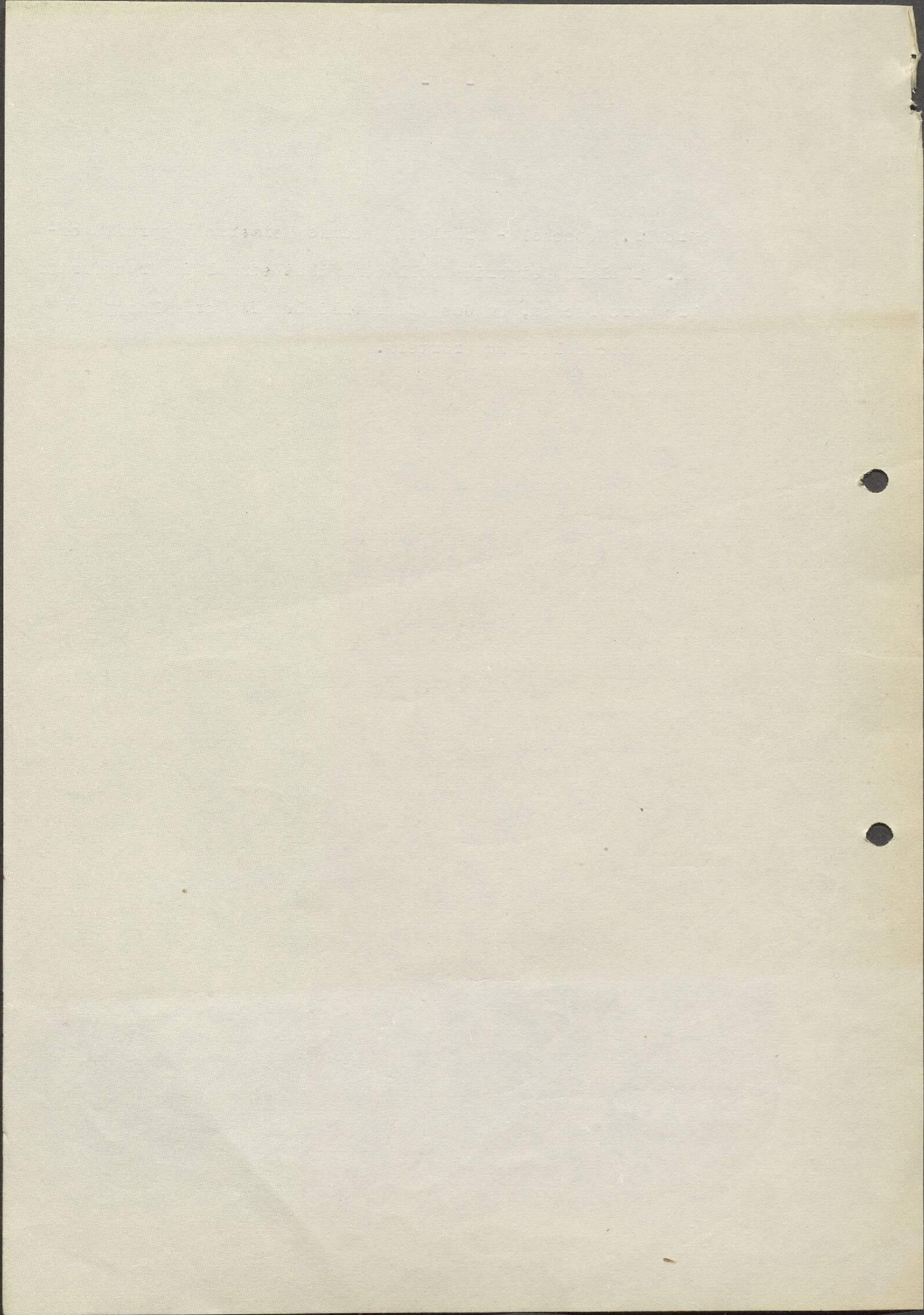
4.) Herr Knapp teilt mit, daß er sich mit Herrn Hollbach dahin geeinigt hat, daß er für den Betrag, den er Herrn Hollbach seinerzeit für den Erwerb des G.m.b.H.-Anteils zur Verfügung gestellt hat (RM 7 000.--), jetzt DM 5 000.-- zurückerhält. Die Darlehensforderung gegenüber Herrn Hollbach gehört zum Privatvermögen des Herrn Knapp. Herr Knapp und ich sind darum der Auffassung, daß auch die DM 5 000.-- wieder in das Privatvermögen des Herrn Knapp übergehen und mit seinem Geschäft oder auch mit seinem Einkommen nichts zu tun haben.

5.) Herr Knapp hat den Wunsch, daß die Steuerangelegenheiten der Fritz Knapp G.m.b.H. in Frankfurt regelmäßig von dem Steuer-



büro Dr. Meuschel - Fräulein Susanne Heimerich geprüft werden. Fräulein Heimerich soll demnächst einmal im Frankfurter Büro vorsprechen, um das Erforderliche mit Herrn Knapp und seinem Buchhalter zu erörtern.







Heidelberg , den 9. März 1949 .  
Dr. H./M.  
- 972 -

A k t e n v e r m e r k .

Herr Knapp wollte heute aus Frankfurt/Main zu uns kommen, um die Steuerangelegenheiten mit uns zu besprechen .  
Durch einen Telefonanruf hat sich herausgestellt, dass Herr Knapp den Zug versäumt hat . Er kommt nun am Montag, den 14. März 1949, 14.30 Uhr zu uns .

Wiedervorlage am 14.3.1949.

Am Montag, den 14. ds. Mts. hat der Bruder des Herrn Knapp aus Ffm. angerufen und hat mitgeteilt, dass Herr Knapp am Mittwoch, den 16. ds. Mts. zu uns kommen würde.



• • •



Finanzamt Freiburg

Sautiersstr. 24

Freiburg, den 8. Februar 1949

Ve 10/135

22. Feb. 1949

Betrifft: Kapitalverkehrssteuer - hier  
Vertrag vom 27.1.49 des Notariats I Baden-Baden

Mit obigem Vertrag haben Sie Geschäftsanteile an der  
Firma Drei Kreise Verlag Fritz Knapp GmbH in Baden-Baden in  
Höhe von 7.000.-DM an die Herren Wilhelm Hollbach und Dr.  
Otto Peters in Baden-Baden abgetreten. Wir bitten um Mit-  
teilung, welche Gegenleistung jeweils von Ihnen vereinbart  
wurde.

Herrn

Fritz Knapp  
Verleger

Baden-Baden

Beutenmüllerstr. 1

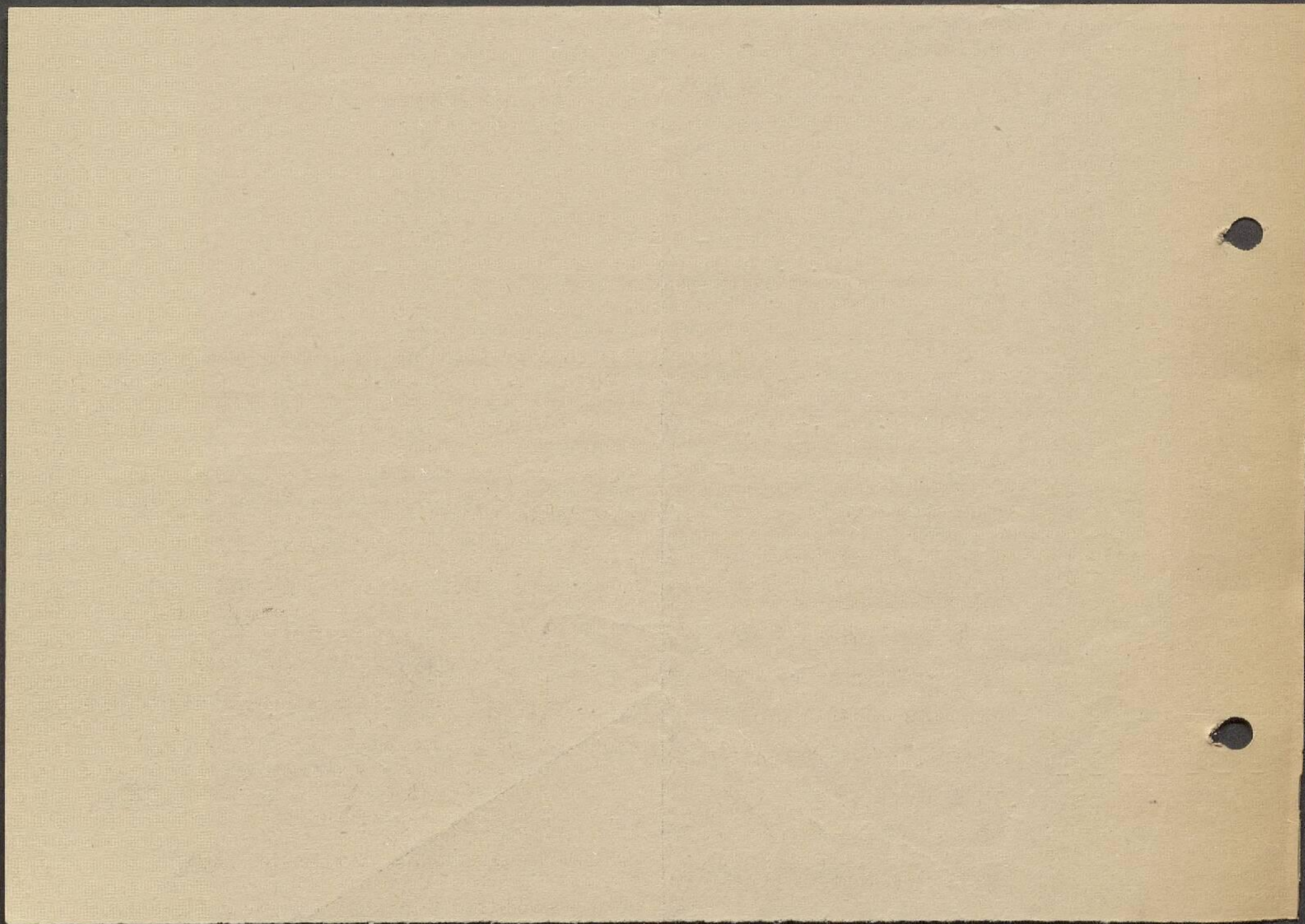
Im Auftrag  
gez. Ganter



Beglaubigt:

*Kirialkowski*  
Steuersekretärin







24.2.1949

H/B.

Herrn  
Fritz K n a p p  
F r a n k f u r t / M .  
Wiesenau 40

Sehr geehrter Herr Knapp !

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 22.2.1949 möchte ich Ihnen, da mein Vater für einige Tage verreist ist, folgendes mitteilen:

Der Bescheid der Kapitalverkehrsteuerstelle des Finanzamtes Frankfurt/M. über die Gesellschaftsteuer geht in Ordnung. Die Festsetzung der Gesellschaftsteuer mit 3 % auf das Stammkapital von DM 25.000,-- mit DM 750,-- ist zutreffend. Ich bitte Sie daher, diesen Betrag an die Finanzkasse zu leisten und der Kapitalverkehrsteuerstelle entsprechend Mitteilung zu machen, damit Ihnen die Unbedenklichkeitsbescheinigung zur Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister erteilt wird. Den Bescheid reiche ich Ihnen anliegend wieder zurück. Auf das Schreiben des Finanzamtes Freiburg vom 8.2.1949, das die Feststellung des Veräußerungsgewinnes betrifft, werden wir Anfang nächster Woche zurückkommen.

Mit freundlicher Begrüßung !  
i.V.

  
Steuerberater







5. Febr. 1949

Dr.H./Kr.

Herrn  
Fritz Knapp  
Frankfurt a.M.  
Wiesenu 40

Betr.: Bilanz- und Steuerangelegenheiten.

Sehr geehrter Herr Knapp!

Es wird notwendig sein, einige Bilanz- und Steuerangelegenheiten zu erörtern, bevor Sie sich bei der neu gegründeten C.m.b.H. hinsichtlich Ihrer Buchführung endgültig festlegen.

1.) In dem Auseinandersetzungsvertrag heisst es in Ziffer 3, dass alle fertigen und in Arbeit befindlichen Bücher auf Sie übergehen. In Ziffer 4 heisst es, dass der Drei Kreise Verlag die Bezahlung aller bei ihm bereits vorliegenden Rechnungen aus der Buch- und Zeitschriftenproduktion übernimmt, während die noch nicht vorliegenden Rechnungen für Herstellungskosten und Honorare, sowie die am 31.12.1948 fällig werdenden Gehälter für das Personal, das für die Zeitschrift für das Kreditwesen tätig ist, von Ihnen übernommen werden; der Drei Kreise Verlag stellt Ihnen zur Begleichung dieser Verbindlichkeiten in eigenem Namen einen Pauschalbetrag von DM 14.000.--, zahlbar DM 5.000.-- sofort und je DM 4.500.-- am 1.3.1949 und 1.5.1949 zur Verfügung.

Diese Bestimmungen gründen sich m.E. darauf, dass Ihre völlige Loslösung aus dem Drei Kreise Verlag erst zum 31.12.1948 erfolgt ist. Bis dahin geht alles grundsätzlich auf Rechnung des Drei Kreise Verlags. Man hat nur, um der gegebenen Tatsache der Disposition durch Sie selbst, Rech-



nung zu tragen und wegen der einfacheren Abrechnung die Sache so geregelt, dass Sie die bis zum 31.12.1948 noch erwachsenden Verbindlichkeiten aus dem Buch- und Zeitschriftenverlag selbst abwickeln. Zu diesem Zweck ist Ihnen der Pauschalbetrag von DM 14.000.-- zur Verfügung gestellt worden. Es ist mir sehr fraglich, ob dieser Pauschalbetrag zur Abdeckung der bis zum 31.12.48 erwachsenden Verbindlichkeiten ausreichen kann. In Erläuterungen, die Sie uns im Dezember überlassen haben, heisst es, dass für Herstellungsarbeiten Restzahlungen von DM 14.000.-- zu leisten sind, ausserdem Honorar an Prof. W a l t e r im Betrage von DM 14.500.--. Das wären zusammen schon DM 28.500.--. Ich bin der Auffassung, dass Ihnen zur Abdeckung von Verbindlichkeiten, die über den Pauschalbetrag von DM 14.000.-- hinausgehen, noch die fertigen Bücher (Stephanie Beauharnais) zur Verfügung stehen, die Sie im Dezember ausgeliefert haben, sodass Forderungen gegenüber den Abnehmern dieser Bücher entstanden sind. Sie sagten mir gestern abend am Telephon, dass die Rechnungen hinsichtlich der Auslieferungen im Dezember jetzt erst geschrieben würden und die Beträge dann nach und nach eingehen würden. ~~M.E. könnten~~ ~~unange-~~ollten diese eingehenden Beträge noch dazu verwandt werden, um alle Herstellungskosten, Honorare und Gehälter zu decken, die im Buch- und Zeitschriftenverlag bis zum 31.12.1948 erwachsen sind. Ich weiss nicht, ob dann die Rechnung Null zu Null aufgeht. Sollte noch ein Betrag zu Ihren Gunsten verbleiben, dann müsste man prüfen, ob Sie diesen Betrag 1949 als persönliches Einkommen versteuern müssen und welcher Einkommensart er zugehört.

Jedenfalls könnte ich es nicht für empfehlenswert halten, dass Sie die G.m.b.H. am 1.1.1949 mit Werten beginnen, die über diejenigen Werte hinausgehen, die im Gesellschaftsvertrag ausdrücklich aufgeführt sind. Zu den im Gesellschaftsvertrag aufgeführten Werten gehören z.B. nichtfertige Bücher, da nur von 7 000 halbfertigen Exemplaren des Werks "Stephanie Napoleon" die Rede ist. Würden Sie in die G.m.b.H. ausser den im Gesellschaftsvertrag aufgeführten Werten zum 1.1.1949 noch andere Werte übernehmen, so würden bei der G.m.b.H. Erträge erzielt werden, denen



entsprechende Aufwendungen nicht gegenüberstehen. Sie hätten unentgeltlich in die G.m.b.H. etwas eingebracht, was bei der G.m.b.H. zu überhöhten Gewinnen und damit auch zu einer überhöhten Steuer führen müsste. Darum schiene es mir wichtiger zu sein, alle Herstellungskosten und Honorarforderungen, die mit dem Werke "Stephanie Beauharnais" zusammenhängen und die bis zum 31.12.1948 entstanden sind, gewissermassen noch im Rahmen des Drei-Kreise-Verlags, wenn auch auf Ihre Rechnung, abzudecken und in die G.m.b.H. tatsächlich nur die 7 000 halbfertigen Exemplare von "Stephanie Napoleon" zu übernehmen. Die geringe Bewertung dieser 7 000 Exemplare zu je 1.50 dürfte sich damit rechtfertigen, dass der weitere Absatz dieses Werkes ganz im Dunkeln liegt und dass, soweit ich dies beurteilen kann, der von Ihnen ursprünglich angesetzte Verkaufspreis wohl kaum gehalten werden kann.

Ich weiss nicht, ob alle diese Ausführungen die wirkliche Situation treffen, aber ich bitte Sie, jedenfalls, meine Ausführungen einer näheren Prüfung zu unterziehen.

2.) Wird so verfahren, wie ich das unter 1) vorgeschlagen habe, so besteht keinerlei Bedenken dagegen, den Geschäftsbetrieb der G.m.b.H. mit dem 1.1.1949 zu beginnen. Die Eröffnungsbilanz müsste dann zu diesem Tage erstellt und dem Finanzamt eingereicht werden. Ich glaube nicht, dass das Finanzamt die steuerliche Anerkennung der G.m.b.H. mit Wirkung vom 1.1.1949 verweigern wird, wenn von diesem Tage an die Geschäfte für die G.m.b.H. laufen und die Buchführung darauf eingerichtet ist. Man könnte dem Finanzamt gegenüber, wenn es wirklich Bedenken erheben sollte, darauf hinweisen, dass schon vom Tage der Auseinandersetzung mit dem Drei-Kreise-Verlag ab die Gründung einer G.m.b.H. zwischen Ihnen und Ihrem Bruder und evtl. Herrn Dr. H o f m a n n in Aussicht genommen war und dass wir gemäss unseren Akten seit 12.1.1949 mit der Vorbereitung des G.m.b.H.-Vertrages beschäftigt waren. Die end-



gültige notarielle Protokollierung hat sich deswegen etwas verzögert, weil noch Verhandlungen über die Kapitalhöhe geführt werden mussten und weil man sich schliesslich entschloss, Herrn Dr. Hofmann doch nicht als Gesellschafter in die G.m.b.H. aufzunehmen. Auch Vereinfachungsgründe sprechen natürlich dafür, nicht für die Zeit vom 1. bis 31. Januar eine offene Handelsgesellschaft anzunehmen und die G.m.b.H. steuerlich erst mit dem 1. Februar in Kraft treten zu lassen. Schliesslich dürfte dem Fiskus auch kein Vorteil daraus erwachsen, wenn im Januar eine offene Handelsgesellschaft bestanden hätte, denn wahrscheinlich würde die Januar-Bilanz für eine solche offene Handelsgesellschaft einen Verlust ergeben.

Man braucht das alles aber vorläufig dem Finanzamt noch nicht zu sagen. Es wird genügen, dass die Geschäftsführung der G.m.b.H. jetzt dem Finanzamt die Eröffnungsbilanz für die G.m.b.H. zum 1.1.1949 einreicht und mitteilt, dass der Geschäftsbetrieb der G.m.b.H. an diesem Tage begonnen habe.

3.) Der bei der Auseinandersetzung mit dem Drei-Kreise-Verlag erzielte Veräusserungsgewinn.

Nach § 17 des Einkommensteuergesetzes gehört zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb auch der Gewinn aus der Veräusserung eines Anteils an einer Kapitalgesellschaft, wenn der Veräusserer am Kapital der Gesellschaft wesentlich beteiligt war und der veräusserte Anteil 1% des Stammkapitals der Gesellschaft übersteigt. Eine wesentliche Beteiligung ist gegeben, wenn der Veräusserer allein oder mit seinen Angehörigen an der Kapitalgesellschaft zu mehr als einem Viertel unmittelbar oder mittelbar beteiligt war. Veräusserungsgewinn im Sinne dieser Bestimmungen ist der Betrag, um den der Veräusserungspreis nach Abzug der Veräusserungskosten die Anschaffungskosten übersteigt. Die Voraussetzungen für einen solchen Veräusserungsgewinn sind in Ihrem Falle gegeben. Da an der Hälfte Ihres Anteils an der Drei-Kreise Verlag G.m.b.H. das Ehepaar Max Knapp eine Unterbeteiligung hatte, verteilt sich der erzielte Veräusserungsgewinn je zur Hälfte auf Sie und das Ehepaar Knapp.



Bei der Berechnung der Höhe des Veräusserungsgewinns ist m.E. davon auszugehen, dass Ihr G.m.b.H.-Anteil von ursprünglich RM 7.000.-- seit dem 21.6.1948 im Verhältnis von 1 : 1 auf DM 7.000.-- umgestellt war und dass jetzt DM 7.000.-- als Anschaffungspreis anzusehen sind. Eine ähnliche Auffassung wurde gerade auch in steuerlicher Beziehung nach der Inflationszeit vertreten. Damals nahm man hinsichtlich eines vor 1924 erworbenen Anteils, der nach der Inflationszeit veräussert wurde, einen fiktiven Gestehungspreis an, und zwar den Betrag, der am 1.1.1925 für den Erwerb des Anteils hätte aufgewandt werden müssen. Veräusserungsgewinn ist in Ihrem Falle unserer Auffassung nach nur der Betrag, der über DM 7.000.-- hinausgeht. Sie haben die Leistungen des Drei Kreise Verlags an Sie mit DM 20.000.-- bewertet, sodass sich also ein Veräusserungsgewinn von DM 13.000.-- ergibt, der sich auf Sie und das Ehepaar Max Knapp hälftig verteilt.

Nach § 34 des Einkommensteuergesetzes in seiner Neufassung gemäss dem Anhang zum Gesetz Nr. 64 zur vorläufigen Neuordnung von Steuern beträgt der Steuersatz bei ausserordentlichen Einkünften, zu denen auch die Veräusserungsgewinne gehören, 10 bis 40% dieser ausserordentlichen Einkünfte. Der Betrag, der zur Erhebung gelangt, muss im Rahmen dieser 10 bis 40% mit dem Finanzamt zu gegebener Zeit ausgehandelt werden. Da noch nicht absolut feststeht, ob und wie weit die Drei Kreise Verlag G.m.b.H. ihrer Leistungspflicht wirklich nachkommen kann, brauchen Sie vorläufig hinsichtlich einer Zahlung von Einkommensteuer aus einem Veräusserungsgewinn nichts zu veranlassen.

Die Tatsache, dass beim Drei Kreise Verlag in den Jahren 1946 bis 1948 ein Gewinn zwar erzielt wurde, aber nicht zur Ausschüttung gelangte und dass Sie in Ziffer 1 des Auseinandersetzungsvertrags auf eine Gewinnausschüttung ausdrücklich verzichtet haben, beseitigt nicht das Vorliegen eines Veräusserungsgewinns, da bei einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft keine Möglichkeit besteht, dem Anschaffungswert des Anteils etwa den Wert nichtbezogener Gewinne hinzuzurechnen.



4.) Die in Ziffer 9 des Auseinandersetzungsvertrags enthaltene Bestimmung, dass Sie für das ganze Kalenderjahr 1949 Ihre bisherigen monatlichen Bezüge in voller Höhe vom Drei Kreise Verlag erhalten, hat m.E. mit dem Veräusserungsgewinn nichts zu tun, denn dieses Übergangsgeld wurde Ihnen mit Rücksicht darauf gewährt, dass Sie als Geschäftsführer bzw. leitender Angestellter des Drei Kreise Verlags mit sofortiger Wirkung ausscheiden mussten und dadurch der Sicherung verloren gingen, die Ihnen der Dienstvertrag bot. Man kann das Jahresgehalt für 1949 auch als Entschädigung für entgehende Einnahmen (§ 24 EStG.) ansehen, jedoch nur dann, wenn diese Entschädigung in einer Summe bezahlt wird. Dann wären diese Einkünfte ebenfalls als ausserordentliche Einkünfte mit nur 10 bis 40% zu versteuern. Darum ist zu erwägen, ob Sie nicht mit dem Drei Kreise Verlag die Zahlung in einer Summe vereinbaren sollen.

#### 5.) Verlagsrechte und Verlagsverträge.

Von Bedeutung ist die Feststellung der Tatsache, dass der von der französischen Militärregierung lizenzierte wissenschaftliche Verlag Fritz Knapp (Buch- und Fachzeitschriftenproduktion), der bis zum 31.12.1948 innerhalb des Drei Kreise Verlags für Rechnung des Drei Kreise Verlags geführt wurde, eigene Verlagsrechte besass, die von Ihnen persönlich erworben wurden. Diese Verlagsrechte samt den Verlagsverträgen sind bei Ihnen geblieben, als Sie die Rechtsbeziehungen zum Drei Kreise Verlag lösten. Es ist zweckmässig, dass Sie auch weiterhin diese Verlagsrechte behalten und sie der Verlage Fritz Knapp G.m.b.H. nur leihweise oder gegen eine geringe Lizenzgebühr zur Verfügung stellen. Dadurch wird jede Aktivierungspflicht und auch jede Steuer hinsichtlich dieser Verlagsrechte vermieden.

#### 6.) Kapitalverkehrssteuer.

Durch die Gründung der G.m.b.H. mit einem Stammkapital von DM 25.000.-- wird eine Kapitalverkehrssteuer von 3% aus DM 25.000.-- ausgelöst. Ein entsprechender Steuerbescheid dürfte der G.m.b.H. durch das Finanzamt demnächst zugehen.

7.) Wie ich kürzlich schon ausführte, ist es nicht zweckmässig, bei der neuen G.m.b.H. auf eine grössere Gewinnausschüttung hinzuwirken. Es dürfte vielmehr richtig sein, den nach Abzug der 50%igen Körperschaftssteuer verbleibenden Gewinn im Geschäft ste-



hen zu lassen, damit die Kapitalbasis des Geschäfts vergrössert wird.

Ein persönlicher Nutzen aus dem Geschäft kann dadurch gezogen werden, dass Geschäftsführer und Prokurist zu Lasten der Unkosten der Gesellschaft angemessene Gehälter beziehen. Ich würde ein Geschäftsführergehalt von DM 18.000.-- und ein Prokuristengehalt von DM 12.000.-- nicht als übersteigert ansehen. Jedenfalls könnte eine derartige Gehaltshöhe gegenüber dem Finanzamt vertreten werden. Es ist allerdings nicht zu leugnen, dass Sie im Jahre 1949 in eine verhältnismässig hohe Stufe der Einkommensteuerstaffel geraten werden, wenn Sie neben einem Geschäftsführergehalt von DM 18.000.-- seitens der Fritz Knapp G.m.b.H. noch ein Gehalt in Monatsraten von der Drei Kreise Verlag G.m.b.H. beziehen (siehe aber oben Ziffer 4). Trotzdem dürfte es zweckmässig sein, Ihr Geschäftsführergehalt bei der Fritz Knapp G.m.b.H. keinesfalls zu niedrig anzusetzen.

8.) Ich habe schon wiederholt mit Ihnen die Frage erörtert, welche Konsequenzen daraus entstehen können, dass bei der Drei Kreise Verlag G.m.b.H. eine finanzamtliche Buchprüfung stattfindet und dabei festgestellt wird, dass von der Gesellschaft gemachte Spesen nicht genügend belegt sind. In einem solchen Falle könnte das zuständige Finanzamt Veranlassung nehmen, diese Spesen nicht anzuerkennen und den Gewinn der G.m.b.H. entsprechend zu erhöhen, wodurch eine vermehrte Körperschaftssteuer entstehen würde. Ich bin der Auffassung, dass Sie hierfür von der Drei Kreise Verlag G.m.b.H. nicht haftbar gemacht werden können, da Sie von den übrigen Gesellschaftern als Geschäftsführer entlastet wurden und den übrigen Gesellschaftern dabei genau bekannt war, dass in einer Reihe von Fällen ausreichende Belege für gemachte Spesen fehlen.

Es könnte auch noch die Gefahr bestehen, dass die einzelnen Gesellschafter der Drei Kreise Verlag G.m.b.H. für sich zu hohe Spesen, z.B. für Reisen, liquidiert haben und dass



das Finanzamt Veranlassung nimmt, den das normale Maß überstei-  
genden Spesenbetrag dem Einkommen der betreffenden Gesellschaf-  
ter hinzuzuschlagen. Nachdem Sie mir versichert haben, dass von  
Ihnen keine zu hohen Spesen erhoben worden sind, dürfte auch  
diese Gefahr bei Ihnen ausgeschaltet sein.

Ich glaube, mit diesen Ausführungen alle Fragen behandelt  
zu haben, die bei Ihrem Ausscheiden aus der Drei Kreise Verlag  
G.m.b.H. und der Gründung der neuen Fritz Knapp G.m.b.H. aufge-  
worfen werden können und die steuerliche Auswirkungen haben.

Mit den besten Grüßen

bin ich Ihr

(Dr. Heimerich)



Das Gefährliche  
Bücher in der  
ausgegeben, es soll  
1/2 Jahre das  
Bild

2m niedrige Bäume  
oben 3 - 4 U.  
stark 20 - 40. 9 Stämme  
auf Porepypygen

506 Risper,  
mythum

57) Biteren de 3 Thesen



Im der  
Staubkammer  
bis 37. 22. d. m. p.  
den Resten der f. m.  
Geologie gesehen.

Rechnung der 14 von Jahr

Mr. Billy  
some place  
Florida



Auszug aus einer Aktennotiz des Herrn Dr. Heimerich vom 3.2.49:

Wir werden uns jetzt um die Steuerangelegenheiten der Herren Knapp und des Verlags Fritz Knapp GmbH. kümmern müssen. Herr Knapp ist auch damit einverstanden. Zunächst handelt es sich um folgendes:

- a) Die GmbH. sollte in steuerlicher Beziehung möglichst rückwirkend zum 1.1.49 anerkannt werden.
- b) Dem Finanzamt muß der Veräußerungsgewinn, der bei dem Ausscheiden aus dem Drei-Kreise-Verlag GmbH. für Herrn Fritz Knapp und für das Ehepaar Max Knapp entstanden ist, mitgeteilt werden, wobei aber zu beachten ist, daß dann, wenn der Drei-Kreise-Verlag seiner Lieferungsverpflichtung nicht nachkäme, eine Veräußerung in der vereinbarten Höhe gar nicht entstehen würde.

Anteil ursprünglich RM 7 000.--; dann DM 7 000.--&

Liegt hierin ein Gewinn? Nein, da Umstellung 1 : 1.



Wiederholungsfragen zu den Vorlesungen

1. Was ist die Bedeutung der ...  
2. ...  
3. ...

4. ...

5. ...

6. ...

7. ...

8. ...

9. ...

10. ...

11. ...

12. ...

13. ...

14. ...



[illegible]

28.11.30 [m] A 84/28

Book 1, 1755



Handwritten text, likely a letter or note, written in cursive script. The text is mirrored across the page, suggesting it was written on a piece of paper that was folded or placed over a reflection.

Handwritten text, likely a letter or note, written in cursive script. The text is mirrored across the page, suggesting it was written on a piece of paper that was folded or placed over a reflection.



H. N.

18000 -

3000 -

11130 -

10800 -

1500

---

44430

25000 -

---

29430

Ziffer 3

höchstens

auf die Tausende

DM 5000 -

hundert

0 -

zwei

0 -

Ziffer 4

0 -

Ziffer 5

0 -

Ziffer 6

0 -

Ziffer 7

11130 -

Ziffer 8

500 -

Ziffer 9

0

---

16630 -



# CKEN-STUNDEN-KALENDER 270

Uhr		
8		
9		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17		
18		
19		
20		

1951

S.-A. 4.07

Normalzeit

S.-U. 20.04

	Juni	Juli	August
S	3 10 17 24	1 8 15 22 29	5 12 19 26
M	4 11 18 25	2 9 16 23 30	6 13 20 27
D	5 12 19 26	3 10 17 24 31	7 14 21 28
M	6 13 20 27	4 11 18 25	1 8 15 22 29
D	7 14 21 28	5 12 19 26	2 9 16 23 30
F	1 8 15 22 29	6 13 20 27	3 10 17 24 31
S	2 9 16 23 30	7 14 21 28	4 11 18 25

JULI  
**16**  
MONTAG



Abschrift.

Georg Lingenbrink    Barsortiment    Hamburg

[illegible]

Verlagsbuchhandlung

Fritz Knapp,

(16) Frankfurt a.M. am 12. März 1934

Wiesbaden 40.

Hamburg 1, 3.4.1950-I/Lü

Mönekebergstr. 11

Sehr geehrter Herr Knapp!

Ich versprach Ihnen, bei meinem Besuch in Frankfurt bei Ihnen vorzukommen. Zwar war ich in Frankfurt, jedoch nur 2 Stunden, sodass ich es keineswegs geschafft hätte. Voraussichtlich muss ich aber gegen Ende April nochmals nach Frankfurt. Wir wollen evtl. das Geschäft von Rastatt nach Frankfurt verlegen, sobald sich irgendwelche Möglichkeiten ergeben. Die diesbezüglichen Verhandlungen schweben noch.

Um nun nochmals auf die Remittenden zurückzukommen, so möchte ich Sie hierdurch nochmals herzlichst bitten, diese Angelegenheit doch bitte auf sich beruhen zu lassen. Durch die laufenden Herabsetzungen sind wir so bitter arm geworden und haben grosse Sorgen. Ich würde Ihnen bestimmt nicht so kläglich schreiben, wenn wir nicht so grossen Sorgen gegenüberstünden. Wir (meine Frau und ich) arbeiten seit der Währungsreform von morgens früh bis abends spät, um die Existenz der Firma mit aller Macht zu sichern.

Wenn wir die Bände ja verkauft und den schuldigen Betrag nicht bezahlt hätten, dann hätten Sie Recht, dass Sie den Betrag einklagten. Kann ich denn nicht andere Bände Ihres Verlages dafür vertreiben. Ich will ja alles gern tun, um auch Sie nach bester Möglichkeit



schadlos zu halten. Wenn wir auch arm sind, so wollen wir doch Niemand Unrecht tun; ebenso wird uns auch Niemand jemals den Vorwurf machen können, dass wir nicht stets gearbeitet haben.

Ich hoffe gern auf Ihr Verständnis und würde es mich aufrichtig freuen, aus Ihrer gefl. Antwort zu ersehen, dass Sie mir einen Weg weisen, wie diese Angelegenheit durch Übernahme anderer Verlagswerke bereinigt werden kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Beglaubigt

Georg Lingenbrink

Rechtsanwalt



RFH-Urteil v. 4. Juni 1942 III 89/40

Das Verlagsrecht ist beim Verleger ein bewertbares Wirtschaftsgut des Betriebsvermögens; sein Teilwert ist nach seinem objektiven Ertrag zu bemessen. - § 12, § 15 Absatz 2, § 54 Absatz 1, § 59 Ziffer 2, § 66 Absatz 1, § 67 Ziffer 5 RBewG -  
(Immaterielle Werte-Konto)

I. Der beschwerdeführende Musikverlag, an dem die beiden Inhaber zu je 1/2 beteiligt sind, hat seinen Sitz in Ausland, aber weiter in Deutschland eine Zweigniederlassung in Form einer OHG und ist damit beschränkt vermögenssteuerpflichtig. Das FA hat seinen inländischen Betriebsvermögen 216 000 RM als Wert von Urheberrechten (Verlagsrechten) zugerechnet. Der Verlag bestreitet die Bewertungsfähigkeit unter Berufung auf § 67 Ziffer 5 RBewG. Der beschwerdeführende Verlag hat bisher niemals feste Vergütungen vereinbart, sondern den Urhebern lediglich sogenannte Absatzhonorare gezahlt und die Urheber damit am Erfolg - und, wie er behauptet, auch am Wagnis - beteiligt. Die Verwertung der Verlagsrechte - die dem Stammhaus zustehen - hat in Deutschland in den Jahren 1932 bis 1935 rund 653000 RM erbracht. Hinzutreten für die gleiche Zeit rund 61000 RM Überweisungen von der "Amvre" (später "Stammvre") und 10000 RM von der "Gema" (später "Stagma"), mit denen es folgende Bewandtnis hat: Die Amvre (=Anstalt für mechanisch-musikalische Rechte) ist eine G.m.b.H., deren Gesellschafter die drei Berufsorganisationen der Komponisten, Textdichter und Musikverleger in Deutschland sind und die sich mit der Verwertung von Urheberrechten befasst, soweit diese sich auf die Übertragung der Werke der Tonkunst und Literatur auf mechanische Vorrichtungen, Platten, Schallbänder u.dgl. beziehen. An ihrer Stelle ist im Jahre 1937 die "Stammvre" (staatlich genehmigte Anstalt für mechanisch-musikalische Rechte) mit den gleichen Befugnissen getreten. Die "Gema" (=Genossenschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte) überwacht die konzertmäßige Verwertung der urheberrechtlich geschützten Musik und besorgt die Einziehung der fälligen Tantiemen. Seit dem 1. Oktober 1933 ist an ihre Stelle die "Stagma" (staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte) getreten; sie ist ein auf Grund des Gesetzes vom 4. Juli 1933, RGBl I S. 452, (über die Vermittlung von Musikaufführungsrechten und seiner Durchführungsbestimmungen gegründeter Verein, dessen Zweck die



treuhänderische Verwaltung der der Gesellschaft übertragenen musikalischen Aufführungsrechte an Werken der Tonkunst, auch durch Rundfunk, Tonfilm und Benutzung von Schallvorrichtungen ist. Die kraft Gesetzes dieser Genossenschaft und Gesellschaft zustehenden Befugnisse - also das Recht ~~der~~ Übertragung von Werken der Tonkunst und Literatur auf mechanische Vorrichtungen und das Recht der musikalischen Aufführung von Werken der Tonkunst - können die Urheber nicht auf einen Verleger übertragen, aber nach den Satzungen der Genossenschaft und Gesellschaft wird ein Teil der von ihnen erzielten Erlöse dem jeweiligen Verleger überlassen als Entschädigung für das ihm entzogene Aufführungs- und Wiedergaberecht. Nach der Feststellung des Betriebsprüfers hat die deutsche Zweigniederlassung die durch solche Verwertung von Aufführungsrechten in Deutschland erzielten Einnahmen als durchlaufende Posten an das Stammhaus abgeführt. Diese Einnahmen belaufen sich in den Jahren 1932 bis 1935 auf rund 61 000 RM von der Amire (später Stammre) und rund 10 000 RM von der Gema (später Stagma).

II. Das FA hat den Wert der Verlagsrechte für die deutsche Zweigniederlassung wie folgt errechnet: Der Ertrag aus der Verwertung der Urheberrechte in den genannten vier Jahren betrage rund 653 000 RM; davon seien abzuziehen - weil nicht laufend, sondern nur einmalig - Bezüge für Filmrechte = 70 000 RM, so dass 583 000 RM verbleiben; hinzuzurechnen seien die von der Amire (Stammre) und Gema (Stagma) eingegangenen Tantiemen von rund 71 000 RM, weil in der Form dieser Zweigniederlassung in Deutschland eine Betriebsstätte des ausländischen Unternehmens bestehe und diese Zweigniederlassung auch die Vermittlung der Verträge und die Überwachung der Einnahmen vorzunehmen habe, und ferner, weil die Zweigniederlassung die durch die Verwertung von Ausführungsrechten in Deutschland erzielten Einnahmen als durchlaufende Posten an das Stammhaus abliefern. Für die Frage, in welcher Höhe den Einnahmen Betriebsausgaben des Stammhauses gegenüberstehen, müsse eine Schätzung erfolgen: von den Einnahmen würden im allgemeinen 50 v.H. an den Komponisten und je 10 v.H. an den Textbuchdichter und an den Übersetzer entrichtet, so dass 30 v.H. dem Verlag verbleiben; der Verlag beanspruche hiervon einen Abschlag von 50 v.H. als Anteil an den allgemeinen Geschäftsunkosten; diesem Abzug könne nach den vorgelegten Verlust- und Gewinnrechnungen des



Stammhauses zugestimmt werden; bei einer Gesamteinnahme von rund  $583\ 000 + 71\ 000 = 654\ 000$  RM (für vier Jahre) ergebe sich eine durchschnittliche Jahreseinnahme von rund 163 000 RM, wovon abzusetzen seien die zu leistenden Zahlungen an die Komponisten = 50 v.H., die Textdichter = 10 v.H., die Übersetzer = 10 v.H. sowie für Herstellungs- und Handlungsunkosten = 15 v.H., zusammen 85 v.H., so dass ein Reingewinn von 15 v.H. verbleibe, das sind rund ~~24~~<sup>27</sup> 000 RM. Dieser Betrag sei gemäss § 76 Absatz 1 Ziffer 3 RBewG<sup>EV</sup> mit neun zu vervielfältigen, so dass sich ein Vermögenswert von 216 000 RM ergebe.

III. Der Einspruch des Verlags ist erfolglos gewesen. Die Anfechtung ist mit folgender Begründung zurückgewiesen:

1. Das streitige Recht gehöre zum Betriebsvermögen, es sei daher unerheblich, ob es nach § 67 Ziffer 5 zum "Sonstigen" Vermögen gehören würde.

2. Es gehöre aber auch zum "Sonstigen" Vermögen; die Einschränkung in § 67 Ziffer 5 Satz 2 RBewG - wonach Urheberrechte *n i c h t* zum "Sonstigen" Vermögen gehören, wenn sie im Eigentum des Urhebers selbst oder im Falle seines Todes im Eigentum seiner Ehefrau oder seiner Kinder stehen oder wenn sie einem Dritten gegen Verpflichtung zur Zahlung von *n i c h t* festen Beträgen zur Ausnutzung überlassen sind - zeige, dass sie in allen anderen Fällen bewertungspflichtig seien, so auch hier; zu den Urheberrechten zähle auch das Verlagsrecht; dass es nur für den Fall einer entgeltlichen Veräusserung bewertungsfähig sei, könne aus dem Gesetz nicht entnommen werden; auch auf die Veräusserlichkeit sei die Bewertungsfähigkeit nicht abgestellt; hier handle es sich zudem, was der Pflichtige erkenne, nicht um die Bewertung des Urheberrechts beim Urheber, sondern bei einem Dritten, auf den das Urheberrecht zur Ausübung übertragen sei, daher sei es unerheblich, dass dieser Dritte - der Verlag - den Urhebern für die Überlassung keine *f e s t e n* Beträge zahle; denn dieser Umstand - Zahlung in festen Beträgen oder Zahlung in schwankenden Beträgen - sei lediglich für die Bewertung beim Urheber von Bedeutung, nicht aber beim Dritten.

3. Dass das FA die Verlagsrechte im *g a n z e n* - statt im einzelnen - bewertet habe, indem es der Bewertung die Summe der aus den einzelnen Verlagsrechten bezogenen Einnahmen zugrunde gelegt habe,



habe lediglich der Vereinfachung gedient, sei aber nicht unzulässig; das Ergebnis würde rechnerisch nicht anders sein, wenn das FA bei jedem einzelnen Werk den Wert des Verlagsrechts gesondert ermittelt und die Summe dieser Werte in Ansatz gebracht hätte; weshalb diese Einzelbewertung nicht möglich sein sollte, sei nicht erkennbar.

4. Von einer Doppelbesteuerung könne nicht gesprochen werden, da der Wert des Verlagsrechts unabhängig sei von dem Wert der sachlichen Betriebsbestände (Romane, Textbücher u.dgl.)

IV. Der Rechtsbeschwerde der beschwerdeführenden Verlagsgesellschaft ist stattzugeben.

#### A. Das Verlagsrecht als bewertbares Wirtschaftsgut.

1. Das Verlagsrecht ist ein Wirtschaftsgut, nämlich das ausschliessliche Recht des Verlegers auf Vervielfältigung und Verbreitung eines Werkes der Literatur oder der Tonkunst (§ 8 Verlagsgesetz). Es wird vom Verkehr auch als Wirtschaftsgut angesehen, es werden nicht nur ganze Verlagsunternehmen gekauft und verkauft, sondern auch die Verlagsrechte für einzelne Werke.

2.) Das Verlagsrecht ist auch ein bewertbares Wirtschaftsgut, gleichgültig ob und wie es im Einzelfalle erworben ist, insbesondere ob Aufwendungen dafür gemacht sind. Entscheidend ist, dass das Verlagsgesetz die Übertragbarkeit der Verlagsrechte anerkennt und dass die Entgeltlichkeit solcher Übertragungen im Geschäftsleben allgemein üblich ist. vgl. auch Kummer in Deutsche Steuerzeitung 1939 S. 93 und Voigtländer-Elster, Verlagsrecht, 3. Auflage, § 28 Anmerkung 1.

3. Das Verlagsrecht gehört zum Betriebsvermögen. § 59 Ziffer 2 EStG - wonach Wirtschaftsgüter, die nach § 67 Ziffer 5 Satz 2 bis 4 nicht zum Sonstigen Vermögen gehören, auch nicht zum Betriebsvermögen gehören - trifft nicht zu, weil das Verlagsrecht kein Urheberrecht oder kein abgespalteter Teil des Urheberrechts ist, sondern ein selbständiges, lediglich den Bestimmungen des Gesetzes über das Verlagsrecht vom 19. Juni 1901 (RGBl 1901 S. 217) und 22. Mai 1910 (1910 S. 793) unterstehendes Recht. Der

Verleger kann gegen den Verfasser und gegen Dritte die Befugnisse ausüben, die für den Urheber zum Schutz des Urheberrechts vorgesehen sind (§ 9 Verlagsgesetz) und kann das Recht grundsätzlich auch übertragen (§ 28 Verlagsgesetz); dass der Verleger zur Übertragung des Verlagsrechts an einzelnen Werken die Zustimmung des Verfassers



braucht, beeinträchtigt den Grundsatz der Übertragbarkeit nicht, die Zustimmung kann nur verweigert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

4. § 67 Ziffer 5 RBewG ist auf das Urheberrecht beschränkt. Der Wesenart des Urheberrechts als eines höchst persönlichen Rechts besonderer Art - das auch im Zwangsvollstreckungsverfahren nicht angetroffen werden kann, § 10 des Urheberrechtsgesetzes - trägt das Reichsbewertungsgesetz Rechnung, indem es die Urheberrechte nicht zum steuerpflichtigen Vermögen rechnet, solange sie im Eigentum des Urhebers stehen. Das Reichsbewertungsgesetz begünstigt die Urheberrechte auch noch nach dem Tode des Urhebers gegenüber seiner nächsten Verwandten (Ehefrau und Kindern); auch hierin kommt zum Ausdruck, dass das Reichsbewertungsgesetz nur den Schutz eines engen Personenkreises und die Sicherung eigener geistiger Erzeugnisse im Auge hat. Auf andere Personen kann diese Begünstigung nicht übertragen werden. Lediglich zur Vereinfachung der Veranlagung sind die Urheberrechte (§ 67 Ziffer 5 Satz 4 RBewG) auch dann noch von der Vermögensteuer ausgenommen, wenn sie der Urheber gegen bloße Gewinnbeteiligung zur Ausnutzung an Dritte überlassen hat, vgl. Begründung zum Entwurf des Reichsbewertungsgesetzes 1925, Reichstagsdrucksachen 1924/25.

Nr. 794/802 und Nr. 797; aber auch diese Bestimmung bezieht sich, wie der Zusammenhang ergibt, nur auf das Urheberrecht in der Person des Urhebers, nicht auf ein übertragenes Recht.

Der Urheber überträgt nicht sein Urheberrecht auf den Verleger, sondern er überlässt sein Werk dem Verleger nur zur wirtschaftlichen Ausnutzung. Dem entspricht der Wortlaut von § 67 Ziffer 5 Satz 4 RBewG. Der Verlegerschutz ergibt sich nicht aus einem abgeleiteten Urheberrecht, sondern aus dem Verlagsrecht, er wirkt sogar gegen den Urheber selbst. Neben dem Verlagsrecht bleibt das Urheberrecht in der gleichen Weise bestehen, wie bei Übertragung der Nutzung an einem Grundstück der Eigentümer nicht einen Teil seines Eigentumsrechts abspaltet, sondern dem anderen nur gewisse Rechte einräumt, die schuldrechtlichen oder dinglichen Charakter haben können.

Das Verlagsrecht ist aber grundsätzlich etwas anderes als das bloße Urheberrecht; durch den Abschluss des Verlagsvertrags ist das Urheberrecht bereits auf eine Stufe der wirtschaftlichen Auswertung getreten, die die lediglich zur Schonung der Persönlichkeit des Urhebers vom Gesetz eingeräumte Sonderstellung nicht mehr als gerechtfertigt erscheinen lässt.



Es darf nach Sinn und Zweck der Bestimmungen als sicher angenommen werden, dass bei Abfassung des Reichsbewertungsgesetzes niemals daran gedacht worden ist, die Bestimmungen des § 67 Ziffer 5 einem anderen als dem Urheber zugute kommen zu lassen. Der Verleger kann bürgerlich-rechtlich seine Rechte nur auf das Verlagsgesetz und auf den Verlagsvertrag stützen. Ebenso kann er auch steuerlich nur als Verleger, nicht aber als Urheber behandelt werden. Hätte das Gesetz auch die Verlagsrechte begünstigen wollen, so hätte es das bestimmt entweder in § 67 Ziffer 5 oder in § 59 Ziffer 2 zum Ausdruck gebracht; für eine Ausdehnung dieser Vergünstigungen auf den gewerbsmässigen Verleger fehlt jeder wirtschaftliche oder soziale Grund.

Nach alledem hat die Vorbehörde mit Recht angenommen, dass die Verlagsrechte zum Betriebsvermögen gehören und bewertungsfähige Wirtschaftsgüter sind.

E. Bedenken bestehen indes gegen die Bemessung dieses Wertes insofern, als die Vorbehörde den Verlagswert ohne weiteres dem Kapitalwert des Reingewinns des ganzen Verlags gleichgestellt hat, ohne zu prüfen, ob nicht ein Teil des Reingewinns auf andere Gründe, insbesondere auf die Mitarbeit des Unternehmers oder den Betrieb des Unternehmens und die Mitarbeit des Anlagekapitals, entfällt. Ferner ist bedenklich, den Vervielfältiger für die Gewinnung des Kapitals oder Verlagswerts schlechthin dem § 15 RBewG in Verbindung mit § 76 RBewDV zu entnehmen; denn diese Bestimmungen haben zunächst jedenfalls nur die Bewertung von Ansprüchen auf die Nutzungen oder Leistungen im Auge, nicht aber die Bewertung von blossen Erwartungen oder Aussichten auf solche Nutzungen oder Leistungen. Endlich erhebt sich gegen die Zulassung der pauschmässigen Bewertung aller Verlagsrechte das Bedenken, dass alsdann die Unterschiedlichkeit der einzelnen Verlagsrechte - teils bestimmte, teils unbestimmte und stark schwankende Dauer, Unbestimmtheit des Ertragnisses, vielfach bereits eingetretener Ablauf der Schutzfrist, namentlich mit der daraus sich ergebenden Verschiedenheit des etwaigen Vervielfältigers - nicht berücksichtigt werden könnte.

V. Da hiernach die Möglichkeit eines Rechtsirrtums bei Ermittlung des Wertes der Verlagsrechte nicht ausgeschlossen ist, war die Vorentscheidung aufzuheben und die nicht spruchreife Sache an die Vorbehörde zurückzuverweisen zur anderweiten Ermittlung des Werts oder der Werte der Verlagsrechte auf folgender Rechtsgrundlage.



1. Der Urheber behält das Urheberrecht und muss es, wenn nicht die Voraussetzungen des § 67 Ziffer 5 Satz 2 RBewG vorliegen oder wenn der Fall des Satzes 4 vorliegt, versteuern; daneben muss es unter Umständen seine Honorarforderung gegenüber dem Verleger versteuern. Der Verleger hat das Verlagsrecht zu versteuern, wobei die Honorarforderung des Urhebers eine abzugsfähige Schuld darstellt. Massgebend ist der Teilwert. Den besten Anhaltspunkt für seine Schätzung bieten wie auch sonst - tatsächlich erzielte Kaufpreise; es wird im allgemeinen möglich sein, vergleichbare Verkäufe festzustellen. In Einzelfällen kann auch die an den Urheber gezahlte Vergütung einen Anhalt für die Bemessung des Teilwerts bieten.

2. Grundsätzlich muss jedes einzelne Verlagsrecht - das Recht für jedes einzelne Werk - als besonderes Wirtschaftsgut behandelt und für sich allein bewertet werden. Eine Zusammenfassung mehrerer gleichartiger Verlagsrechte bei der Bewertung ist grundsätzlich ebenso wenig zulässig wie sonst bei Gegenständen des Betriebsvermögens, wo auch eine Bestandsaufnahme (Inventur) erforderlich und eine pauschmassige Schätzung regelmässig unzulässig ist.

3. Bei der Ermittlung des Teilwerts der Verlagsrechte ist der bisher erzielte Ertrag zu berücksichtigen, soweit er Schlüsse auf die Ertragsaussichten zulässt. Der Wert des Verlagsrechts besteht darin, dass der Verleger auf bestimmte Zeit allein den Ertrag aus dem Verkauf des Verlagswerks ziehen kann und auf ungewisse Zeit den Ertrag tatsächlich ziehen wird. Auch der Erwerber eines Verlagsrechts wird bei Bemessung des Kaufpreises von der mutmasslichen Dauer der gewinnbringenden Verwertung des Werks ausgehen. Man kann auf diese Weise den Wert jedes einzelnen Verlagsrechts ermitteln und ansetzen. Nur, wenn sich im Einzelfall diese Art der Bewertung aus irgendwelchen Gründen, z.B. wegen der grossen Anzahl von Verlagsrechten, als undurchführbar erweisen sollte, kann ausnahmsweise zur Schätzung des Werts der Verlagsrechte von dem Gesamtertrag des Verlagsunternehmens aus den Verlagsrechten ausgegangen werden.

Allgemein müssen aus dem Gesamtertrag die Gewinne, die mit dem reinen Ertrag der zu bewertenden Verlagswerke nichts zu tun haben, ausgeschieden werden, ebenso die betriebsfremden Einkünfte. Auszuscheiden sind namentlich auch Gewinne, die aus Werken stammen, für die keine Schutzfrist mehr besteht. Der dann verbleibende Ertrag muss darauf untersucht werden, ob er als Dauerertrag angesehen werden kann.



eine Prüfung in der Richtung angestellt werden können, Dabei wird ob und inwieweit in einem grossen Verlagsunternehmen gute und weniger gute Werke, langdauernde und kurzdauernde Verlagsrechte sich etwa ausgleichen. Auszuscheiden ist weiter aus dem Ertrag ein Teil als Ausfluss der persönlichen Tätigkeit des Verlegers, ein weiterer Teil als auf die Mitarbeit (Verzinsung) des Anlagekapitals entfallend. Auch wird im Einzelfall zu prüfen sein, ob nicht auch der geschäftliche Ruf des Unternehmens einen wesentlichen Anteil an der Erzielung der Einkünfte hat. Das in dem Verlagsrecht steckende objektive Ausschlussrecht gibt zunächst nur eine Nutzungsmöglichkeit; es muss zur Ertragserzielung aber weiter eine umfassende subjektive Tätigkeit (sachliche Prüfung, Druck, Verbreitung, Werbung) und erhebliches Kapital, das zu verzinsen ist, aufgewendet werden. Auch dieser sehr beachtliche Aufwand an Kapital und Arbeit ist mit einer wesentlichen Grundlage für den Gesamtertrag des Verlagsunternehmens neben den Verlagsrechten.

4. Der Wert des Verlagsrechts wird ein Vielfaches des richtig ermittelten durchschnittlichen Jahresgewinns des Verlagsunternehmens aus den geschützten Werken betragen. Das Vielfache des Jahresbetrags kann nicht ohne weiteres aus der Bestimmung des § 15 RBewG entnommen werden. Diese Bestimmung setzt voraus, dass ein Stammrecht besteht, auf Grund dessen bestimmte Jahresleistungen beansprucht werden können. Die Jahreserträge eines Verlagsunternehmens stellen nicht wiederkehrende Nutzungen im Sinn dieser Bestimmungen dar. Das Verlagsrecht gewährt keine Ansprüche auf Einnahmen. Es schützt den Verleger nur in seinem Geschäftsbetrieb durch ein Ausschlussrecht. Es muss im Einzelfall jeweils nach der Art des Verlags entschieden werden, welches Vielfache des Jahresertrags angemessen ist. Für schöngeistige Werke wird ein anderes Vielfaches in Betracht kommen als für wissenschaftliche Werke, für Tanzmusik oder gar Tagesschlager ein anderes als für Opernkunst. Gegebenenfalls werden die Werke verschiedener Art zu Gruppen zusammenzufassen sein. Es kann schliesslich im Notfall auch ein Durchschnitt angenommen werden, der den Verhältnissen des betreffenden Verlagsunternehmens am besten gerecht wird. Das Vielfache wird nicht allzu hoch bemessen



werden dürfen. Ob das in der Rechtsbeschwerde vorgeschlagene Vielfache von  $4 \frac{1}{2}$  für den Musikalienverlag nach Art des Betriebs der Steuerpflichtigen angemessen ist, bedarf noch der Prüfung.

Gegebenenfalls kann dabei berücksichtigt werden, welche Vielfachen des Jahresertrags bei tatsächlichen Verkäufen gezahlt worden sind. Aus den Ergebnissen dieser Kaufpreissammlung wird das Vielfache abzuleiten sein. Es wird sich empfehlen, mit den zuständigen Fachkammern der Reichskulturkammer Fühlung zu nehmen und den Versuch zu machen, dabei zu bestimmten Richtlinien zu gelangen.

5. Hinsichtlich der Berücksichtigung der Einnahmen aus der Filmverwertung wird es der Feststellung bedürfen, wie diese Einnahmen im Fall von Verkäufen regelmässig behandelt werden. Es macht insofern einen Unterschied, ob Einzelbewertung oder Gesamtbewertung vorgenommen wird. Wird Einzelbewertung vorgenommen, so bestehen drei Möglichkeiten:

a) Es hat schon eine Filmverwertung stattgefunden. Die Einnahmen daraus sind in den letzten Jahreseinnahmen enthalten. Dann ist mit weiteren entsprechenden Einnahmen in der Regel nicht zu rechnen. Der Ertrag muss niedriger angesetzt werden.

b) Es hat noch keine Filmverwertung stattgefunden; es ist aber mit einer solchen zu rechnen. Der Ertrag muss dann entsprechend höher angesetzt werden, allerdings unter Berücksichtigung des Umstands, dass die Einnahmen aus Filmverwertung nur einmalige sein werden.

c) Es hat noch keine Filmverwertung stattgefunden, und es ist mit einer solchen nicht zu rechnen. Der bisherige Ertrag kann ohne weiteres angesetzt werden.

Wird Gesamtbewertung vorgenommen, so ist zu prüfen, ob etwa eine der drei Möglichkeiten überwiegt. Ist das nicht der Fall, wird angenommen werden können, dass sich die verschiedenen Möglichkeiten ausgleichen. Es wird dann vom bisherigen Ertrag auszugehen sein.

6. Die Tantiemen von der Amme und der Stagma gehören zum Gesamtertrag. Sie sind wiederkehrende Einnahmen für das Verlagsunternehmen, die im Zusammenhang mit den Verlagsrechten und ihrer Ausnutzung im Deutschen Reich stehen, und zwar auch dann, wenn sie, wie in der Rechtsbeschwerde behauptet wird, nicht als durchlaufende Gelder der deutschen Zweigniederlassung behandelt, sondern unmittelbar an das Stammhaus geflossen sind.







104.

RFH v. 18. November 1937 VI 651/37.

Berechnung des Teilwerts eines Verlagsrechts an einer Zeitung.- § 6 Ziff. 2 EStG - .

Die Beschwerdeführerin, eine Verlagskommanditgesellschaft, erwarb im Jahre 1931 von einer OHG. das Verlagsrecht an einem Kreisblatt. Die Verkäuferin behielt das Recht zum Drucken der Zeitung. Ausser dem Verlagsrecht besitzt die Beschwerdeführerin nur hier bedeutungslose kleine Bestände an Inventar und laufenden Gegenständen gegenüber laufenden geringfügigen Schulden. In ihrer Bilanz auf 1. April 1931 hat die Beschwerdeführerin das Verlagsrecht mit dem Kaufpreis (1931) von 125 000 RM aktiviert und es in der Folge unter Billigung des FA auf 100 000 RM abgeschrieben. Streitig ist, ob die Beschwerdeführerin in der Bilanz auf 31. Dezember 1935 den Wert des Verlagsrechts weiterhin auf 80 000 RM abschreiben darf. Die Vorbehörden haben die Frage verneint. Das FG meint, von 1931 bis 1935 habe die Beschwerdeführerin einen durchschnittlichen Gewinn von rund 14 500 RM = 14,5 v.H. des Verlagsrechtswerts gehabt. Es sei nicht zulässig, bei der Berechnung der Verzinsung des investierten Kapitals die den Gesellschaften vorweggezählten Vergütungen abzuziehen; denn nach dem Einkommensteuergesetz seien die Vergütungen der Gesellschafter einer KomG. dem Gewinn der Kom.G. hinzuzurechnen. Eine Verzinsung von 14,5 v.H. des Werts des Verlagsrechts sei angemessen. Das Erfordernis der Mitarbeit werde der am Erwerb einer Zeitung interessierte Unternehmer mit in den Kauf nehmen. Bis zum Bilanzstichtag 31. Dezember 1935 habe sich der Umsatz und der Gewinn der Beschwerdeführerin gegenüber früher kaum vermindert. Die neuerdings (1937) eingetretenen Erschwerungen im Betrieb von Zeitungsverlagen könnten nicht mehr in Frage kommen.

Die Rechtsbeschwerde der Firma ist begründet.

Das Unternehmen eines Zeitungsbetriebs besteht nicht nur darin, dass der Verlag ein Verlagsrecht besitzt und auswertet, vielmehr gehört zum Betrieb der Zeitung auch noch der lebende Organismus des Betriebs, insbesondere die Tätigkeit des Hauptschriftleiters, dann auch die Eigenschaft der herausgegebenen Zeitung als Amtsblatt u.dgl. Das Verlagsrecht ist auch nicht gleich dem ganzen Betriebsbestehenswert oder Geschäftswert des Unternehmens, sondern ist nur das Recht zur Führung des Titels der Zeitung, eine gewerbliche Berechtigung, die bei entgeltlichem Erwerb ein für sich verkäufliches und besonders



bewertbares Wirtschaftsgut, also einen Teil des Geschäftswerts, darstellt. Wenn man also den Wert des Verlagsrechts berechnen will, muss man berücksichtigen, dass nicht der ganze Gewinn des Geschäfts ausschliesslich Ertrag des Verlagsrechts ist. Es muss vielmehr aus dem Gesamtgewinn der Firma zur Berechnung des Ertragswerts des Verlagsrechts der Ertrag ausgeschieden werden, der auf die übrigen Teile des Organismus, also die persönliche Arbeitskraft des Verlegers und seiner Mitarbeiter und die von ihm eingebrachten oder geschaffenen sonstigen Werte entfällt. Der Gewinn einer Firma, mag sie als Einzel-firma oder als Personengesellschaft betrieben werden, setzt sich zusammen aus dem Zins des eingelegten Kapitals (einschliesslich des dazu erworbenen sachlichen Geschäftswerts) einerseits und dem Ertrag der persönlichen Arbeitskraft des Unternehmens samt der durch ihn geschaffenen subjektiven Geschäftswerte (z.B. Werbekraft) andererseits. Für die Einkommensteuer ist beides zusammengefasst, weil auch der Ertrag der persönlichen Arbeitskraft des Verlegers, gewissermassen sein Arbeitslohn, der Einkommensteuer unterworfen werden soll. Der Ertrag des Verlagsrechts hat aber z.B. nichts zu tun mit dem Arbeitslohn des Hauptschriftleiters. Die Erfolge der Arbeitskraft des Verlegers und des Hauptschriftleiters können also für die Bewertung des Verlagsrechts als solchen nicht herangezogen werden. Der Fehler in dem Gedankengang des FG wird klar, wenn man unterstellt, dass der Besitzer des Verlagsrechts den Betrieb an einen Verleger verpachtet, der seinerseits wieder einen Hauptschriftleiter anstellen muss. Es ist klar, dass hier nicht der ganze Rohertrag des Zeitungsbetriebs als angemessene Pachtsumme für den Verlagsbesitzer angesehen werden kann. Es muss vielmehr abgezogen werden, was der Hauptschriftleiter als Lohn beanspruchen kann, und ebenso, was der Verleger als Ertrag seiner Arbeitskraft (und des etwa von ihm weiter in dem Betrieb eingelegten Kapitals) abziehen muss. Es war daher nicht richtig, dass das FG für die Berechnung des Verlagsrechts den g a n z e n Gewinn des Geschäfts zugrunde legte. Vielmehr muss der Ertrag der persönlichen Arbeitskraft des Gesellschafters, der bis jetzt zugleich Hauptschriftleiter war, ausgeschieden werden. Für die Errechnung der Ertragswertgrundlage des Verlagsrechts an dem Jahresgewinn von 14 500 RM muss also der Wert der persönlichen Arbeitskraft dieses Gesellschafters mit durchschnittlich 5 200 RM abgesetzt werden. Das gilt aber nicht für die Vorausleistung von 1 200 RM an den Kommanditisten; dieser Gewinn-anteil muss auf den Ertrag des Verlagsrechts bezogen werden, da der



- 3) Hauptschriftleiter keinen Anlass hat, von dem Ertrag seiner Arbeitskraft, seinem Lohn, an den Kommanditisten etwas abzugeben.

Weiterhin kann aber auch der Ertragswert des Verlagsrechts nicht verglichen werden mit der Verzinsung festverzinslicher Wertpapiere. Die Anlage von Kapital in einem gewerblichen Betrieb ist immer mit erheblichen Gefahren verbunden, so dass die angemessene Verzinsung gewerblichen Betriebskapitals wegen dieses Wagnisses erheblich höher sein muss als bei festverzinslichen Wertpapieren. Man pflegt hier als angemessen eine Kapitalrente von 6 bis 10 v.H. anzusehen. Bei der näheren Bestimmung des Zinses im Einzelfall sind die Bedingungen des Gesellschaftsvertrags und des Kaufvertrags zu berücksichtigen, insbesondere mag hier die Bindung an die Verkäuferin wegen der Drückarbeiten eine gewisse Last bedeuten, aber auch eine Gefahr im Fall der Beendigung des Druckvertrags. Weiter ist zu berücksichtigen, die Möglichkeit des Wettbewerbs anderer Zeitungen, die gerade gegenüber den alten Kreisblättern neuerdings stark an Verbreitung und Einfluss gewinnen. Es kann nicht aus der allgemeinen Entwicklung der deutschen Presse ein zwingender Rückschluss auf die Verhältnisse eines einzelnen ländlichen Kreisblatts gezogen werden.

Endlich leidet die Vorentscheidung daran, dass sie bei der Bewertung des Ertragswerts auf den Bilanzstichtag 31. Dezember 1935 die Zukunftsaussichten ganz ausser acht gelassen hat. Gerade diese Zukunftsaussichten sind Umstände, die den Preis des Unternehmens und damit auch den Teilwert dieses besonderen Wirtschaftsguts im Geschäftsverkehr beeinflussen müssen (vgl. z. B. auch § 13 Abs. 2 Satz 2 RBewG). Es kann also nicht ausser acht gelassen werden, wenn es richtig ist, dass die Rente des Unternehmers mutmasslich demnächst sinken wird, insbesondere dadurch, dass unter Umständen ein besonderer hauptamtlich angestellter Hauptschriftleiter eingestellt werden muss. Bereits im Jahre 1936 ist der Gewinn bei der Beschwerdeführerin erheblich gesunken. Der Senat hat schon im U. v. 16. August 1934 (StuW. 1934 Nr. 593) darauf hingewiesen, dass ausschlaggebend für derartige Fragen die Zukunftsaussichten nach dem Stand am Bilanzstichtag sind. Ein Käufer des ganzen Unternehmens wird zwar aus den bisherigen Erträgen auf die Zukunftsaussichten schliessen, er wird aber nichts bezahlen für Umstände, die in der Zukunft nicht mehr vorhanden sein werden. Es wird also in erster Linie auf die Feststellung ankommen, ob der nach 1935 voraussichtlich



zu erzielende Gewinn, soweit er auf das Verlagsrecht entfällt, dem Buchwert des Rechts noch entspricht. Es ist dabei bedeutungslos, dass das Absinken des Gewinns zum Teil auf die Abschreibungen auf kurzlebige Wirtschaftsgüter zurückzuführen ist; auf lange Sicht gesehen, müssen solche vorübergehenden Umstände ausscheiden.

Die Vorentscheidung war daher wegen Rechtsirrtums aufzuheben und die nicht spruchreife Sache an das FG zurückzuverweisen. Dieses wird den Ertragswert des Verlagsrechts anderweit berechnen müssen. Das FG wird dabei die tatsächlichen Ausführungen des Beschwerdeführers zur Rechtsbeschwerde beachten müssen. Es fragt sich, ob das FG ohne sach- und ortskundige Sachverständige auskommen kann.



A b s c h r i f t

Georg Lingenbrink GmbH.  
R a s t a t t  
Barsortiment  
Kommissionsbuchhandlung.

Rastatt, den 9.7.1951  
Buchh.We./Pe.

Titl.

Verlagsbuchhandlung  
Fritz K n a p p  
F r e n k f u r t/Main  
Wiesenau 40.

Sehr geehrter Herr K n a p p !

Wir danken Ihnen für Ihr Schreiben vom 30.6.1951 und teilen Ihnen hierzu mit, daß wir folgende Bestände am Lager haben:

220 Lossen, W.L.Röntgen  
60 Walter, Stefanie-Napoleon  
u. 20 Hork, Premiere

Geben Sie uns bitte bekannt, in wie weit Sie an einer Rücknahme interessiert sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Georg Lingenbrink G.m.b.H.  
ppa. i.A.  
gez. Unterschriften



12.11.1951

Georg Langenbrink GmbH.  
Hamburg, den 12.11.1951

Kommunikationsabteilung  
Hamburg

Vorlage  
Seite 1 von 2  
12.11.1951  
12.11.1951

Sehr geehrter Herr Herrmann

Wir danken Ihnen für den Bestellen von 50.000 Stück und für  
den Ihnen hiermit, das wir folgende Bestellen an setzen  
haben:

50.000 Stück, W.L. 12.11.1951  
50.000 Stück, W.L. 12.11.1951  
u. 50.000 Stück, W.L. 12.11.1951

Geben Sie uns bitte bekannt, in wie weit Sie an einer  
Nachnahme interessiert sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Georg Langenbrink GmbH.  
Hamburg  
Geo. Langenbrink



Abschrift.

Deutsches Druck- und Verlagshaus Julius Waldkirch & Cie.,

Mannheim, den 11.2.49  
H 2, 2-3 MU/Klu.

An den Verlag Fritz Knapp, Frankfurt, Wiesenau 40

Rechnung 15101 / 31.

Auftrags-Nr.

4921

Betr.: 8.000 Broschüren: Rischknap

"Zur Artgeschichte des Menschen"

Format 12 x 19 cm

Einlage 80 Seiten Schwarzdruck

Umschlag 1. Seite Blaudruck, 2. Seite  
Schwarzdruck

seitlich mit 2 Drahtklammern geheftet

Umschlag 4 x gerillt, breit überklebt  
eingehängt

Papier und Karton wurde geliefert

für nach dem 20.6. geleistete Arbeit an

Zurichtung, Druck u. buchbinderische

Verarbeitung berechnen wir Ihnen

DM 1.467.25

2% Skonto

" 29.35

DM 1.437.90  
=====







A b s c h r i f t

Dr. jur. Paul Bauer  
Rechtsanwalt  
beim Landgericht Baden-Baden.

Baden-Baden, den 28. Juni 51  
Gernsbacher-Straße 32  
Eingang Bäderstraße.

B e s c h e i n i g u n g

Ich bescheinige hiermit dem

Herrn Fritz K n a p p geb. 3.12.1880  
wohnhaft Frankfurt/M., Wiesenau 40

daß er in der Zeit vom 1. Jan. 1949 bis 30. September 1949  
ein Gehalt von monatlich DM 1.200.--. ergibt zusammen

DM 10.800.-- i. W. Zehntausendachthundert

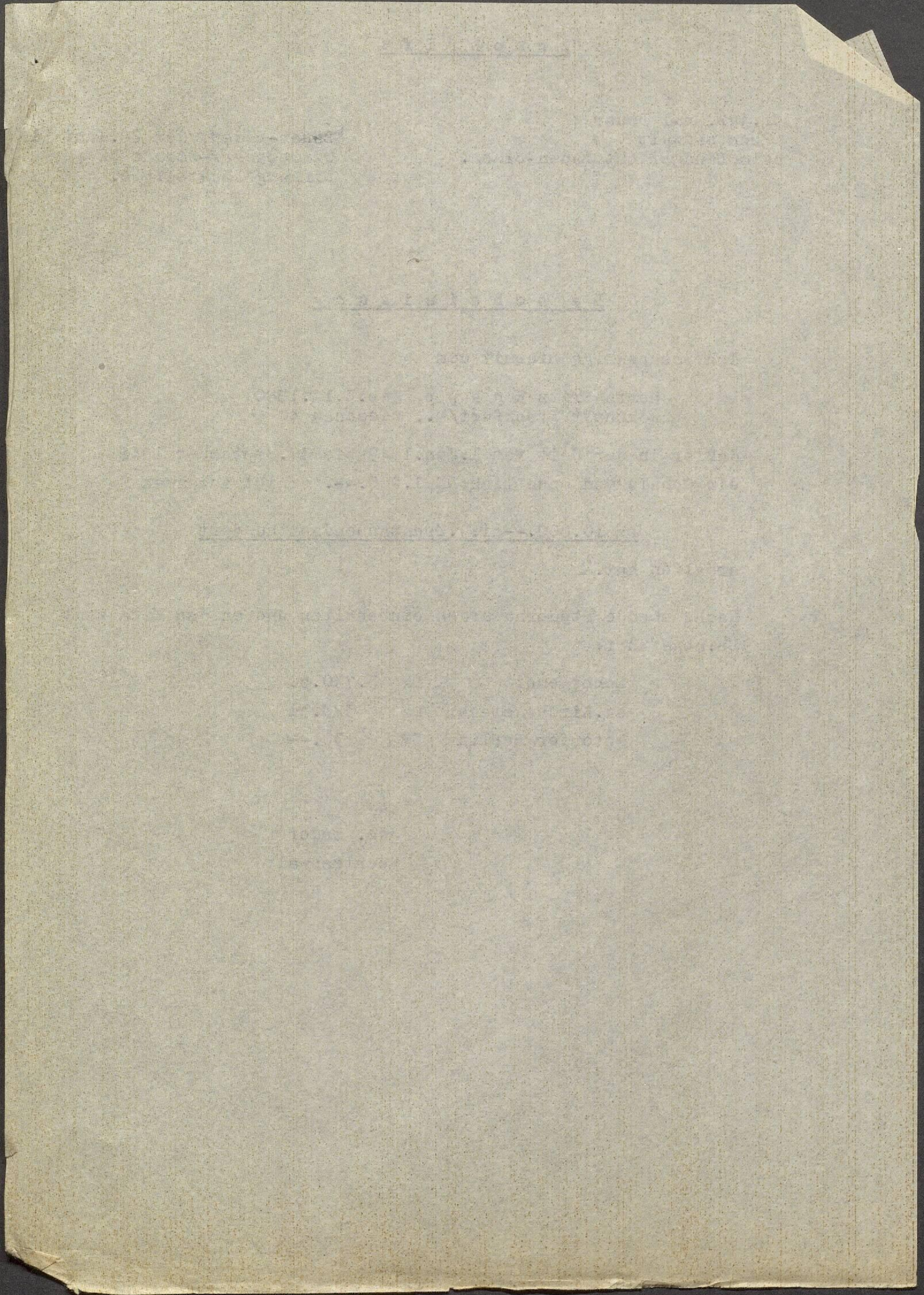
erhalten hat.

Nachstehende Steuern wurden einbehalten und an das Finanzamt  
BB. abgeführt:

Lohnsteuer	DM	3.730.50
ev. Kirchensteuer	DM	323.31
Notopfer Berlin	DM	30.--

gez. Bauer  
Rechtsanwalt







A b s c h r i f t

Der Direktor des Universitäts-Röntgeninstituts  
der Johannes Gutenberg Universität

Prof.Dr.med.Heinz Lossen

Meinz, den 17.I.1951  
Langenbeckstr.1

Sehr lieber Herr Knapp ! In umgehender Beantwortung Ihrer  
Zuschrift teile ich Ihnen mit, daß ich gerne die ganze Auf-  
lage übernehmen werde, um sie Studenten und Freunden zu  
schenken. Schicken Sie mir bitte alles an die obige Adresse.

Für die in Aussicht gestellten beiden Werke Meteorologie und  
Handwörterbuch der franz.Rechtssprache bin ich Ihnen sehr  
dankebar.

Mit vielen Grüßen

Ihr

gez. Lossen



THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

ASTOR LENOX TILDEN FOUNDATION

1009 5th Ave. New York City

Acquired from the

Gift of

1871

1871



Abschrift.

Dr. jur. Joseph Dillmann  
Dr. jur. Hildegard Dillmann  
Rechtsanwälte und Notare

Frankfurt am Main, den 22. Mai 50  
D/H.

An die  
Verlagsbuchhandlung Fritz Knapp  
Frankfurt/Main  
Wiesbaden 40

In Sachen Prof. Rüschkamp bestätige ich den Eingang Ihres Schreibens vom 11. Mai 1950. Herr Prof. Rüschkamp teilte mir hierauf Folgendes mit:

" Ihr Schreiben in Sachen Prof. Rüschkamp vom 11. ds. Mts. haben wir erhalten. Um die Angelegenheit in Frieden zu bereinigen, wollen Sie bitte

1. 4000 Exemplare des Büchleins zur Artgeschichte des Menschen senden an den

Kerle-Verlag, Wilhelm Bühling, Hirschhorn a.N.,  
Am Michelberg

2. die restlichen 400 Exemplare nebst Bildstöcken an  
Prof. Rüschkamp, Frankfurt am Main, Im Trutz 55

Sobald beides geschehen ist, überweist Ihnen Prof. Rüschkamp die geforderten DM. 400.--, obwohl er für die 200 übernommenen Exemplare bei weitem nicht soviel eingelöst hat."

Ich nehme an, dass damit die Angelegenheit ihre Erledigung findet.

Hochachtungsvoll  
gez. Dr. H. Hillmann  
Rechtsanwältin.



1870

At the Court of Sessions

in the County of Middlesex

before the Hon. Mr. Justice

James F. Stephen

Esq. Judge of the Court

of the County of Middlesex

in the County of Middlesex

the following is the substance of the evidence

deposited in the Court of Sessions

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex

in the County of Middlesex



Abschrift

Georg Lingenbrink GmbH. Rastatt

Rastatt, den 9.5.51

Titl.

Dikt. Z. La/Fe.

Fritz K n a p p

Verlagsbuchhandlung

F r a n k f u r t a.M.

Wiesenau 40

Sehr geehrter Herr K n a p p !

Wir bestätigen den Erhalt Ihres Schreibens vom gestrigen Tage und haben zur Kenntnis genommen, dass die bei uns noch lagernden Expl. von

Schäfer, Das physikalische Verhalten des Ohres  
eingestampft werden können.

Es handelt sich hierbei um 5 792 Expl., die wir also bei nächster Gelegenheit einem Altpapierhändler übergeben werden. den hierbei evtl. zu erzielenden kleinen Erlös werden wir zum Ausgleich für die bisher aufgelaufene Lagermiete für die rd. 3-jährige Einlagerung verwenden.

Hochachtungsvoll!

Georg Lingenbrink GmbH.

ppa.

gez. Unterschriften



Vermerk

Georg Meißner, geb. 18. April 1871, am 1. April 1901

Vermerk

Seite 1  
Vermerk

Vermerk  
Vermerk

Georg Meißner, geb. 18. April 1871, am 1. April 1901

Die vorstehende Urkunde ist aus dem Nachlass des Verstorbenen  
hervorgegangen und ist als solche zu betrachten.  
In der Urkunde steht, dass der Verstorbene am 1. April 1901

gestorben ist, was durch die Urkunde bestätigt wird.

Die Urkunde ist als solche zu betrachten.

Die Urkunde ist als solche zu betrachten.  
Die Urkunde ist als solche zu betrachten.  
Die Urkunde ist als solche zu betrachten.  
Die Urkunde ist als solche zu betrachten.  
Die Urkunde ist als solche zu betrachten.  
Die Urkunde ist als solche zu betrachten.  
Die Urkunde ist als solche zu betrachten.

Georg Meißner, geb. 18. April 1871, am 1. April 1901

Georg Meißner, geb. 18. April 1871, am 1. April 1901



Abschrift.

Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe A.G.

Karlsruhe i.B. 29.1.49  
Erbprinzenstr. 8-10

Fri.

Rechnung

Herrn

Fritz K n a p p , F r a n k f u r t /Main  
Wiesenu 40

Auf Bestellung vom  
22.9.48

Auftrag 1256

Wir sandten in Ihrem Auftrag:

Einbanddecker für  
"Stephanie Napoleon"

-----  
Halbleinen rot

7.1.49	per Express 3 Pack	a	2.--	6.--
	Expressfracht			4.50
	an die Fa.Jul.Waldkirch & Cie.Mannheim			
	500 Exemplare			
29.1.49	per Eilgut, unfrei 2 Kisten	a	10.--	20.--
	an die Fa.Jul.Waldkirch & Cie.Mannheim			
	1 .346 Exemplare			
	1.846 Exemplare	p.St.	-.65	1.199.90
			DM	1.230.40
	2% Skonto			24.60
				1.205.80

=====

Bei frachtfreier Rücksendung der Kisten  
erhalten Sie Gutschrift über 2/3 des  
Wertes.

Zahlbar innerhalb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum mit 2% Skonto oder 30 Tagen netto.

Rechnungsbefreiung

Rechnungsbefreiung



Einzelheiten

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten

Einzelheiten

Einzelheiten

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung

Einzelheiten der Untersuchung



Abschrift.

Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe A.G.

Karlsruhe i.B.  
Erbprinzenstr. 8-10

12.3.49

Pro.

Rechnung

Herrn Fritz K n a p p , F r a n k f u r t / M a i n .  
Wiesbaden 40

Auf Bestellung vom  
22.9.49

Auftrag 1256

Wir sandten gestern per Eilgut  
unfrei in 2 Kisten

2

DM  
15.--

DM  
30.--

an die Fa. Jul. Waldkirch & Cie.,  
Mannheim

Einbanddecken "Stephanie Napoleon"

1.200 Stück Halbleinen rot p-St.

-.65 780.--

DM 810.--

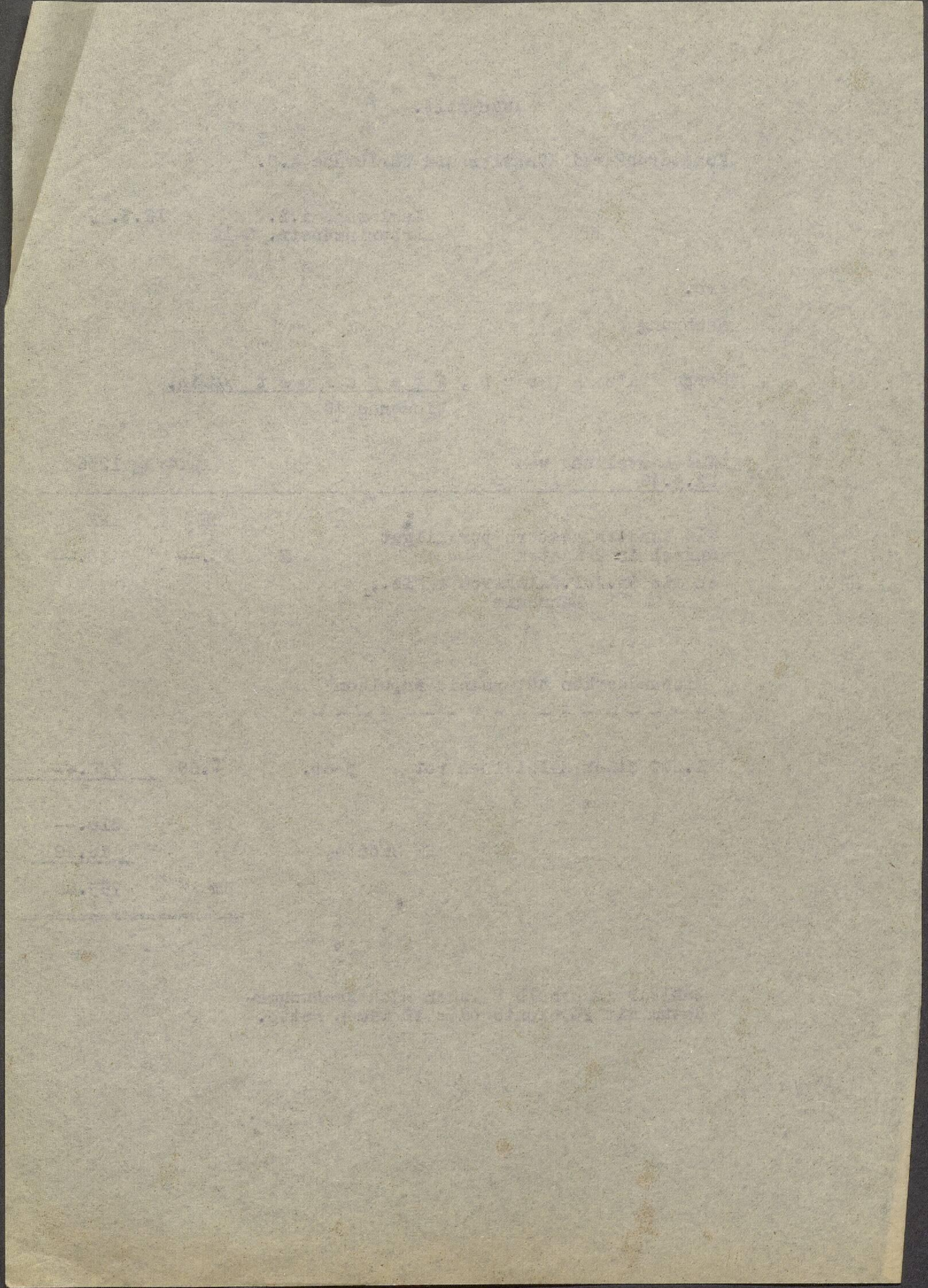
2% Skonto

16.20

DM 793.80

Zahlbar innerhalb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum mit 2% Skonto oder 30 Tagen netto.







Abschrift.

Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe A.G.

Karlsruhe i.B.,  
Erbprinzenstr. 8-10

25.3.49

Fri.

Rechnung

Herrn Fritz Knapp, Frankfurt/Main, Wiesenau 40

Auf Bestellung vom  
22.9.48

Auftrag 1256

Wir liessen heute per Lastwagen-Beiladung  
unfrei durch die Fa. Rhein-Union Karlsruhe  
an die Fa. Jul. Waldkirch & Cie.,  
Mannheim zugehen:

DM

DM

Einbanddecken "Stephanie Napoleon"

1.018 Stück rote Färbung p.St. -.65 661.70  
Halbleinen

1.273 Stück grüne Färbung  
Halbleinen  
mit einfacher Prägung p.St. -.61 776.55

DM 1.438.25

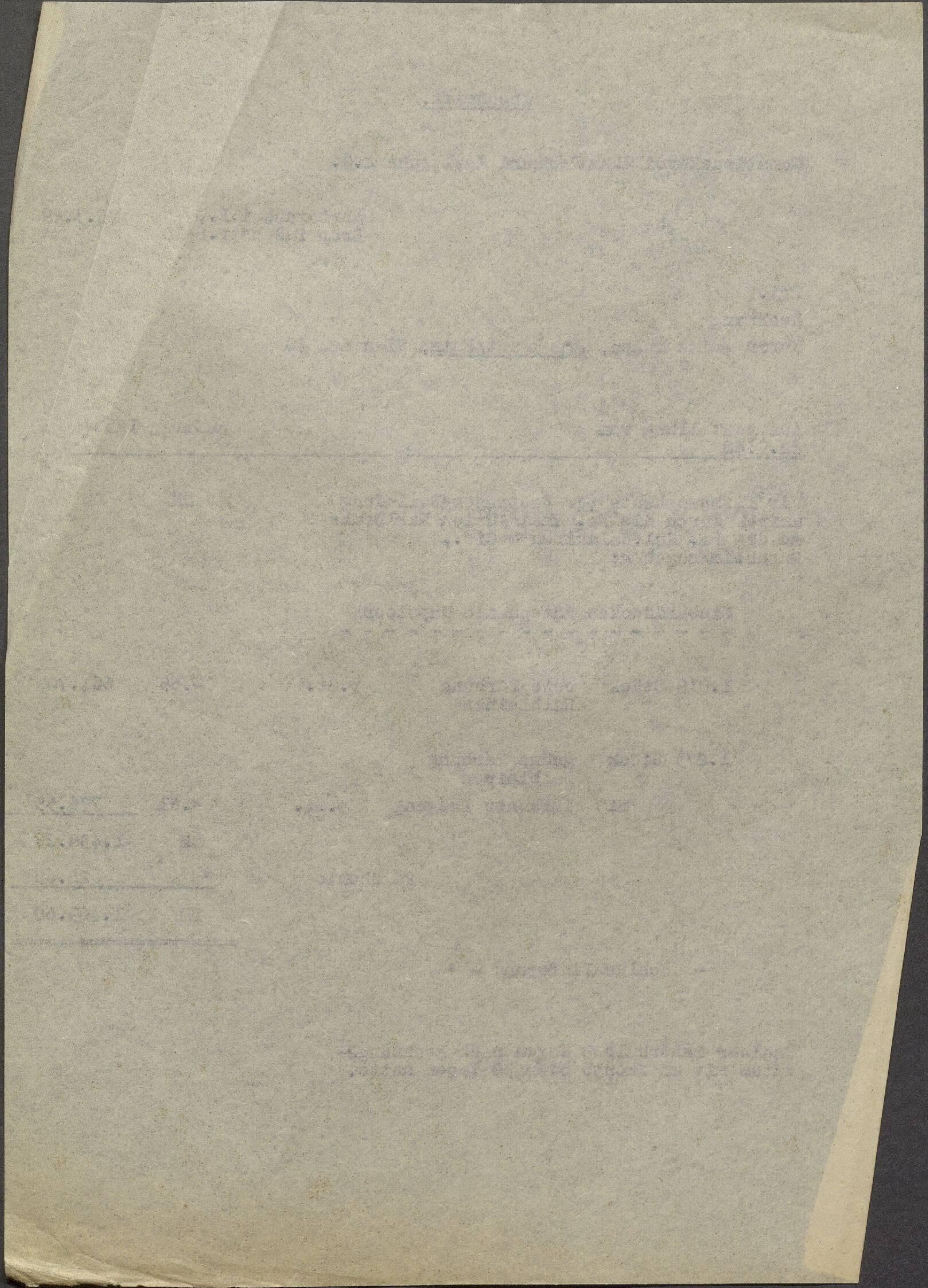
2% Skonto " 28.65

DM 1.409.60

- Schlusslieferung -

Zahlbar innerhalb 8 Tagen nach Rechnungs-  
datum mit 2% Skonto oder 30 Tagen netto.







Abschrift.

Deutsches Druck- und Verlagshaus Julius Waldkirch & Cie.,

Mannheim, den 14.3.1949  
-Mü/Schm.

Herrn Fritz Knapp, Frankfurt/Main, Wiesenau 40

Rechnung 15411

Auftrags-Nr.

4439/46 Wir berechnen Ihnen für Aufbinden von  
4 532 Expl. des Werkes Walter, "Stefanie  
Napoleon"

DM 3127.10

zum Stückpreis von DM -.69

Portoauslagen für bis jetzt ver-  
sandte Expl. lt. Anlage

" 236.53

Frachtauslagen für Schutzum-  
schläge und Decken von Künstler-  
bund, Karlsruhe

" 36.30

Transportkosten für 1 Bahnbe-  
halter nach Frankfurt/Main

" 27.60

DM 3427.53

=====



1871

Received of the Treasurer of the County of ...

the sum of ...

for ...

...

...

...

...

...

...

...

...

...